

Sander, Birgit et al.

Working Paper — Digitized Version

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland: Elfter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 236/237

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Sander, Birgit et al. (1994) : Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland: Elfter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 236/237, ISBN 3894560800, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/808>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

236/237

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

unter Mitarbeit des
Instituts für Wirtschaftsforschung Halle

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland

Elfter Bericht

Inhaltsverzeichnis

I. Gesamtwirtschaftliche Lage	3
II. Verarbeitendes Gewerbe	4
III. Dienstleistungen	7
1. Konzeptionelle Überlegungen	7
a. Dienstleistungen für die Produktion	7
b. Dienstleistungen für den Konsum	9
c. Dienstleistungen für den Export	10
d. Dienstleistungen als Investition	10
2. Empirische Befunde	11
a. Wirtschaftliches Umfeld	11
b. Strukturelle Entwicklungsmuster	12
c. Ausgewählte Strukturdaten	16
d. Zum Bezug von Dienstleistungen durch die ostdeutsche Industrie — Ergebnisse einer Umfrage	22
e. Fazit	26
3. Fallstudien	26
a. Chemnitz	26
b. Erfurt	35
c. Potsdam	49
d. Vergleich und Bewertung	57
IV. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen	59
V. Anhangtabellen	62

Dieser Bericht wurde am 22.7.1994 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Birgit Sander, Klaus-Werner Schatz und Klaus-Dieter Schmidt mitgewirkt. Der Bericht wurde auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, im DIW-Wochenbericht Nr. 31/94 sowie vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle in dessen Forschungsreihe veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
**Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische
Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland /** Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung, Berlin ... - Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft.

Teilw. verl. vom Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
NE: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>*

Bericht 11 (1994)

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 236/237)

ISBN 3-89456-080-0

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Seit Anfang 1991 arbeiten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums an einem Forschungsprojekt, das sich mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau in Ostdeutschland befaßt. Die Institute legen hiermit ihren elften Bericht vor.¹

Während die Berichte früher ein breites Spektrum von Themen abdeckten — im wesentlichen ging es darum, die bruchstückhaften und teilweise widersprüchlichen Einzelinformationen zu einem konsistenten Gesamtbild zusammenzufügen —, sollen sie nunmehr wechselnde Themen schwerpunktmäßig behandeln. Im vorangehenden Bericht stand die Lage der ostdeutschen Industrie im Mittelpunkt, in diesem Bericht geht es vor allem um die Situation im Dienstleistungssektor. Dort ist der Aufbau neuer Strukturen bereits weit fortgeschritten. Es fehlt aber vielerorts ein tragfähiges Fundament in Form einer breiten industriellen Basis.

I. Gesamtwirtschaftliche Lage

Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion in den neuen Bundesländern hat sich zu Beginn des Jahres verstärkt. Im ersten Quartal legte die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenüber dem Niveau im gleichen Vorjahrsquartal um reichlich ein Zehntel zu (Tabelle 1). Der Schub kommt auch weiterhin von der Bauwirtschaft; die Investitionen zur Modernisierung des Wohnungsbestands und zum Bau neuer Wohnungen sind die treibende Kraft. Im Baugewerbe war die Leistung zu Beginn des Jahres sogar um ein

Viertel höher. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe wurde die Produktion kräftig ausgeweitet. Im ersten Jahresviertel übertraf sie das entsprechende Vorjahrsniveau um ein Fünftel. Gedämpft verläuft die Entwicklung im Handel und bei den Dienstleistungen. Das überrascht nicht, da der private Verbrauch nur noch verhalten zunimmt; im ersten Quartal 1994 ergab sich ein Zuwachs von nur 2 vH gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Tabelle 1 — Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland 1992–1994 (in Mrd. DM zu Preisen von 1991)

	1992				1993				1994
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Land- und Forstwirtschaft	-0,6	-0,5	3,5	0,5	-0,3	-0,3	3,9	0,8	-0,1
Produzierendes Gewerbe	18,2	19,6	20,2	21,1	19,0	22,1	23,0	23,9	22,4
Bergbau und Energie	3,6	3,0	3,2	3,5	3,3	3,1	2,8	3,4	3,2
Verarbeitendes Gewerbe	8,3	9,1	9,2	10,4	8,5	9,9	10,7	11,9	10,3
Baugewerbe	6,3	7,6	7,9	7,2	7,1	9,2	9,5	8,6	8,9
Handel und Verkehr	6,6	7,1	7,0	7,7	7,2	7,7	7,6	8,2	7,7
Handel	4,4	4,7	4,8	5,2	4,5	5,0	5,0	5,6	4,8
Verkehr	2,2	2,5	2,3	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,9
Dienstleistungsunternehmen	12,6	13,5	13,9	13,6	13,0	13,9	14,2	14,0	13,3
Staat, private Haushalte, private									
Organisationen ohne Erwerbszweck	11,4	11,6	11,6	11,7	11,6	11,7	11,7	11,6	11,6
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	48,2	51,3	56,2	54,6	50,5	55,1	60,4	58,5	54,9
Nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt	44,7	48,2	53,3	52,3	47,3	51,9	57,3	56,1	52,2

Quelle: DIW; Statistisches Bundesamt.

Angesichts der Investitionsdynamik kommt die Erneuerung des Kapitalstocks rasch voran. Damit ergeben sich nunmehr auch hohe Zuwächse der Produktivität bei nahezu gleichbleibender Beschäftigung. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen lag im ersten Halbjahr 1994 um ein knappes Zehntel über dem Wert im gleichen Vorjahrszeitraum. Dennoch ist der Abstand zu den alten Ländern immer noch sehr groß.

Auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland ist nur der Beschäftigungsrückgang zum Stillstand gekommen (Tabelle 2). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat hingegen nochmals zugenommen, und zwar etwa in dem Maße, in dem Personen aus der Vollzeitweiterbildung ausgeschieden sind. Solange eine erhebliche Lücke zwischen Löhnen und Produktivität klafft, ist auf dem Arbeitsmarkt keine durchgreifende Besserung zu erwarten.

Tabelle 2 — Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland 1992–1994 (1 000 Personen)

	1992				1993				1994
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Erwerbstätige im Inland insgesamt	6 432	6 354	6 314	6 276	6 137	6 135	6 124	6 116	6 092
davon:									
Land- und Forstwirtschaft	313	290	272	251	235	229	218	218	209
Produzierendes Gewerbe	2 368	2 322	2 308	2 288	2 152	2 141	2 143	2 101	2 046
Handel und Verkehr	1 177	1 162	1 156	1 158	1 155	1 154	1 169	1 189	1 105
Dienstleistungen	978	992	994	996	1 009	1 036	1 046	1 065	1 088
Staat ^a	1 596	1 588	1 584	1 583	1 585	1 575	1 548	1 543	1 544
darunter:									
ABM-Beschäftigte	396	404	386	366	323	276	220	221	230
<i>Nachrichtlich:</i>									
Personen im Vorruhestand oder mit Altersübergangsgeld	776	792	844	835	893	868	840	802	730
Personen in beruflicher Voll- zeitweiterbildung	370	434	448	448	390	390	345	292	256
Arbeitslose	1 254	1 172	1 158	1 097	1 165	1 112	1 157	1 162	1 271
Pendler (Saldo)	359	365	368	368	360	355	353	351	349
Erwerbstätige Inländer	6 791	6 719	6 682	6 644	6 497	6 490	6 477	6 467	6 441

^aEinschließlich privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

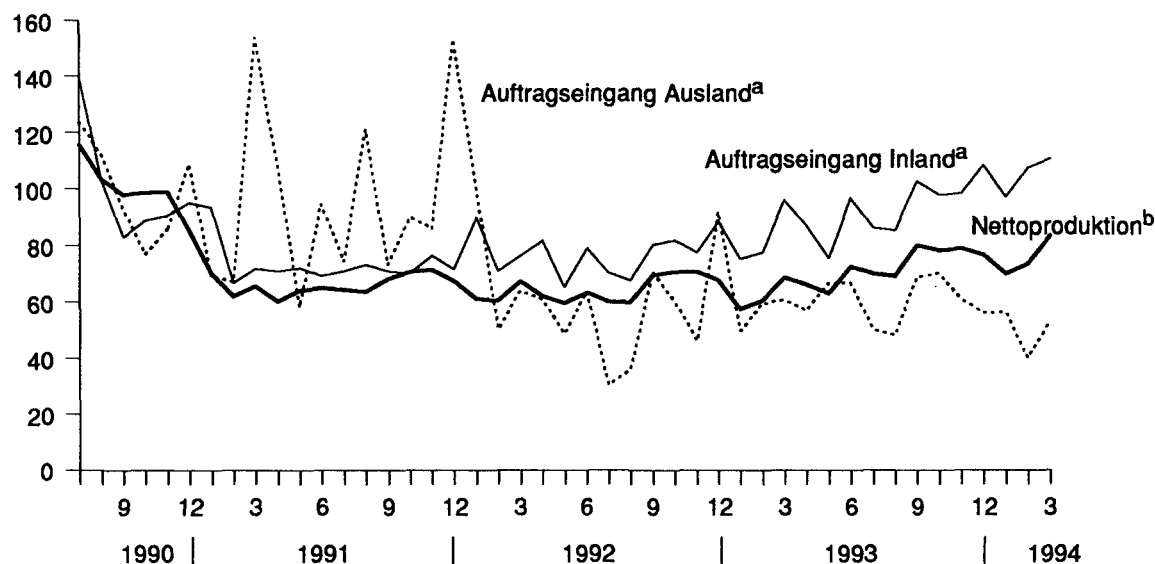
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; DIW; Statistisches Bundesamt.

II. Verarbeitendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern hat sich das Expansionstempo verstärkt (Schaubild 1). Das Muster der Entwicklung scheint sich dabei allmählich zu verändern: Besonders stark ist die Expansion zwar weiterhin in jenen Bereichen, die von der Baukonjunktur vor Ort begünstigt werden. Hierzu zählen Branchen wie Steine und Erden oder Stahlbau und Kunststoffverarbeitung. Inzwischen tragen aber auch die Investitionen in solche Fertigungen Früchte, die normalerweise für

den Fernabsatz bestimmt sind. So zog im Straßenfahrzeugbau die Produktion im ersten Quartal 1994 deutlich an — sie lag um mehr als zwei Fünftel über dem Niveau von Anfang 1993. Andere wichtige Investitionsgüterzweige wie die Elektrotechnik konnten die Produktion ebenfalls erstmals spürbar ausdehnen — um rund ein Fünftel. Auch die Entwicklung in der Chemischen Industrie deutet darauf hin, daß es den Unternehmen mehr und mehr gelingt, auf den überregionalen Absatzmärkten Fuß zu fas-

Schaubild 1 — Produktion und Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland (2. Halbjahr 1990=100)



^aWertindex. — ^bFachliche Unternehmensteile.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

sen — so insbesondere mit pharmazeutischen Erzeugnissen sowie mit Wasch- und Körperpflegemitteln. Sorgen bereitet dagegen weiterhin der Maschinenbau. Hier war die Produktion nach einem kurzen Anstieg zuletzt wieder rückläufig.

Die Auftragsentwicklung läßt einen weiteren kräftigen Produktionsanstieg erwarten: Im ersten Quartal 1994 gingen wertmäßig knapp 20 vH mehr Bestellungen ein als im gleichen Vorjahrszeitraum. Der Inlandsmarkt bleibt immer noch der wichtigste Markt: Die Bestellungen von inländischen Kunden sind stark angestiegen, und solche aus dem Ausland sind gesunken (Schaubild 1). Die Absatzmärkte in Osteuropa verlieren nach wie vor an Gewicht, und die im westlichen Ausland sind erst wenig bedeutsam.

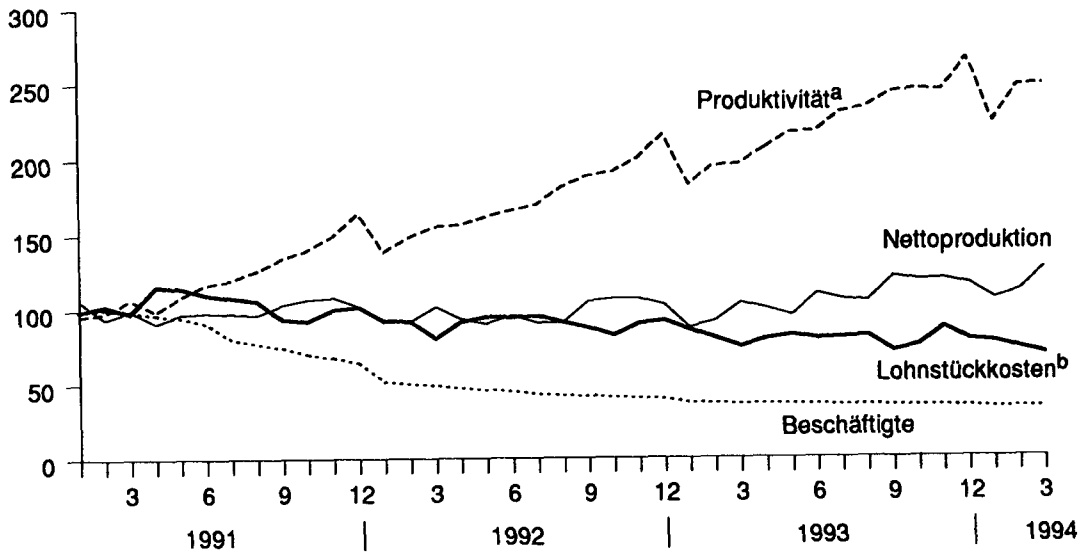
Die Anstrengungen zum Umbau der ostdeutschen Industrie schlagen sich deutlich in der Entwicklung von Produktivität und Lohnkosten nieder. Im ersten Quartal 1994 war die Stundenproduktivität um ein Viertel größer, die Lohnstückkosten waren um ein Zehntel niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs (Schaubild 2). Die Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen sind allerdings sehr groß.

Bei den Herstellern von Verbrauchsgütern sowie im Straßenfahrzeugbau hat sich die Produktivität seit Anfang 1991 verdreifacht, und die Stückkosten haben sich in dieser Zeit halbiert. Selbst die Chemische Industrie, eine Branche, die bis vor kurzem unter enormem Kostendruck stand, spürt die Entlastung. Eine wichtige Ausnahme ist wiederum der Maschinenbau; hier nahm die Produktivität nur wenig zu.

Im Zuge dieser Entwicklung verlangsamte sich der Rückgang der Zahl der Beschäftigten erstmals beträchtlich. Im ersten Quartal 1994 waren in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten knapp 637 000 Personen tätig, im Herbst 1993 waren es 658 000 und im Frühjahr 1993 sogar noch 708 000.

Allerdings wird der Beschäftigungsrückgang durch diese Zahlen überzeichnet. Insgesamt waren Ende Juni 1993 rund 1,1 Mill. Personen im Verarbeitenden Gewerbe sozialversicherungspflichtig beschäftigt, und zwar 40 vH in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitnehmer in den kleinen Betrieben ist per Saldo weitgehend stabil geblieben. In den alten Ländern liegt der Anteil der Beschäftigten in solch kleinen Unternehmen an allen sozial-

Schaubild 2 — Entwicklung von Produktion, Beschäftigung, Stundenproduktivität und Lohnstückkosten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe (1. Vierteljahr 1991=100)



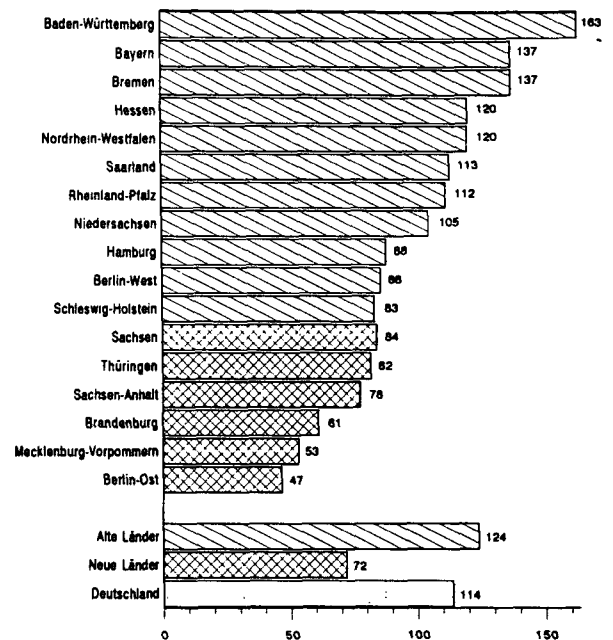
^aNettoproduktion je Arbeitsstunde. — ^bLohn- und Gehaltssumme zu Nettoproduktion.

Quelle: Berechnungen des DIW; Statistisches Bundesamt.

versicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe hingegen bei nur 15 vH.

Aber auch unter Berücksichtigung der kleineren Unternehmen ist der Besatz mit Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern sehr schwach. Er erreicht im Durchschnitt drei Fünftel des Niveaus der alten Länder (Schaubild 3). Unübersehbar sind die großen regionalen Unterschiede: In den ländlichen Flächenstaaten — Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg — sowie in Berlin (Ost) ist der Industriebesatz recht gering. In den altindustriell geprägten Ländern Sachsen und Thüringen ist er zwar deutlich größer, erreicht allerdings gerade erst den Wert des ländlich geprägten Schleswig-Holstein.

Schaubild 3 — Besatz mit Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe^a in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland



^aSozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe am 30.06.1993 je 1 000 Einwohner.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; DIW.

III. Dienstleistungen

Der Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern kommt inzwischen sichtbar voran. In den zurückliegenden vier Jahren haben Unternehmen und Staat rund 450 Mrd. DM in Ausrüstungen und Bauten investiert. Der große Rückstand in der Leistungskraft verringert sich langsam, aber kontinuierlich.

Die Entwicklung vollzieht sich allerdings nach einem Muster, das nicht voll befriedigen kann. Sie geht dahin, daß Unternehmen, die auf räumlich nahen Märkten agieren, teilweise schon kräftig expandieren, während Unternehmen, die vorwiegend für den Fernabsatz produzieren, noch immer stagnieren oder sogar weiter schrumpfen. Nach wie vor gilt, daß die ostdeutsche Wirtschaft in der überregionalen Arbeitsteilung nur eine untergeordnete Rolle spielt.²

Die Ausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft auf die heimischen Absatzmärkte zeigt sich vor allem in der Industrie, aber sie ist auch im Dienstleistungssektor erkennbar. Zwar sind Dienstleistungsunternehmen weitaus stärker als Industrieunternehmen mit ihrem Leistungsangebot unmittelbar auf lokale Märkte ausgerichtet. Gleichwohl werden ihre Entwicklungschancen mittelbar durch die in einer Region vorhandene industrielle Basis bestimmt — sei es, daß die ortsansässigen Industrieunternehmen Nachfrage nach Dienstleistungen entfalten, sei es wegen der Einkommen, die dort entstehen und die es den privaten Haushalten ermöglichen, Dienstleistungen nachzufragen. Zahlreiche empirische Untersuchungen zu den sektoralen Entwicklungsmustern reifer Volkswirtschaften zeigen, daß ein enger Zusammenhang zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungsproduktion besteht.

Die Dienstleistungsproduktion, auch und gerade im Verhältnis zur industriellen Produktion, ist ein noch unvollständig erforschtes Gebiet. Die Anzahl einschlägiger Veröffentlichungen ist zwar Legion, doch nach wie vor gilt, was Clark schon vor einem halben Jahrhundert konstatierte: „The economics of tertiary industry remain to be written. Many as yet feel uncomfortable about even admitting their existence“.³

Die Forschung stößt hier rasch an Grenzen. Das Berichtssystem der amtlichen Statistik ist im Dienstleistungssektor sehr lückenhaft und bei weitem nicht von der Qualität wie im Bereich der Industrie oder gar der Landwirtschaft. Im folgenden werden daher drei unterschiedliche Wege besprochen, um die Situation im ostdeutschen Dienstleistungssektor nachzuzeichnen:

Erstens werden überblicksartig die Zusammenhänge auf gesamtwirtschaftlicher Ebene analysiert. Dabei wird versucht, die teilweise noch immer widersprüchlichen Einzelinformationen zu einem konsistenten Gesamtbild zusammenzufügen.

Zweitens werden Ergebnisse einer Befragung ostdeutscher Industriebetriebe vom Winter 1993/94 vorgestellt. Es wurde gefragt, ob und gegebenenfalls welche Dienstleistungen die Unternehmen benötigen, ob sie die Leistungen hauptsächlich selbst erbringen, oder ob sie sie hauptsächlich und auf welchen Märkten zukaufen.

Drittens wird in Fallstudien die Entwicklung in den drei Stadtregionen Chemnitz, Erfurt und Potsdam dargestellt. Sie weisen sehr unterschiedliche Standorteigenschaften auf: Chemnitz ist ein typischer altindustrieller Krisenstandort, Erfurt ein Standort mit gemischter Industrie- und Dienstleistungsstruktur (ein Oberzentrum mit regionaler Ausstrahlung) und Potsdam ein Dienstleistungsstandort (im Umland Berlins). Die Fallstudien sollen die oftmals beträchtlichen Lücken bei den regionalen Wirtschaftsdaten überbrücken. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern verläuft von Ort zu Ort außerordentlich differenziert. Ohne eine zumindest ansatzweise Typisierung der Entwicklungsmuster läßt sie sich nicht angemessen beschreiben.

1. Konzeptionelle Überlegungen

a. Dienstleistungen für die Produktion

Die Verflechtungen zwischen Industrie- und Dienstleistungsproduktion sind außerordentlich

komplex. Die Wirkungsketten verlaufen in beide Richtungen, haben ihren Ausgangspunkt aber zumeist im industriellen Sektor. So benötigen Industrieunternehmen eine Reihe Dienstleistungen als Vorleistung für ihre Produktion. Es müssen Maschinen gewartet, Güter transportiert und vermarktet, neue Produkte und neue Fertigungsverfahren entwickelt, Investitionen und Lagervorräte finanziert, Betriebsräume gereinigt oder Abfälle entsorgt werden. Industrieunternehmen können diese Leistungen intern, im eigenen Hause erbringen, oder sie können sie von externen, spezialisierten Dienstleistungsunternehmen zukaufen. Lange Zeit haben sie den Großteil der produktionsbezogenen Dienste selbst erbracht; entsprechend groß war die Fertigungstiefe ihrer Produktion. Inzwischen machen sie große Anstrengungen, um ihre Fertigungstiefe zu reduzieren, indem sie Leistungen von außen beziehen (Externalisierung der internen Leistungserstellung). Sie kaufen sie entweder von fremden Unternehmen oder aber von Tochterunternehmen, die oftmals durch Ausgründung von Betriebsteilen entstanden sind, die nun eigenständig am Markt operieren und ihre Leistungen auch Dritten offerieren.⁴ Die hohe Wachstumsdynamik im Dienstleistungssektor, wie sie in der Statistik erscheint, beruht zu einem erheblichen Teil auf der rechtlichen und organisatorischen Auslagerung von Dienstleistungsaufgaben.

Ob Dienstleistungen in Eigenproduktion erbracht oder ob sie zugekauft werden, hängt von vielen Faktoren ab: von der Größe des Unternehmens und von der Branche, zu der es gehört, vom Grad der Verflechtung mit anderen Unternehmen und nicht zuletzt von der Art der Dienstleistungen, die benötigt werden. Kleine und mittlere Unternehmen beziehen häufiger Dienstleistungen von externen Anbietern als Großunternehmen, Unternehmen der Konsumgüterindustrie häufiger als die der Investitionsgüterindustrie und unverflochtene Unternehmen wiederum häufiger als verflochtene. Transport- und Entsorgungsleistungen werden häufiger extern erbracht als etwa Forschungs- und Entwicklungsleistungen.⁵

Eine wachsende Anzahl von Industrieunternehmen ist nicht nur Nachfrager von externen

Dienstleistungen, sondern betätigt sich auch als Anbieter. In den meisten Fällen steht ein solches Angebot in engem Zusammenhang mit der industriellen Produktion: In den Investitionsgüterbranchen gehören zu diesem Angebot etwa die technische Planung und Beratung, die Wartung und Inspektion oder die Schulung von Kundendienstpersonal, in den Produktionsgüterbranchen die Lagerhaltung für Dritte und in den Konsumgüterbranchen das Leasen von Maschinen oder das Transportieren und Verteilen von Gütern.

Für die Herausbildung eines modernen Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern sind diese Zusammenhänge von großer Bedeutung. Die DDR-Wirtschaft wies bei Dienstleistungen für die Produktion im Vergleich zu westlichen Marktwirtschaften einen großen Rückstand auf: Einige Dienstleistungen wie Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung, Leasing, Handelsvermittlung oder Werbung gab es kaum, andere, wie Finanzierung oder Versicherung, waren stark unterentwickelt. Zudem wurden produktionsnahe Dienstleistungen ganz überwiegend von den Kombinat und Betrieben selbst erbracht; sie waren in dieser Hinsicht nahezu autark. Verflechtungen mit externen Dienstleistern gab es nur wenige. Die Palette der intern produzierten Dienstleistungen war somit außerordentlich breit. Sie umfaßte nicht nur produktionsbezogene Dienste im engeren Sinne, sondern auch zahlreiche soziale Dienste und reichte bis hin zur Kinderbetreuung. Die „Überindustrialisierung“ der DDR-Wirtschaft, wie sie sich etwa in einem hohen Anteil der Industriebeschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten spiegelte, beruhte zu einem erheblichen Teil auf diesen Defiziten bei der Externalisierung von Dienstleistungen.

Inzwischen sind die ostdeutschen Industrieunternehmen im Hinblick auf die Dienstleistungsproduktion wesentlich „schlanker“ geworden. Schon vor der Privatisierung hatten sie sich vieler Servicefunktionen entledigt. So wurden Forschungsabteilungen geschlossen oder ausgegründet und Ferienheime oder Ambulatorien den Kommunen übertragen. Den Rest besorgte die Treuhandanstalt: Sie hat meistens nur das Kerngeschäft der Unternehmen beibehalten.

Die nicht zum Kerngeschäft gehörenden Betriebsteile hat sie, soweit sie überlebensfähig waren, abgespalten und getrennt veräußert. Der Niedergang der ostdeutschen Industrie wird dadurch in der Statistik überzeichnet. Einige hunderttausend Arbeitsplätze, die früher zum industriellen Sektor zählten, sind auf diese Weise in den Dienstleistungssektor „umgebucht“ worden.

Der Expansionsspielraum bei produktionsnahen Dienstleistungen darf nicht überschätzt werden:

Zwar sind die industriellen Strukturen, die im Osten neu entstehen, weitaus „dienstleistungsintensiver“ als diejenigen, die im Westen bestehen. Industrieunternehmen, die heute in Ostdeutschland investieren, realisieren neue Produktionskonzepte und neue Formen der Arbeitsteilung, die von der Industrieökonomik als Netzwerke beschrieben werden. Im Zentrum steht dabei die Verknüpfung von Beschaffungs-, Produktions- und Absatzfunktionen zu sogenannten Logistikketten. Vielfach sind externe Dienstleister in diese Ketten integriert. Beispiele dafür sind im Bereich des Handels das sogenannte Merchandising (die Warenplatzierung im Auftrag des Herstellers beim Verkäufer), das Customizing (die Anpassung der Produkte an individuelle Kundenbedürfnisse) oder das Distributing (das Sammeln von Waren bei mehreren Herstellern für mehrere Abnehmer). Auch bei der Kooperation zwischen Industrieunternehmen (etwa in der Automobilindustrie zwischen Herstellern und Zulieferern) sind es oftmals externe Dienstleister, die Schnittstellenfunktionen übernehmen.⁶

Aber wegen der geringen Industriedichte fällt es vielen Dienstleistungsanbietern schwer, Aufträge zu bekommen. Auch wenn sich inzwischen im Umfeld von Industrieunternehmen eine Vielzahl neuer Unternehmen etabliert hat — bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungsberufen vervierfachte sich etwa die Anzahl der Selbständigen gegenüber dem Stand von Ende 1990 —, hat sich damit nur das Vakuum aufgefüllt, das zur Zeit der Wende bestand. Erst bei einer kräftigen Reindustrialisierung bestehen hier weitere Expansionschancen.

b. Dienstleistungen für den Konsum

In den alten Bundesländern läßt sich nur etwa die Hälfte aller Dienstleistungen, so wie sie im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert werden, unmittelbar der Endnachfrage zuordnen. Die andere Hälfte sind Vorleistungen im Produktionsprozeß. In den neuen Bundesländern dürfte der Anteil konsumorientierter Dienstleistungen weitaus höher und der produktionsnaher Dienstleistungen entsprechend niedriger sein. Dort dominieren der Handel und das Gastgewerbe. Trotz des erheblichen Verlusts an Arbeitsplätzen steigen die Einkommen in der Summe spürbar; der Abstand bei den Pro-Kopf-Einkommen zwischen den neuen und den alten Bundesländern, der unmittelbar nach der Bildung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion reichlich zwei Drittel betrug, hat sich inzwischen auf weniger als ein Drittel reduziert,⁷ und auch das Verbrauchsmuster der Haushalte im Osten hat sich schon weitgehend an das der Haushalte im Westen angeglichen. Aus diesem Blickwinkel erscheint ein Teil der in Ostdeutschland entstandenen Dienstleistungsstrukturen recht fragil: Sie werden sich nur festigen können, wenn die industrielle Basis rasch nachwächst und ein steigender Teil der Einkommen in der Region selbst verdient wird.

Im Handel schreitet die Umgestaltung am raschesten voran. Das Angebot verbessert sich zusehends, mancherorts reicht es inzwischen quantitativ wie qualitativ an das im Westen heran. Der Strukturwandel läuft nahezu nach dem gleichen Muster ab wie in den alten Bundesländern — nur eben nicht gestreckt über vier Jahrzehnte, sondern im „Zeitraffertempo“. Da bleibt es nicht aus, daß die Entwicklung teilweise über das Ziel hinausschießt: Der Auf- und Ausbau großflächiger Verkaufsformen eilt dem künftigen Bedarf vielerorts weit voraus. Es kommt also auch zu Fehlinvestitionen, die über kurz oder lang verlustreich korrigiert werden müssen. Der scharfe Wettbewerb geht überwiegend zu Lasten kleiner und mittlerer Handelsunternehmen. Zwar sollte es nach den Erfahrungen in den alten Ländern früher oder später auch in den neuen Ländern zu einer Renais-

sance der mittelständischen Fachgeschäfte kommen. Eine Voraussetzung dafür ist allerdings, daß im Zuge der Reindustrialisierung hinreichend Kaufkraft in der Region selbst entsteht.

c. Dienstleistungen für den Export

Dienstleistungen galten lange Zeit als „nontradables“, d.h. als Leistungen die interregional und international nicht oder nur beschränkt gehandelt werden. Für viele dieser Dienstleistungen trifft das heute nicht mehr zu. Banken und Versicherungen, Spediteure, Handelsvermittler, Softwareproduzenten oder Unternehmensberater vermögen ihre Leistungen inzwischen weltweit zu vermarkten. Mit Hilfe der modernen Telekommunikationsmittel können sie jederzeit und nahezu überall mit ihren Kunden in Kontakt treten. Freilich stehen derartige Dienstleistungen größtenteils im Zusammenhang mit internationalen Warengeschäften — etwa wenn Sendungen in das oder aus dem Ausland transportiert, Zahlungen vorfinanziert oder Schäden reguliert werden müssen. Solche — komplementären — Dienstleistungen sind also überwiegend dort gefragt, wo eine international wettbewerbsfähige Industrie existiert. Daran fehlt es in Ostdeutschland. Die Absatzfelder ostdeutscher Unternehmen sind jedoch ganz überwiegend die regionalen und lokalen Märkte (Abschnitt III.2.b).

Internationaler Handel mit Dienstleistungen ist nicht zuletzt das Ergebnis der Internationalisierung der Produktion — und zwar der Warenproduktion wie der Dienstleistungsproduktion.⁸ Standortverlagerungen bei Produktionsunternehmen bieten spezialisierten Dienstleistungsanbietern im Umkreis der inländischen Muttergesellschaft eine Reihe von Betätigungsmöglichkeiten. Das gilt etwa für Charterflugunternehmen, Rechenzentren, Werbeagenturen, Consultingfirmen oder auf internationales Recht spezialisierte Anwaltskanzleien. Die Industrieunternehmen in Ostdeutschland verfügen kaum über Produktions- und Vertriebsstätten im Ausland; ihr Bedarf an derartigen Diensten ist dementsprechend gering. Folglich sind auch ostdeutsche Dienstleister bisher kaum in die internationale Arbeitsteilung integriert. Das

wiegt schwer, denn der internationale Handel mit Dienstleistungen gehört zu den sich dynamisch entwickelnden Bereichen.

d. Dienstleistungen als Investition

Dienstleistungen gehen nicht nur als Vorleistung in die Produktion ein oder fließen unmittelbar in den Konsum. Es gibt auch solche, die als Investitionen anzusehen sind — und zwar insbesondere als Investitionen in Humankapital. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft ist im Osten ein großer Umschulungs- und Fortbildungsbedarf entstanden, der den Anbietern von beruflicher Qualifizierung zumindest vorübergehend einen Nachfrageboom verschafft hat. Hier besteht zwischen Deindustrialisierung und Dienstleistungsexpansion offensichtlich ein unmittelbarer Zusammenhang. Das lukrative Geschäft der Bildungsdienstleistungen wird allerdings überwiegend von westdeutschen Anbietern betrieben, die enorme Wettbewerbsvorteile ausspielen können. Da das Geld dafür aus öffentlichen Kassen anfangs überreichlich floß, haben auch zahlreiche leistungsschwache, mitunter unseriöse Anbieter davon profitieren können. Ähnliches gilt für Beratungsfirmen, deren Dienste häufig eher als Abschreibung denn als Investition verbucht werden mußten. Derartige Fehlentwicklungen werden sich zweifellos über kurz oder lang korrigieren, wenngleich der Schaden für den einzelnen oftmals beträchtlich ist.

Dienstleister spielen auch beim Wissenstransfer eine wichtige Rolle. Sie sind häufig Mittler zwischen institutioneller Forschung und Industrie. In der DDR war die Industrieforschung nur zum Teil in den Kombinat- und volkseigenen Betrieben angesiedelt: Von den etwa 130 000 Erwerbstätigen in Forschung und Entwicklung arbeiteten 40 vH außerhalb der Industrie. Es gab eine starke außerindustrielle Forschung. Sie war schwerpunktmäßig in den Instituten der Akademie der Wissenschaften organisiert. Diese Institute erhielten bis zu 50 vH ihrer Aufträge von den Kombinat- und volkseigenen Betrieben. Nach westlichen Maßstäben waren sie personell meist üppig ausgestattet. Mit der Einführung des westdeutschen Forschungssystems wurden die meisten Institute aufgelöst oder Größenmä-

Big arg zurechtgestutzt. Viele Unternehmen mußten ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen stark reduzieren oder schließen. Ein Teil der Forscher hat sich als Konstrukteur, Entwickler, Berater, Prüfer oder Sachverständiger selbständig gemacht oder in neugegründeten Unternehmen eine Anstellung gefunden; ein Teil ist auch in den sogenannten Forschungs-GmbHs untergekommen.⁹

2. Empirische Befunde

a. Wirtschaftliches Umfeld

Der Dienstleistungssektor der DDR-Wirtschaft war nur gering entwickelt: Es fehlten vor allem die kleinen und mittelgroßen Betriebe, die das Gesicht des tertiären Sektors in den westlichen Marktwirtschaften prägen. Dieser Mangel konnte inzwischen sichtbar verringert werden. Beinahe aus dem Nichts ist eine breite, abwechslungsreiche Unternehmenslandschaft entstanden, in der fast überall mittelständische Strukturen vorherrschen. Etwas Ähnliches ist in der Industrie nicht entstanden.

Die Voraussetzungen für den Neuaufbau im Dienstleistungssektor waren allerdings weitaus günstiger als in der Industrie:

- Wegen der hohen Einkommenstransfers aus dem Westen gab es von Anfang an vielversprechende lokale Absatzmärkte.
- Wegen der geringen Anbieterdichte war die Wettbewerbsintensität zunächst vergleichsweise niedrig, nicht zuletzt, weil sich die bisherigen Anbieter — im wesentlichen staatliche und genossenschaftliche Einrichtungen — als nicht sonderlich leistungsfähig erwiesen. Wer sich rasch zum Markteintritt entschloß, gewann einen Startvorsprung.
- Wegen des vergleichsweise geringen Kapitalbedarfs bei der Gründung oder Übernahme eines Betriebs waren die Markteintrittsbarrieren niedrig, zumal die Treuhandanstalt vor allem Existenzgründern mit der raschen Privatisierung von Ladengeschäften, Gaststätten und anderen Objekten zu günstigen Konditionen den Start beträchtlich erleichterte.

Das alles lockte zahlreiche, oftmals auch weniger finanzkräftige und manchmal unseriöse Investoren an, darunter nicht wenige aus dem Westen. Inzwischen gibt es im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands schätzungsweise 350 000 Unternehmen,¹⁰ gut dreieinhalbmal so viele wie vor der Wende. Gleichwohl sind die Verhältnisse noch nicht mit denen in Westdeutschland vergleichbar. Dort bestehen, bei einer etwa viermal so großen Wohnbevölkerung, im Dienstleistungssektor etwa 1,9 Mill. Unternehmen.

Ein großer Teil der Dienstleistungsunternehmen in den neuen Bundesländern hat offensichtlich noch nicht festen Tritt fassen können — die Unternehmenslandschaft ist weiterhin starken Veränderungen unterworfen: Monatlich werden allein im Handel und bei den Gaststätten mehr als 10 000 Gewerbeanzeigen registriert (An-, Ab- und Ummeldungen). Die Fluktuationsquote, das heißt die Anzahl der monatlichen Gewerbeanzeigen bezogen auf den Bestand, liegt mit fast 4 vH etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Dies deutet darauf hin, daß nicht nur in quantitativer, sondern auch und vor allem in qualitativer Hinsicht noch beträchtlicher Anpassungsbedarf besteht.

Das Grundproblem ist auch im Dienstleistungssektor eine zu geringe Eigendynamik. Nach wie vor trägt sich die Entwicklung nicht selbst, sondern wird durch hohe Finanztransfers aus dem Westen unterstützt: Reichlich zwei Fünftel der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind Transfereinkommen (Tabelle 3), und von den Lohneinkommen stammt ebenfalls ein beträchtlicher Teil von Unternehmen, die der Staat direkt oder indirekt subventioniert. Die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor konnte im vergangenen Jahr deutlich weniger gesteigert werden als im Jahr zuvor (Tabelle 4), denn die Kaufkraft der privaten Haushalte stieg nur noch vergleichsweise schwach.

Tabelle 3 — Pro-Kopf-Einnahmen und -Ausgaben der privaten Haushalte in Ostdeutschland 1990–1993

	DM/Jahr				Westdeutschland=100			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
Verfügbares Einkommen	9 800	12 200	15 500	16 700	40,4	47,3	58,1	61,7
darunter:								
Nettolöhne und -gehälter	6 900	7 400	8 400	9 100	58,2	60,8	65,2	72,7
Laufende Übertragungen	2 500	4 500	5 900	7 000	43,9	75,0	93,6	104,4
Privater Verbrauch	9 600	11 300	13 500	14 800	46,2	50,6	57,9	62,3

Quelle: DIW; Statistisches Bundesamt.

Tabelle 4 — Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland 1991–1993^a

	1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991
	Mrd. DM			vH
Insgesamt	75,3	85,8	89,2	18,4
Handel	19,1	19,1	20,1	5,2
Verkehr und Nachrichtentübermittlung	10,3	9,5	10,5	1,9
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	23,6	25,2	26,2	11,0
Sonstige Dienstleistungsunternehmen ^b	24,4	32,0	32,4	32,8

^aIn Preisen von 1991. — ^bEinschließlich Wohnungsvermietung.

Quelle: DIW; IfW; Statistisches Bundesamt.

Insgesamt wird deutlich, daß sich die Entwicklung im Dienstleistungssektor auf Dauer nicht von der im industriellen Sektor abkoppeln läßt. In Westdeutschland beträgt derzeit das Verhältnis der Wertschöpfung im tertiären Sektor zur Wertschöpfung im industriellen Sektor knapp 1,5:1, in Ostdeutschland dagegen reichlich 2:1.

b. Strukturelle Entwicklungsmuster

Hauptlinien

Das Grundmuster des Strukturwandels in der ostdeutschen Wirtschaft war zunächst dadurch geprägt, daß der Beitrag des industriellen Sektors zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung kräftig zurückging und dementsprechend der Beitrag des Dienstleistungssektors kräftig anstieg. 1993 trug das Verarbeitende

Gewerbe in Ostdeutschland nur noch 15 vH zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei; in Westdeutschland waren es 28 vH. Die Deindustrialisierung zeigt sich im Rückzug auf lokale und regionale Märkte. Die ostdeutschen Industrieunternehmen haben vor allem dort das Feld räumen müssen, wo sie dem überregionalen und insbesondere dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, und sie haben sich nur dort behaupten können, wo der Konkurrenzdruck vergleichsweise gering ist. Zwar gibt es inzwischen eine wachsende Zahl von Unternehmen, die auf überregionalen Märkten Fuß fassen.¹¹ Aber es ist noch ein langer Weg, bis die ostdeutsche Industrie insgesamt dort eine bedeutende Rolle spielen kann — derzeit liegt der Anteil der Exporte bei 13 vH, verglichen mit etwa 30 vH bei der westdeutschen Industrie.

Deindustrialisierung und mangelnde Weltmarktorientierung haben erhebliche Konsequenzen für den Dienstleistungssektor. Es hat sich ein großes Übergewicht der konsum- und damit nahabsatzorientierten Bereiche herausgebildet. Einige dieser Bereiche — wie der Einzelhandel und das Dienstleistungshandwerk — zeichnen sich langfristig nicht gerade durch eine hohe Wachstumsdynamik aus. Die Chancen, daß dort viele anspruchsvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen, sind daher nicht sonderlich gut. Solche Arbeitsplätze sind eher in jenen Bereichen zu finden, die Dienstleistungen für Produktionsunternehmen erbringen.

Die Entwicklung einzelner Dienstleistungsbranchen in den neuen Bundesländern ist durch dreierlei gekennzeichnet: (i) kurzfristig durch das Anpassungspotential, das von den Defiziten im Vergleich zu westlichen Strukturen herrührt, und (ii) die hohen Transfers, die die Kaufkraft der privaten Haushalte bestimmen, und (iii) langfristig durch das Entwicklungspotential, das im wesentlichen aus dem Wachstumstempo resultiert, mit dem sich die ostdeutsche Wirtschaft bewegt. Es überrascht nicht, daß (gemessen an der Bruttowertschöpfung) die sogenannten Sonstigen Dienstleistungsunternehmen — zu ihnen zählen u.a. das Gastgewerbe, das Dienstleistungshandwerk, die Freien Berufe sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe

— zunächst überaus kräftig expandierten, denn dort waren die Defizite besonders groß. Der Handel und das Verkehrsgewerbe konnten an diesem Aufholprozeß dagegen wenig teilhaben, weil dort die Rückstände kleiner waren. In diesen Bereichen war die Entwicklung sowohl von Expansions- als auch von Schrumpfungsprozessen geprägt, die sich in der Summe aufhoben.

Es paßt in dieses Bild, daß sich die Expansion bei den Sonstigen Dienstleistungsunternehmen sowie den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen inzwischen stark verlangsamt hat, während beim Handel und beim Verkehrsgewerbe die Auftriebskräfte die Oberhand bekommen haben. Dies läßt erwarten, daß die Entwicklung in den großen Dienstleistungsbereichen künftig einheitlicher verläuft als bisher — nachdem ein erheblicher Teil der Wegstrecke im Anpassungsprozeß zurückgelegt worden ist.

Der Anpassungsprozeß im Dienstleistungssektor vollzieht sich freilich nicht nur in der realen Sphäre. Er ist auch mit erheblichen Veränderungen in der Preisstruktur verbunden. Dies spiegelt sich in den Beiträgen der einzelnen Bereiche zur nominalen Bruttowertschöpfung wider. Am kräftigsten verteuerten sich die Leistungen der Sonstigen Dienstleistungsunternehmen — nicht zuletzt aufgrund der starken Anhebung der Mieten¹² — sowie die des Verkehrsgewerbes. Am wenigsten verteuerten sich die Leistungen des Handels.

Konsum- und produktionsorientierte Dienstleistungen: Beispiele aus zwei Branchen

Die bisher verfügbaren Statistiken erlauben es nicht, die Entwicklung innerhalb der einzelnen Dienstleistungsbranchen in einem konsistenten Rahmen zu beschreiben. Gleichwohl steht außer Zweifel, daß konsumorientierte Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland ein besseres Umfeld vorfinden als produktionsorientierte und daß sich dies auch nur allmählich, im Zuge des Restrukturierungs- und vor allem des Reindustrialisierungsprozesses, ändern wird.

Die Unterschiede lassen sich am Beispiel des Handels und des Verkehrsgewerbes beschreiben. Im Handel hat der Einzelhandel schon frühzeitig Tritt fassen können, während der

Großhandel noch immer stagniert. Im Verkehrsgewerbe ist es der Güterverkehr, der die Wende inzwischen geschafft hat, während der Personenverkehr sie noch vor sich hat.

Handel

Die Situation im Handel hat sich seit der Wende radikal geändert, und zwar auf der Einzelhandels- wie auf der Großhandelsstufe. Diese Entwicklungen sind in früheren Berichten ausführlich beschrieben worden und brauchen hier nur skizziert zu werden. Im Einzelhandel gehört dazu insbesondere

- die Ausbreitung großflächiger Verkaufsförmlichkeiten sowie
- die Verlagerung der Aktivitäten aus dem sogenannten primären Netz in den Innenstädten in das sekundäre Netz entlang der Ausfallstraßen.

In den neuen Bundesländern entfallen inzwischen auf Einkaufsparks, Super-, Discount- und Fachmärkte vor den Toren der Städte und Gemeinden weitaus höhere Umsatzanteile als in den alten Bundesländern. Dies gilt nicht nur für Waren des täglichen Bedarfs, sondern auch für höherwertige Gebrauchsgüter wie Möbel, Heimtextilien, elektrische Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik. Den zahlreichen kleinen und mittelgroßen Einzelhändlern in den Städten und auf dem Land bleiben derzeit oft nur Nischen. Ihre Chancen liegen darin, sich nicht nur mit einem höherwertigen Produktsortiment, sondern insbesondere mit einem besseren Service von den Konkurrenten abzuheben, die ihnen vor allem im Preiswettbewerb weit überlegen sind.

Der Einzelhandel in Ostdeutschland schöpft inzwischen das Kaufkraftpotential vor Ort weitgehend aus. Er erzielte 1993 einen Umsatz von rund 95 Mrd. DM (Tabelle 5), das waren 42 vH des gesamten privaten Verbrauchs. Einkaufstourismus gibt es inzwischen kaum noch. Er hat nur dort noch einige Bedeutung, wo benachbarte westdeutsche Städte die besseren Einkaufsmöglichkeiten bieten, u.a. bei Gütern des gehobenen Bedarfs.

Wie beim Einzelhandel leisten auch beim Großhandel die größeren Betriebe den Haupt-

Tabelle 5 — Umsatzentwicklung im Groß- und Einzelhandel in Ostdeutschland 1991–1993

	1991	1992	1993
	Mrd. DM	1991=100	
Großhandel	36,0 ^a	30,5 ^a	29,3 ^a
darunter:			
Unternehmen mit 1 Mill. DM und mehr			
Umsatz	32,3	85,7	82,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	.	93,5	86,3
Textilien, Bekleidung, Schuhe	.	54,0	35,7
Holz, Baustoffe, Installationsbedarf	.	193,9	268,8
Einzelhandel	90,0 ^a	93,1 ^a	95,4 ^a
darunter:			
Unternehmen mit 25 000 DM und mehr			
Umsatz	86,5	103,8	106,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	.	104,0	108,7
Einrichtungsgegenstände	.	132,6	170,4

^aGeschätzt.

Quelle: IfW; Statistisches Bundesamt.

beitrag um Aufbau eines funktionsfähigen Vertriebsnetzes. Dort spielen die mittelständischen Betriebe momentan nur die Rolle von Nischenanbietern. Traditionsgemäß versteht sich der Großhandel als Mittler zwischen verschiedenen Produzenten (Produktionsverbindungshandel) bzw. zwischen Produzenten und Einzelhandel (Konsumgütergroßhandel). Zu den typischen Aufgaben des Großhandels gehören die Vermittlung, der Transport und die Lagerung von Waren. In dieser Funktion hat er es schwer, sich in Ostdeutschland zu behaupten. Viele Produzenten greifen dort auf eigene Logistikketten zurück, die den Handel direkt beliefern. Die großen Filialketten wiederum nutzen ihre neuen Vertriebszentren, um auch kleine und mittelgroße Einzelhändler zu bedienen. Dies alles engt das traditionelle Betätigungsfeld umsatzschwacher Großhändler stark ein und zwingt sie, an Endverbraucher zu verkaufen. Nach einer Erhebung des Ifo-Instituts vom November 1993 bezeichnet sogar rund ein Drittel der befragten Betriebe im Konsumgütergroßhandel die Endverbraucher als ihre wichtigste Kundengruppe.¹³ Generell ist die Vermischung der Funktionen von Großhandel und Einzelhandel im Osten weit stärker ausgeprägt als im Westen. Zudem ist der ostdeutsche Großhandel stärker auf lokale und regionale Märkte ausgerichtet als der westdeutsche. Seine hauptsächli-

chen Absatz- und Beschaffungsgebiete liegen im näheren Umkreis: Zwei Drittel der befragten Unternehmen haben ihre Kunden hauptsächlich in einer Entfernung von weniger als 70 km, nur ein knappes Zehntel liefert in die alten Bundesländer (Tabelle 6). Die Beschaffungsmärkte liegen zwar hauptsächlich in den alten Bundesländern, doch werden dabei offensichtlich angrenzende Regionen bevorzugt; das gilt vor allem für die kleinen Betriebe, bei denen aufgrund oftmals nur geringer Mengen die Transportkosten stark zu Buche schlagen. Keineswegs überraschend ist, daß der ostdeutsche Großhandel bisher kaum im Export- und Importgeschäft vertreten ist. Das liegt in erster Linie daran, daß bisher nur vergleichsweise wenige ostdeutsche Industrieunternehmen in der Lage sind, auf den Auslandsmärkten erfolgreich zu operieren.

Tabelle 6 — Hauptsächliche Absatz- und Beschaffungsgebiete des ostdeutschen Großhandels 1993^a

Bei ... vH der befragten Unternehmen erfolgen Absatz und Beschaffung hauptsächlich in folgenden Gebieten	Produktionsverbindungs-handel	Konsumgütergroßhandel
Absatzgebiete		
Nähere Umgebung (Radius < 30 km)	61	61
Region (Entfernung zwischen 30 und 70 km)	69	63
Neue Bundesländer (Entfernung > 70 km)	23	26
Alte Bundesländer	7	10
Ausland	6	5
Beschaffungsgebiete		
Eigenes Bundesland	55	66
Übrige neue Bundesländer	50	49
Alte Bundesländer	85	77
Übrige EU-Staaten	17	25
Ehemalige RGW-Staaten	11	5
Übriges Ausland	9	13

^aMehrfachnennung möglich.

Quelle: Ifo.

Im lokalen und regionalen Rahmen hat der Großhandel in Ostdeutschland gleichwohl eine wichtige Aufgabe für die ortsansässige Industrie. Vom Großhandel hängt es maßgeblich ab, ob die Produkte ostdeutscher Hersteller in die Regale der Ladengeschäfte gelangen. Bemerkenswert ist, daß kleine Betriebe an dieser Aufgabe stärker beteiligt sind als große. So machten 1993 die Kleinstbetriebe im Konsumgüterhandel fast 50 vH ihres Umsatzes mit ostdeut-

schen Produkten, bei den Großbetrieben waren es nur 20 vH (Tabelle 7).

Tabelle 7 — Umsatzanteile ostdeutscher Produkte beim ostdeutschen Großhandel 1992 und 1993 (vH)

	Produktionsverbindungshandel		Konsumgütergroßhandel	
	1992	1993	1992	1993
Insgesamt	22,6	24,6	25,5	30,2
darunter:				
Unternehmen mit einem Umsatz bis 0,25 Mill. DM	35,5	43,6	44,2	48,0
von 0,25 bis 1 Mill. DM	29,2	31,2	41,3	42,5
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
von 100 bis 250 Mill. DM	22,0	20,8	20,0	25,0
von 250 Mill. DM und mehr	23,5	25,5	15,0	19,0

Quelle: Ifo.

Der Großhandel in Ostdeutschland hat bislang den Umsatzrückgang nicht stoppen können: Er verliert bei steigenden Umsätzen in Industrie und Einzelhandel Märkte. Im Jahr 1993 hat er schätzungsweise nur knapp 30 Mrd. DM umgeschlagen, in Westdeutschland waren es mit knapp 1 Bill. DM rund dreißigmal mehr.

Verkehrsgewerbe

Das Verkehrsgewerbe in Ostdeutschland hat in den letzten Jahren einen gravierenden Wandel durchgemacht. Die wichtigsten Veränderungen, die in früheren Berichten ausführlich beschrieben wurden, sind

- das Schrumpfen des Transportaufkommens im Güterverkehr und die Abwanderung von Fahrgästen aus dem öffentlichen Personenverkehr hin zum Individualverkehr sowie
- die Verlagerung der Transporte von der Schiene auf die Straße.

Inzwischen laufen die Anpassungsprozesse allmählich aus: Das Gütertransportvolumen ist 1993 erstmals sogar wieder kräftig gestiegen und die Anzahl der von öffentlichen Verkehrsunternehmen beförderten Personen nur noch vergleichsweise schwach gesunken (Tabelle 8). Allerdings hält im Güterverkehr der Trend zur Lkw-Verladung ungebrochen an; vom steigenden Transportvolumen profitiert die Bahn kaum.

Tabelle 8 — Entwicklung des Transportaufkommens im Verkehrsgewerbe in Ostdeutschland 1991–1993

	1991	1992	1993
		1991=100	
		<i>Mill. Personen</i>	
Öffentlicher Personenverkehr	2 081,5	79,7	75,3
Eisenbahnverkehr	328,0	100,8	93,2
Straßenverkehr	1 751,0	75,7	73,7
Luftverkehr	1,5	220,0	286,6
		<i>Mill. t</i>	
Güterverkehr	545,6	126,8	146,8
Eisenbahnverkehr	119,0	71,2	67,4
Binnenschifffahrt	5,0	115,8	119,7
Straßengüterverkehr	410,7	143,7	171,3
Mineralölfemleitungen	12,3	106,4	109,3
<i>Nachrichtlich:</i>			
Straßengüterfernverkehr	50,7	158,4	165,0
Straßengütermahverkehr	360,0	141,6	172,2

Quelle: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr; Deutsche Bahn AG; DIW; Ifo; Statistisches Bundesamt; Verband Deutscher Verkehrsunternehmen.

Der Zusammenbruch der Industrie hat der Eisenbahn seit der Wende dramatische Einbrüche beim Transportvolumen beschert. Die größten Einbußen gab es bei Braunkohle, NE-Metallen, Eisen- und Stahl- sowie Chemieerzeugnissen. Der Bauboom schaffte nur einen kleinen Ausgleich, denn es gelang der Reichsbahn nur in geringem Maße, am Transport von Baustoffen zu partizipieren. Auf absehbare Zeit werden sich diese Verhältnisse wohl kaum ändern. Zwar zieht die Industrieproduktion im Osten nun an, wodurch auch wieder mehr Güter auf die Schiene verlagert werden. Doch dürften im Braunkohlebergbau die Fördermengen weiter sinken, was weitere Transportverluste bedeutet.

Die Eisenbahn befördert inzwischen nur noch ein Fünftel des gesamten Gütertransportaufkommens; am innerdeutschen Wechselverkehr, der nach der Grenzöffnung sprunghaft zunahm und weiterhin zunimmt, hat sie einen noch geringeren Anteil. Die Gütertransporte zwischen West- und Ostdeutschland rollen zum weitaus größten Teil über die Straße. Bisher hat das Straßengütergewerbe von der Schwäche der ostdeutschen Industrie profitieren können, denn ein großer Teil der Industriegüter, die im Osten abgesetzt werden sollten, mußte aus dem Westen herbeigeschafft werden. Künftig werden zwar die Lieferungen aus dem Westen nicht

mehr so stark zunehmen, dafür aber die Lieferungen in den Westen um so stärker. Hinzu kommt, daß das Transportaufkommen aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums steigt.

c. Ausgewählte Strukturdaten

Unternehmen und Arbeitsplätze

Die Anzahl der Unternehmen im Dienstleistungssektor ist seit der Wende kräftig gestiegen — von reichlich 100 000 im Durchschnitt des Jahres 1990 auf reichlich 300 000 im Durchschnitt des Jahres 1993 (Tabelle 9).¹⁴ Die Statistik der Gewerbeanzeigen deutet zudem auf ein weiterhin lebhaftes Gründungsgeschehen hin: Im 1. Quartal 1994 wurden im Handel und Gaststättengewerbe rund 26 000 Gewerbe angemeldet, das waren 17 vH mehr als im 1. Quartal 1992 und nur 6 vH weniger als im

1. Quartal 1991. Die Anzahl der abgemeldeten Gewerbe ist allerdings noch rascher gestiegen, der Bestandszuwachs hat sich also merklich verlangsamt. Insbesondere in den konsumorientierten Dienstleistungsbranchen — im Einzelhandel, in Teilen des Verkehrsgewerbes, im Gastgewerbe, im Reinigungs- und Körperpflegegewerbe sowie im Gesundheitswesen — sind bei den Bestandszahlen mittlerweile ähnliche Relationen wie im Westen erreicht. In den hohen Gründungs- und Liquidationsraten drückt sich somit vor allem eine hohe Fluktuation aus. Zahlreiche Existenzgründer haben offenbar noch nicht Fuß gefaßt: Viele geben auf und mache versuchen es dann auch erneut. Entgegen den Erwartungen sind im Dienstleistungssektor insgesamt bisher per Saldo aber so gut wie keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen worden.¹⁵ Anfangs ist ihre Zahl sogar

Tabelle 9 — Unternehmen und Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland 1990–1993^a (1 000)

	1990		1991		1992		1993		Veränderung 1993/1990	
	U	A	U	A	U	A	U	A	U	A
Handel	44	825	82	699	93	636	102	606	58	-219
Großhandel	3	165	9	135	7	110	7	110	4	-55
Handelsvermittlung	3	30	4	20	4	21	4	22	1	-8
Einzelhandel	38	630	69	544	82	505	91	474	53	-156
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	16	655	22	566	25	528	32	513	16	-142
Eisenbahn	0	242	0	231	0	196	0	75	0	-67
Schifffahrt	0	28	0	20	0	15	0	12	0	-16
Post/Telekom	0	130	0	121	0	104	0	105	0	-25
Übriger Verkehr	15	255	21	194	24	213	30	221	15	-34
Kreditinstitute und Versiche- rungsunternehmen	0	75	10	110	10	122	10	127	10	52
Kreditinstitute	0	60	0	70	0	80	0	84	0	24
Versicherungsunternehmen	0	15	10	40	10	42	10	43	10	28
Wohnungsvermietung	1	54	1	38	1	32	1	31	0	-23
Sonstige Dienstleistungs- unternehmen	54	584	119	752	143	836	169	917	115	333
Gastgewerbe, Heime	17	117 ^b	24	145	30	55	35	160	18	43
Bildung, Wissenschaft	7	.	20	150	25	145
Gesundheitswesen	2	15	24	168	35	165
Übrige Dienstleistungen	28	.	51	289	51	371
darunter:										
Dienstleistungen für Unternehmen	8	105	18	120	25	156	33	180	25	75
Insgesamt	114	2 193	233	2 165	271	2 154	313	2 194	199	24

^aInlandskonzept, Jahresdurchschnitte; U: Unternehmen, A: Arbeitsplätze. — ^bTeilweise auch im Handel ausgewiesen.

leicht zurückgegangen, inzwischen steigt sie jedoch wieder. Nach wie vor sind gegenläufige Veränderungen zu beobachten:

- Im Handel und im Verkehrsgewerbe zusammen sind von 1990 bis 1993 rund 360 000 Arbeitsplätze abgebaut worden; im Handel ist die negative Entwicklung inzwischen zum Stillstand gekommen, im Verkehrsgewerbe hält sie aber noch an, vor allem bedingt durch den Personalabbau bei Bahn und Post. Im wesentlichen spiegelt sich in diesen Zahlen die Umstrukturierung im Distributionssystem wider, das in der DDR personell stark überbesetzt und folglich sehr ineffizient organisiert war.
- Im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie bei den Sonstigen Dienstleistungsunternehmen sind im gleichen Zeitraum rund 385 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Dort gab es nach westlichen Maßstäben zuvor freilich viel zu wenige Arbeitsplätze. Das gilt vor allem für die wirtschaftsorientierten Dienstleistungsberufe, von denen einige so gut wie gar nicht existierten und andere nur sehr schwach entwickelt waren.

Ein Merkmal des Dienstleistungssektors in westlichen Marktwirtschaften ist die kleinbetriebliche Unternehmensstruktur. Inzwischen hat sich die durchschnittliche Größe der ostdeutschen Unternehmen an die der westdeutschen weitgehend angeglichen (Tabelle 10). Die einstmals dominierenden Großbetriebe — auch im Dienstleistungsgewerbe herrschte die Kombiatsstruktur vor — sind verschwunden, und an ihre Stelle sind zahlreiche kleine, darunter nicht wenige Einpersonen-Unternehmen, getreten. Die Angleichung der durchschnittlichen Unternehmensgrößen darf allerdings nicht vorschnell als das Ende der Anpassungsprozesse interpretiert werden. Die Durchschnittszahlen verdecken, daß ein Teil der Unternehmen immer noch zu groß und ein anderer Teil zu klein ist, um überleben zu können. Einige größere Unternehmen werden weiter Personal abbauen müssen — das gilt insbesondere für

die beiden größten Unternehmen, die Deutsche Bahn AG und die Bundespost — während kleinere Unternehmen früher oder später zusätzliches Personal einstellen werden.

Tabelle 10 — Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten je Unternehmen im Dienstleistungssektor in Ostdeutschland 1990 und 1993

	1990	1993	Zum Vergleich: Westdeutschland 1987 ^a
Handel	19,8	5,9	5,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	43,7	16,0	12,7
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	.	12,7	7,9
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	10,8	5,4	5,6
darunter: Dienstleistungen für Unternehmen	13,1	5,5	5,7

^aJe Arbeitsstätte.

Quelle: DIW; IfW; Statistisches Bundesamt.

Umsätze

Die wirtschaftliche Entwicklung im Dienstleistungssektor konnte bisher nur sehr pauschal abgebildet werden: im wesentlichen nur anhand hochaggregierter Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Inzwischen liegen für einige neue Bundesländer erste Ergebnisse aus der Umsatzsteuerstatistik 1992 in tiefer Gliederung vor. Sie erlauben erstmals ein Urteil über die Situation in einzelnen Dienstleistungsbranchen.

Im Jahr 1992 waren in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen¹⁶ rund 290 000 Unternehmen und Einzelpersonen mit einem Jahresumsatz von mehr als 25 000 DM umsatzsteuerpflichtig (Tabelle 11). Sie verteilten sich zu jeweils einem Drittel auf die Landwirtschaft und das Produzierende Gewerbe, auf den Handel und das Verkehrsgewerbe sowie auf die Sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Ein Viertel aller Umsatzsteuerpflichtigen waren Einzelhandelsbetriebe.

Auffällig im Vergleich zu den alten Bundesländern ist der hohe Anteil von Umsatzsteuerpflichtigen in den produzierenden Bereichen. Dies erklärt sich mit dem großen Gewicht der Handwerksbetriebe, insbesondere der Betriebe

Tabelle 11 — Umsatzsteuerpflichtige^a und Umsätze nach Wirtschaftszweigen in Ostdeutschland^b 1992

	Ostdeutschland ^b				Zum Vergleich: Westdeutschland 1990	
	Umsatzsteuerpflichtige		Umsatz		Umsatz- steuer- pflichtige	Umsatz
	1 000	vH	Mrd. DM		vH	
Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe	97,3	33,2	188,4	55,6	25,6	50,1
Handel	89,5	30,5	95,2	28,1	28,0	33,6
darunter:						
Großhandel	10,6	3,6	35,0	10,3	5,6	20,0
Handelsvermittlung	7,0	2,4	4,0	1,2	3,4	0,8
Einzelhandel	71,9	24,5	56,3	16,6	19,0	12,8
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	18,6	6,4	11,2	3,3	4,5	3,2
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	1,4	0,5	0,6	0,2	0,5	0,7
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	85,0	29,0	41,5	12,3	41,1	12,0
Gastgewerbe	29,1	9,9	6,9	2,0	10,8	1,5
Rechts-, Steuer-, Wirtschafts- beratung u.a.	20,7	7,1	12,3	3,6	12,3	3,9
Sonstige Dienstleistungen	9,8	3,3	7,8	2,3	8,9	3,9
Gebietskörperschaften, Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	1,4	0,5	2,0	0,6	0,4	0,6
Insgesamt	293,3	100	338,9	100	100	100

^aMit mehr als 25 000 DM Jahresumsatz. — ^bOhne Mecklenburg-Vorpommern und Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter.

im Bauhaupt- und -nebgewerbe. Im Osten gehörten 1992 fast 14 vH aller Umsatzsteuerpflichtigen zum Baugewerbe, 1990 waren es im Westen 10 vH. Auch wenn beim Handel insgesamt die jeweiligen Anteile dicht beieinander liegen, so ist im Osten ist der Einzelhandel deutlich stärker repräsentiert, im Westen sind es hingegen der Großhandel und die Handelsvermittlung. Größere Abweichungen gibt es auch bei den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne (Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen). Diese sind in Ostdeutschland nur relativ schwach vertreten. Der Anteil der rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe ist dort erst halb so hoch wie in Westdeutschland.

Die Struktur der Umsätze zeigt in Ost und West ein ähnliches Bild wie die Struktur der Steuerpflichtigen. Auffällig sind die hier nahezu identischen Anteile bei den Dienstlei-

stungsunternehmen im engeren Sinne. Diese Unternehmen sind in den neuen Bundesländern vergleichsweise umsatzstark, auch wenn die Höhe ihrer Umsätze noch lange nicht so hoch ist wie die der Unternehmen in den alten Ländern (Tabelle 12).

Generell gilt, daß in Ostdeutschland die Umsätze je Unternehmen im Durchschnitt aller Dienstleistungsbranchen nicht einmal die Hälfte der Umsätze ausmachen, die ein Unternehmen in Westdeutschland im Durchschnitt erzielt. Da sich die Unternehmen in beiden Teilen Deutschlands im Hinblick auf ihre durchschnittliche Beschäftigtenzahl kaum noch unterscheiden, kann man aus diesem Ergebnis auch auf die Umsatzproduktivität schließen: Sie beträgt im Osten ebenfalls weniger als die Hälfte der Produktivität im Westen. Dieses Ergebnis deckt sich mit anderen Befunden für die Industrie.

Tabelle 12 — Umsatz je Umsatzsteuerpflichtigen^a nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland^b 1992

	Ost- deutsch- land	Zum Vergleich: Westdeutsch- land 1990	Re- lation ^c
	Mill. DM		
Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe	1,94	4,69	0,41
Handel	1,06	2,87	0,36
darunter:			
Großhandel	3,29	8,56	0,38
Handelsvermittlung	0,57	0,58	0,98
Einzelhandel	0,78	1,61	0,48
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	0,60	1,74	0,34
Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	0,45	3,01	0,15
Dienstleistungen von Unterneh- men und Freien Berufen	0,49	0,70	0,70
Gastgewerbe	0,24	0,33	0,73
Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsbe- ratung u. a.	0,59	0,76	0,77
Sonstige Dienstleistungen	0,79	1,04	0,76
Gebietskörperschaften, Organi- sationen ohne Erwerbszweck	1,37	3,31	0,41
Insgesamt	1,16	2,39	0,49

^aMit mehr als 25 000 DM Jahresumsatz. — ^bOhne Mecklenburg-Vor-
pommern und Berlin-Ost. — ^cOstdeutschland zu Westdeutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesäm-
ter.

Die Statistik liefert auch keine Hinweise dar-
auf, daß sich die Verteilung der Umsätze der
Unternehmen auf Größenklassen in Ost und
West gravierend unterscheidet, auch wenn im
Osten wegen der insgesamt geringeren Umsätze
die unteren Umsatzgrößenklassen ein stärkeres
Gewicht haben als im Westen und im Westen
die oberste Klasse ein besonders hohes Gewicht
hat. So erzielten im Handel 1992 rund 28 vH
aller Steuerpflichtigen einen Jahresumsatz von
weniger als 100 000 DM, in den alten Bundes-
ländern waren es 1990 rund 22 vH (Tabel-
le A1). Die Zahlen machen deutlich, daß es im
Dienstleistungssektor — im Osten wie im We-
sten — zahlreiche „Kümmerexistenzen“ gibt.
Selbst wenn man berücksichtigt, daß unter den
Steuerpflichtigen in den unteren Umsatzklassen
solche mit unterjährigen Umsätzen überdurch-
schnittlich häufig zu finden sind: Bei den oft-
mals geringen Margen läßt sich bei Umsätzen
unter 100 000 DM nur mehr schlecht als recht
existieren. Vielfach dürfte es sich dabei um Ne-
benerwerbe handeln.

Investitionen und Produktivität

Zur Stärkung der Wettbewerbskraft haben die
Unternehmen im Dienstleistungssektor bereits
erhebliche Beträge investiert — im Zeitraum
von 1991 bis 1993 summieren sich diese nach
Schätzungen des Ifo-Instituts für Wirtschafts-
forschung auf reichlich 100 Mrd. DM (Tabelle
13). Dies entspricht knapp einem Drittel aller in
Ostdeutschland getätigten Investitionen. Davon
entfiel etwa die Hälfte auf Investitionen von
Bahn, Post und Telekom. Die Bedeutung dieser
Investitionen kann nicht hoch genug einge-
schätzt werden, denn die Investitionen zum
Aufbau leistungsfähiger Verkehrs- und Kom-
munikationsnetze sind komplementär zu den
Investitionen der Unternehmen. Ohne den ras-
chen Ausbau des Straßen- und Telefonnetzes
wären viele neue Dienstleistungsunternehmen
in den Startlöchern steckengeblieben.

Tabelle 13 — Bruttoanlageinvestitionen^a im Dienstlei-
stungssektor in Ostdeutschland 1991–1993 (Mrd. DM)

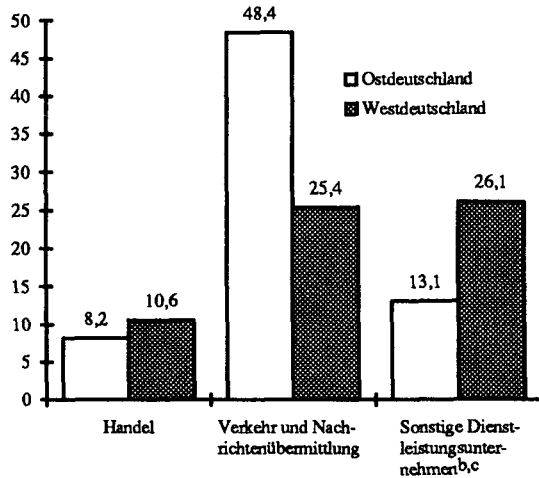
	1991	1992	1993
Insgesamt	28,0	36,9	42,2
Handel	4,4	5,2	5,2
darunter:			
Westdeutsche Unternehmen	2,8	4,0	4,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,2	21,9	23,0
darunter:			
Reichsbahn, Bundespost und Telekom	15,7	18,0	.
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen	1,4	1,8	2,0
Sonstige Dienstleistungsunternehmen ^b	6,0	8,0	11,2
Nachrichtlich:			
Verarbeitendes Gewerbe	17,2	22,3	24,3

^aNeue Anlagen in jeweiligen Preisen. — ^bOhne Wohnungsvermittlung.

Quelle: Ifo; Statistisches Bundesamt.

Auffällig ist die relativ niedrige Investitions-
intensität im Handel — je Einwohner wurden
im Jahr 1993 sogar geringere Summen investi-
ert als in Westdeutschland (Schaubild 4). Das
scheint nicht zu dem Bild passen, das sich dem
Beobachter in Ostdeutschland bietet, denn über-
all schießen neue Einkaufszentren und Verbrau-
chermärkte wie Pilze aus dem Boden. Es darf
jedoch nicht übersehen werden, daß viele dieser
Objekte recht schlicht gehalten wurden. Über-
dies können Bauten auf der grünen Wiese mit
vergleichsweise geringem Investitionsaufwand

Schaubild 4 — Investitionsintensität im Dienstleistungssektor^a in Ost- und Westdeutschland 1993 (DM)



^aNeue Anlagen in jeweiligen Preisen je Einwohner. — ^bOhne Wohnungsvermietung. — ^cEinschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Quelle: Ifo; Statistisches Bundesamt.

erstellt werden. Auch werden in den Innenstädten erst geringe Beträge investiert: Der Neubau aufwendiger Warenhäuser oder Ladenpassagen hat gerade erst begonnen oder steckt noch in der Vorbereitung.

Bei alledem muß allerdings im Blick gehalten werden, daß die Investitionen in der Statistik normalerweise nach dem Eigentümerkonzept ausgewiesen, also dem Investor, nicht dem Nutzer zugeordnet werden. Im Dienstleistungssektor wird ein hoher Teil der Ausrüstungen und Bauten geleast. In Westdeutschland liegt der Anteil der gemieteten oder gepachteten Anlagegüter im Handel bei rund einem Drittel, in einigen anderen Bereichen wie der Wirtschafts- und Steuerberatung oder der Datenverarbeitung sogar noch höher. In Ostdeutschland dürfte das Leasing stärker verbreitet sein als im Westen; so gibt es vergleichsweise viele Unternehmen, die nach dem Franchise-System arbeiten. Die hohe Investitionsintensität der Sonstigen Dienstleistungsunternehmen in Westdeutschland läßt sich zu einem

guten Teil mit der großen Bedeutung des Leasings in Ostdeutschland erklären, denn die Vermietung und Verpachtung von Anlagegütern wird vermutlich teilweise dort nachgewiesen.

Investitionen und Personalabbau haben auch dem Dienstleistungssektor zu einem Produktivitätsschub verholfen; hinzu kamen zum Teil kräftige Preisanhebungen infolge des Subventionsabbaus. Bei den Sonstigen Dienstleistungsunternehmen war die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Jahr 1993 um rund ein Fünftel und beim Handel und Verkehrsgewerbe nach einer überschlägigen Schätzung sogar um ein Drittel höher als im Jahr 1991. Gleichwohl wurde in beiden Bereichen noch nicht einmal die Hälfte des westdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht. Allerdings verdecken Durchschnittszahlen wie diese mitunter mehr als sie aufdecken. Derzeit streut die Produktivität in Ostdeutschland vermutlich außerordentlich stark — zwischen einzelnen Branchen und mehr noch innerhalb derselben. Wie im Produzierenden Gewerbe gibt es auch im Dienstleistungssektor vermutlich nicht wenige Unternehmen, die das Produktivitätsniveau der westdeutschen Unternehmen bereits überschreiten. Die Ergebnisse der Jahreserhebung 1991/92 im Großhandel zeigen beispielhaft (Tabelle 14), daß dort die Produktivitätsunterschiede zwischen kleinen und großen Unternehmen sehr groß sind. Auffällig ist, daß die Umsatzproduktivität bei kleinen und mittleren Unternehmen kräftig gesunken ist, während sie sich bei Großunternehmen ebenfalls kräftig erhöht hat. Letzteres läßt sich wohl nur mit Struktureffekten erklären: 1991 dominierten vielfach noch die Altbetriebe, die 1992 weitgehend verschwunden waren. Inzwischen wird die Großhandelslandschaft in Ostdeutschland von den Filialbetrieben westdeutscher Handelsketten bestimmt. Deren Umsatzproduktivität liegt im Osten teilweise über der der Betriebe im Westen.

Tabelle 14 — Umsatzproduktivität^a im Großhandel^b in Ost- und Westdeutschland 1991 und 1992

	Ostdeutschland		Westdeutschland		Relation ^c	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992
	1 000 DM				vH	
Großhandel insgesamt	344,7	444,0	878,2	868,8	39,2	51,1
darunter Unternehmen mit ... Beschäftigten						
1 bis 9	700,0	536,0	1 334,6	1 264,6	52,1	42,4
10 bis 199	480,1	405,4	793,5	782,5	60,5	51,8
200 und mehr	263,1	479,7	920,1	927,0	28,5	51,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
Unternehmen mit Sitz in						
Ostdeutschland	290,0	450,0	x	x	x	x
Westdeutschland	909,0	870,0	x	x	x	x

^aUmsatz je Beschäftigten. — ^bUnternehmen mit einem Jahresumsatz von 1 Mill. DM und mehr. — ^cOstdeutschland zu Westdeutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Veröffentlichung der Ergebnisse für 1992 erfolgt in „Wirtschaft und Statistik“, H. 8, 1994).

Kostenstruktur und Ertragslage

Bisher fällt es sehr schwer, die Ertragslage der Unternehmen zu beurteilen; es liegen nur wenige Informationen vor.¹⁷ Die Lage ist aber vermutlich sehr angespannt. Dafür spricht, daß die Umsätze noch vergleichsweise niedrig, die Kosten aber schon vergleichsweise hoch sind. Ein gravierendes Problem sind auch im Dienstleistungssektor die hohen Löhne. Die Effektivverdienste haben in den meisten Branchen inzwischen 70 bis 75 vH des westdeutschen Niveaus erreicht (Tabelle 15). Zu den Branchen, die am raschesten aufgeholt haben, zählt der Einzelhandel, der Großhandel liegt noch am weitesten zurück. Allerdings ist das Bild wesentlich facettenreicher, als es in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. So war im Einzelhandel bis zum 30.04.1994 die sogenannte Mittelstandsklausel in Kraft, die kleinen Betrieben Lohnabschläge bis 10 vH (zuletzt bis 6 vH) erlaubte. Viele Betriebe machten davon Gebrauch. Außerdem ist zu vermuten, daß zahlreiche Unternehmen nicht nach Tarif bezahlen, da sie nicht Mitglied eines Arbeitgeberverbands sind. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß in

vielen Fällen die gezahlten Vergütungen stark vom Durchschnitt abweichen.

Tabelle 15 — Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Groß- und Einzelhandel und bei den Kreditinstituten in Ostdeutschland 1991–1993^a

	Großhandel		Einzelhandel		Kreditinstitute	
	DM	Westdeutschland=100	DM	Westdeutschland=100	DM	Westdeutschland=100
1991	1 869	45,4	1 657	51,3	2 003	48,6
1992	2 453	54,6	2 174	62,7	2 697	59,5
1993	2 838	60,3	2 634	72,2	3 154	66,3
Oktober 1993	2 952	62,2	2 720	73,4	3 277	68,4

^aJahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die vorliegenden Informationen deuten allerdings darauf hin, daß sich die Schere zwischen Produktivität und Löhnen allmählich schließt. So war im Großhandel im Jahr 1992 die Lohnquote im Osten nur noch geringfügig höher als im Westen, bei den großen, umsatzstarken Unternehmen war sie sogar deutlich niedriger (Tabelle 16).

Tabelle 16 — Zur wirtschaftlichen Lage im Großhandel^a in Ostdeutschland 1991 und 1992 (vH)

	Ostdeutschland				Zum Vergleich: Westdeutschland			
	Rohertragsquote ^b		Lohnquote ^c		Rohertragsquote ^b		Lohnquote ^c	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Unternehmen insgesamt	14,3	17,5	44,4	36,2	16,1	16,3	33,6	35,9
darunter:								
mit ... Beschäftigten								
1 bis 9	13,1	18,4	25,1	29,1	12,7	13,3	25,4	27,4
10 bis 199	11,8	18,2	44,5	41,8	17,0	17,6	35,1	36,9
200 und mehr	16,8	16,5	45,7	30,9	15,9	15,5	33,3	36,5
mit Umsatz von ... DM								
1 Mill. bis unter 5 Mill.	23,7	24,4	42,6	42,3	25,0	26,2	38,4	39,7
5 Mill. bis unter 50 Mill.	19,1	19,4	50,2	43,9	21,1	21,9	36,7	38,5
50 Mill. bis unter 250 Mill.	18,1	16,4	49,8	40,5	16,8	16,9	33,1	35,6
250 Mill. und mehr	12,1	15,2	36,6	23,7	11,6	11,5	29,3	32,2

^aUnternehmen mit 1 Mill. DM und mehr Jahresumsatz. — ^bAnteil des Rohertrags (Umsatzerlöse minus Wareneinsatz) am Umsatz. — ^cAnteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme am Rohertrag.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

d. Zum Bezug von Dienstleistungen durch die ostdeutsche Industrie — Ergebnisse einer Umfrage

Anhaltspunkte über den Bezug von Dienstleistungen durch die ostdeutsche Industrie konnten mit Hilfe einer Umfrage des DIW vom letzten Winter gewonnen werden.¹⁸ Wie nicht anders zu erwarten ist, hängt die Nachfrage der Industrieunternehmen nach produktionsnahen Diensten stark von der Art der Leistung ab. Es gibt Dienste, die von vielen Unternehmen nicht benötigt werden und solche Leistungen, die zwar gebraucht, aber in den meisten Fällen von den Industrieunternehmen selbst erbracht werden. Eine Reihe anderer Dienstleistungen indes wird von der Industrie meist bei entsprechenden Zulieferern in Auftrag gegeben.

Zu den Leistungen, die extern nachgefragt werden, gehören Transportleistungen (Tabelle 17). Den Befragungsergebnissen zufolge hat nur ein Drittel der ostdeutschen Industrieunternehmen einen eigenen Fuhrpark. Die anderen beauftragen Fuhrunternehmen und Spediteure. Kleine Unternehmen erbringen Transportleistungen überwiegend selbst. Das liegt zum einen daran, daß ihr Lieferradius meistens eng ist, zum anderen daran, daß sie stark in solchen Industriezweigen (wie z.B. das Ernährungsge-

werbe) tätig sind, in denen ein flexibel einsetzbarer eigener Fuhrpark Vorteile bringt. Solche Industrieunternehmen, die Transportleistungen beziehen, vergeben die Aufträge zumeist an Anbieter in der Nähe ihres eigenen Standorts (Tabelle 18). Zum Teil werden auch Geschäfte mit Fuhrunternehmen aus anderen Teilen der neuen Bundesländer gemacht, nicht selten mit Unternehmen aus den alten Bundesländern. Anbieter von dort werden vergleichsweise häufig von Betrieben in Besitz westdeutscher oder ausländischer Unternehmen in Anspruch genommen. In nicht wenigen dieser Fälle dürften die Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmenszentrale und Fuhrunternehmen auf den Betrieb in Ostdeutschland ausgeweitet worden sein.

Die Steuerberatung, ebenfalls eine der „klassischen“ Dienstleistungen für Unternehmen, wird von fast allen ostdeutschen Industrieunternehmen in Anspruch genommen. Dabei lassen sich zwei gleich große Gruppen unterscheiden: Die einen lassen sich von Steuerberatern aus ihrer näheren Umgebung betreuen, die anderen von Steuerberatern aus den alten Bundesländern. Auch hier gibt es große Unterschiede zwischen eigenständigen Industrieunternehmen und den Tochtergesellschaften westdeutscher und

Tabelle 17 — Ausgewählte Dienstleistungen, die von den Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern selbst erbracht oder von anderen Unternehmen bezogen werden

	Die jeweilige Dienstleistung wird von ... vH aller Unternehmen					
	hauptsächlich von anderen Unternehmen bezogen, und zwar mit Sitz ^a				hauptsächlich selbst erbracht	nicht benötigt
	in der näheren Umgebung	anderorts in den neuen Bun- desländern	anderorts in den alten Bun- desländern	im Ausland		
	<i>alle Industrieunternehmen</i>					
Produktentwicklung	4	4	10	1	62	24
Produktdesign	5	4	12	2	47	33
Verfahrensentwicklung	2	4	10	2	55	31
Marktforschung	2	3	14	2	64	19
Werbung	23	7	16	2	54	8
Absatz und Vertrieb	4	6	14	2	79	8
Transport	56	13	8	2	33	4
Datenverarbeitung	19	4	13	1	60	11
Organisatorische Rationalisierung	4	3	7	0	66	23
Steuerberatung	44	8	42	1	7	2
Weiterbildung der Mitarbeiter	29	20	21	4	32	14
	<i>eigenständige private Unternehmen</i>					
Produktentwicklung	5	4	8	1	64	25
Produktdesign	6	5	10	1	48	35
Verfahrensentwicklung	2	5	8	1	55	34
Marktforschung	2	3	10	2	68	19
Werbung	26	8	13	1	57	7
Absatz und Vertrieb	4	7	12	2	81	8
Transport	56	12	7	2	36	5
Datenverarbeitung	23	4	10	0	58	12
Organisatorische Rationalisierung	5	3	6	0	65	24
Steuerberatung	53	9	35	0	5	2
Weiterbildung der Mitarbeiter	31	19	19	4	30	16
	<i>Unternehmen in Besitz westdeutscher oder ausländischer Unternehmen</i>					
Produktentwicklung	2	3	17	3	60	22
Produktdesign	4	3	18	3	47	33
Verfahrensentwicklung	1	2	18	5	58	24
Marktforschung	1	4	29	4	55	19
Werbung	14	6	28	3	46	14
Absatz und Vertrieb	6	7	19	3	72	10
Transport	60	19	14	4	25	3
Datenverarbeitung	9	3	18	1	65	10
Organisatorische Rationalisierung	3	0	12	1	71	17
Steuerberatung	17	7	63	1	13	5
Weiterbildung der Mitarbeiter	25	19	31	7	40	8

^aMehrfachnennungen möglich.

Quelle: Befragung des DIW vom Winter 1993/94.

ausländischer Firmen. Letztere lassen sich in der Regel von westdeutschen Steuerexperten beraten, die „rein“ ostdeutschen Unternehmen hingegen nehmen meist einen Steuerberater in ihrer näheren Umgebung. Allerdings gibt es

auch unter ihnen einige, die einen westdeutschen Steuerberater haben. Das läßt darauf schließen, daß es bei diesem Berufsstand in Ostdeutschland auf der Angebotsseite noch Defizite gibt.

Tabelle 18 — Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern, die Dienstleistungen von Unternehmen aus ihrer näheren Umgebung beziehen

	Von allen Unternehmen der jeweiligen Gruppe beziehen ... vH die jeweilige Dienstleistung von Unternehmen aus ihrer näheren Umgebung										
	Produktentwicklung	Produktdesign	Verfahrensentwicklung	Marktforschung	Werbung	Absatz und Vertrieb	Transport	Datenverarbeitung	Organisatorische Rationalisierung	Steuerberatung	Weiterbildung der Mitarbeiter
Wirtschaftszweig											
Steine und Erden	4	2	2	1	23	8	65	16	2	28	21
Eisen, NE-Metalle, Gießereien	-	3	-	-	19	3	64	25	-	42	24
Chemie	1	7	3	5	23	4	67	10	1	33	36
Holzbearbeitung	-	-	-	-	31	2	60	21	6	51	21
Stahlverformung, Oberflächenveredelung	2	3	-	2	27	4	54	26	4	54	32
Stahl- und Leichtmetallbau	5	1	2	2	33	8	59	22	2	46	43
Maschinenbau	6	5	4	3	22	4	66	20	5	47	42
Straßenfahrzeugbau	2	5	-	3	31	2	37	16	2	37	34
Elektrotechnik	6	6	2	2	17	4	59	17	4	42	30
EBM-Waren	2	2	2	1	20	4	63	22	4	45	32
Feinkeramik, Glas	-	-	-	3	20	5	51	12	3	26	18
Holzverarbeitung	-	3	-	3	30	5	56	27	2	48	19
Papier- und Pappeverarbeitung	2	18	3	3	23	2	84	37	5	61	21
Druck	6	11	2	-	24	10	55	30	13	57	22
Kunststoff	6	8	2	1	23	4	45	16	4	45	15
Textil	7	10	-	3	16	4	59	23	9	57	28
Bekleidung	3	7	-	-	18	9	49	29	5	57	31
Nahrungs- und Genußmittel	2	8	2	3	27	6	36	11	4	32	23
Größenklasse											
Unternehmen mit ... Beschäftigten											
1 bis 9	4	5	2	2	24	5	46	24	3	68	17
10 bis 19	5	7	2	3	23	6	54	26	7	54	29
20 bis 49	5	6	2	2	24	4	60	22	5	44	32
50 bis 99	3	6	2	2	27	4	60	15	4	34	32
100 bis 199	3	3	-	1	22	5	58	8	2	21	34
200 bis 499	1	-	2	1	18	3	68	6	2	18	34
500 und mehr	-	1	-	1	10	5	66	18	-	15	41
Entstehung											
Treuhandunternehmen	3	3	1	1	23	3	69	20	4	34	45
Private Unternehmen	4	5	2	2	23	5	56	20	4	45	28
davon:											
Privatisierte Treuhandunternehmen	4	6	1	2	21	5	62	18	4	34	32
darunter:											
durch MBO privatisiert	5	7	2	2	29	4	59	22	4	44	31
Reprivatisierte Treuhandunternehmen	4	5	3	2	24	5	60	23	6	54	34
Unternehmen, die vor 1990 in privater Hand waren	2	6	2	3	29	5	37	15	4	51	31
Unternehmen, die nach 1989 gegründet wurden	5	4	2	2	23	4	49	21	4	52	19
Industrieunternehmen insgesamt	4	5	2	2	23	4	56	19	4	44	29

Quelle: Befragung des DIW vom Winter 1993/94.

Die Weiterbildung der Mitarbeiter ist eine Aufgabe, die ebenfalls von den meisten Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern nicht selbst erfüllt, sondern eigenständigen Bildungseinrichtungen übertragen wird. Häufig werden Angebote in unmittelbarer Nähe wahrgenommen. Oft werden aber auch die Mitarbeiter zur beruflichen Qualifizierung in Fortbildungsstätten in anderen Regionen der neuen

Bundesländer oder in den alten Bundesländern geschickt. Bei Qualifizierungsleistungen nehmen die eigenständigen Betriebe vornehmlich Anbieter vor Ort in Anspruch, die ostdeutschen Betriebe westdeutscher und ausländischer Unternehmen setzen dagegen stärker auf Weiterbildungsinstitute im Westen der Bundesrepublik. Diese Betriebe bilden ihre Mitarbeiter häufig selbst weiter. Das dürfte daran liegen,

daß sie bessere Weiterbildungsmöglichkeiten besitzen, denn sie sind im Durchschnitt vergleichsweise groß und haben dadurch größere Möglichkeiten für Weiterbildungsaktivitäten. Zudem können sie die Belegschaften auch in anderen Betrieben des Unternehmensverbunds qualifizieren. Von einem Teil der eigenständigen ostdeutschen Betriebe wird der Stellenwert der beruflichen Weiterbildung aber offensichtlich gering eingeschätzt. Immerhin ein Sechstel von ihnen meint, daß berufliche Weiterbildung für die Mitarbeiter nicht erforderlich sei.

Forschung und Entwicklung werden von den ostdeutschen Industrieunternehmen — sofern sie als bedeutsam erachtet werden — zumeist als Aufgaben angesehen, die innerbetrieblich oder im Unternehmensverbund zu bewältigen sind. Nur wenige Unternehmen vergeben Aufträge für solche Leistungen an andere Firmen. Von den Unternehmen haben die meisten Geschäftsbeziehungen mit entsprechenden Dienstleistern aus den alten Bundesländern. An Unternehmen aus der näheren Umgebung oder aus anderen Teilen der neuen Bundesländer werden kaum Entwicklungsarbeiten vergeben; das gilt sowohl für die eigenständigen ostdeutschen Industrieunternehmen als auch — und noch mehr als bei diesen — für die Betriebe in Besitz westdeutscher und ausländischer Unternehmen, und das gilt sowohl für die Entwicklung von Produktionsverfahren und die organisatorische Verbesserung von Produktionsabläufen als auch für die Entwicklung von Produkten. Offenbar fällt es bei solchen Leistungen, bei denen die räumliche Nähe zu den Abnehmern generell kein ins Gewicht fallender Standortvorteil ist, den ostdeutschen Dienstleistern schwer, sich gegenüber der Konkurrenz aus dem Westen zu behaupten.

In einigen Industriezweigen betreiben viele Betriebe keine eigene Forschung und Entwicklung und vergeben auch keine Entwicklungsaufträge an andere Unternehmen. Das hängt mit der Art ihrer Produktion zusammen. So findet in dem Industriezweig Steine und Erden, in der Stahlindustrie, in der Holzbearbeitung und in der Druckindustrie wenig Produktentwicklung vor Ort statt. Insbesondere bei kleinen Unter-

nehmen erfolgt die Modernisierung der Verfahrenstechnik durch den Kauf neuer Anlagen.

Die Datenverarbeitung wird von den meisten Industrieunternehmen selbst durchgeführt. Sofern Aufträge vergeben werden, gehen sie größtenteils an Unternehmen in der näheren Umgebung. Lediglich ein Teil der Unternehmen bezieht diese Dienstleistungen aus den alten Bundesländern. Dabei zeigen sich die bekannten Unterschiede im Verhalten von eigenständigen Unternehmen und von Betrieben in Besitz westdeutscher und ausländischer Unternehmen. Erstere lassen ihre Datenverarbeitung vornehmlich von Firmen in der Nähe des eigenen Standorts durchführen, letztere in Westdeutschland.

Funktionen, die mit dem Absatz der Produktion zusammenhängen, werden nur von einem kleinen Teil der Unternehmen an einschlägige Dienstleistungsfirmen übertragen. Lediglich jedes fünfte Unternehmen betraut externe Dienstleister mit Vertriebsaufgaben; dabei handelt es sich in erster Linie um den Einsatz von Vertretern in Westdeutschland. Ebenso wenige ostdeutsche Betriebe lassen Marktforschung betreiben — vornehmlich von Unternehmen in Westdeutschland. Vergleichsweise häufig werden dagegen Werbeleistungen zugekauft. Hier bekommen vielfach Anbieter in Ostdeutschland den Zuschlag.

Alles in allem gehen von der Industrie in den neuen Bundesländern durchaus Impulse auf die produktionsnahen Dienstleistungen aus. Allerdings begünstigt ein erheblicher Teil der Nachfrage Unternehmen in den alten Bundesländern. Das liegt an Schwächen auf der Angebotsseite in den neuen Bundesländern. Viele Aufträge werden aber auch an westdeutsche Dienstleister vergeben, weil die Industriebetriebe in Besitz westdeutscher und ausländischer Unternehmen und in die Geschäftsbeziehungen ihrer Muttergesellschaften oder anderer Teile ihres Unternehmensverbundes mit Anbietern aus den alten Bundesländern eingebunden sind. Immerhin entfällt auf die Betriebe mit westdeutscher und ausländischer Beteiligung reichlich die Hälfte der Arbeitsplätze in der ostdeutschen Industrie.

e. Fazit

Beim Aufbau eines modernen Dienstleistungssektors hat die ostdeutsche Wirtschaft zweifellos einen großen Schritt nach vorn gemacht. Gleichwohl bestehen in Teilbereichen noch Defizite, vereinzelt zeichnen sich auch Fehlentwicklungen ab:

In *sektoraler Hinsicht* wird das Bild von konsumorientierten Dienstleistungen, vor allem von den Aktivitäten des Einzelhandels, bestimmt. Bei produktionsorientierten Dienstleistungen gibt es dagegen einen beträchtlichen Rückstand. Der Hauptgrund dafür ist die schmale industrielle Basis. Zudem erhalten bei der Vergabe von Aufträgen aus der Industrie oftmals westdeutsche Anbieter den Zuschlag.

In *regionaler Hinsicht* konzentrieren sich die Aktivitäten der Dienstleistungsunternehmen auf Nachfrager in ihrer näheren Umgebung; die Einbindung der Unternehmen in die überregionale und insbesondere in die internationale Arbeitsteilung ist noch vergleichsweise schwach entwickelt. Auch dies ist maßgeblich auf den geringen Bestand an Industrieunternehmen zurückzuführen, die für den Fernabsatz produzieren.

Bei alledem darf auch nicht übersehen werden, daß sich viele Unternehmen auf einer langen „Durststrecke“ befinden. Die Umsatzproduktivität ist im Durchschnitt noch niedrig, und daran gemessen sind die Kosten hoch, vor allem Löhne und Mieten. Insbesondere kleine Unternehmen mit nur geringem Eigenkapital sind von Auszehrung bedroht. Dazu trägt auch der wachsende Konkurrenzdruck von seiten leistungsstarker Großunternehmen bei.

Gleichwohl muß man sich vor pauschalen Urteilen hüten. Die Situation ist örtlich sehr verschieden, je nachdem, in welchem wirtschaftlichen und politischen Umfeld die Unternehmen operieren. Das wird in den folgenden drei Fallstudien gezeigt.

3. Fallstudien

a. Chemnitz

Ausgangslage Ende 1989

Chemnitz hat sich im Verlauf seiner über 800jährigen Geschichte zu einem bedeutenden industriellen Zentrum entwickelt. Bereits im 14. Jahrhundert wurde mit der Erteilung des Bleichprivilegs die Grundlage für die Textilherstellung und -verarbeitung gelegt. Chemnitzer Tuche sind seit dem 18. Jahrhundert in ganz Europa begehrt. Nach der Inbetriebnahme der ersten beiden Baumwollspinnereien englischer Herkunft 1799/1800 etablierte sich auch ein eigener Maschinenbau. Chemnitz entwickelte sich so zur „ersten Fabrik- und zweiten Handelsstadt“ in Sachsen und wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch als „sächsisches Manchester“ bezeichnet, womit auf die Schattenseiten des industriellen Aufstiegs hingewiesen wurde. Mit der raschen industriellen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert nahm die überregionale Bedeutung der Stadt weiter zu.¹⁹

Chemnitz wurde Ende des Zweiten Weltkriegs zu etwa zwei Dritteln zerstört. Alliierte Luftangriffe legten am 5. März 1945 das „alte Chemnitz“, insbesondere den Stadtkern, in Schutt und Asche. Mit dem Wiederaufbau, vornehmlich in den 50er und 60er Jahren, wurde die alte Ringbebauung durchbrochen und die Straßenführung völlig verändert. Nur wenige historische Gebäude blieben erhalten. Unter Vernachlässigung der Altbausubstanz wurden ab Mitte der 60er Jahre außerhalb des Stadtzentrums mehrere große Wohngebiete geschaffen, u.a. auf den Fluren dreier Stadtgebiete sowie auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens das Fritz Heckert-Wohngebiet (als größte Neubausiedlung), in dem heute über 80 000 Einwohner leben. In diesem Zeitraum wurde auch die Bebauung des Stadtzentrums fortgesetzt. Die Gestaltung der City blieb trotzdem bisher ein Torso. Neben einer geschlossenen Architektur fehlen Magistralen und Boulevards mit vielfältigen Möglichkeiten zum Einkauf und zur Freizeitgestaltung. So wirkt die Innenstadt wenig anziehend.

Chemnitz, von 1953 bis 1990 in Karl-Marx-Stadt umbenannt, liegt im südwestlichen Landesteil des Freistaats Sachsen (Tor zum Erzgebirge). Die Gesamtfläche der Stadt beträgt 130 km².

Während der DDR-Zeit blieb die Stadt mit ihrem Umland ein wichtiger industrieller Raum. Sie verfügte, nach DDR-Maßstäben, über eine relativ gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Sie war durch ihre zentrale Lage in der westsächsischen Industrieregion in ein dichtes, weitverzweigtes Schienen- und Straßennetz integriert. Mit rund 300 000 Einwohnern war es die viertgrößte Stadt in der DDR. Unter Einbeziehung des Landkreises lebten im Großraum Chemnitz 1989 rund 400 000 Menschen. Die Stadt war politisches und administratives Zentrum des mit rund 2 Mill. Einwohnern bevölkerungsreichsten Bezirks. Von den rund 178 000 Beschäftigten (ohne Auszubildende) arbeiteten 1989 rund 94 000 (53 vH) in der Industrie und über 13 000 (7 vH) im Baugewerbe. Etwa ein Fünftel der Industrieproduktion des Bezirks

wurde in der Stadt erzeugt. Hier waren auch die Stammbetriebe und Leitungen mehrerer Kombinate ansässig, wie des Werkzeugmaschinenbaus, des Textilmaschinenbaus, des Straßenfahrzeugbaus und der Textilindustrie. In Chemnitz existierte eine Vielzahl von Großbetrieben (Tabelle 19). Zu den größten Betrieben zählten das Barkas-Werk (Produzent von Hauptaggregaten für den Straßenfahrzeugbau) mit rund 4 800 Beschäftigten, der Stammbetrieb des Werkzeugmaschinenbaukombinats „Fritz Heckert“ mit 4 200 Beschäftigten und ein Spinnereimaschinenbaubetrieb mit 1 800 Beschäftigten. Weitere Betriebe, wie ein Schraubenwerk und ein Drehmaschinenbaubetrieb, beschäftigten zusammen etwa 3 000 Arbeitskräfte.

In Chemnitz konzentrierten sich in den bestimmenden Industriezweigen auch wichtige Forschungspotentiale. So waren im damaligen Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus über 1 500 und in den Betrieben des Textilmaschinenbaus rund 600 Forscher und Ent-

Tabelle 19 — Bedeutende Industrieunternehmen in der Stadt Chemnitz 1989–1994

	Beschäftigte					
	1989	1990	1991	1992	1993	1994 ^a
F. Heckert Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH	4 215	1 559	1 485	665	409	406
METAVO Metallverarbeitungs- und Vorrichtungsbau GmbH (Ausgliederung)	x	240	240	220	207	.
Barkas GmbH (ehem. VEB Barkas-Werke)	4 785	2 370				
VW Sachsen GmbH – Motorenfertigung Chemnitz (Neugründung)	x	x	800	793	487	487
Hörmann Barkas Industrietechnik GmbH (Ausgliederung)	x	x	164	175	165	168
Sachsenhydraulik GmbH Chemnitz (ehem. VEB Industriewerke)	3 187	2 580	2 183	487	308	245
Chemnitzer Spinnereimaschinenbau GmbH (ehem. VEB Spinnereimaschinenbau)	1 836	1 503	706	711	667	477
Ermafa Kunststofftechnik Chemnitz GmbH (ehem. VEB Erste Maschinenfabrik)	1 769	1 242	740	405	200	88
Chemnitzer Webmaschinenbau GmbH (ehem. VEB Webstuhlbau)	1 628	1 445	700	598	472	411
HURTH MODUL GmbH Chemnitz (ehem. VEB Zahnschneidemaschinenfabrik MODUL)	1 706	1 350	600	315	242	242
Apparate- und Anlagenbau GERMANIA GmbH (ehem. VEB Germania)	1 548	1 365	850	746	551	519
Schleifmaschinenwerk GmbH (ehem. VEB Schleifmaschinenwerk)	1 352	998	480	457	389	170
Wirkbau Textilmaschinen GmbH (ehem. VEB Wirkmaschinenbau), Auflösung 1993	1 350	1 100	700	470	300	x
UNION Sächsische Werkzeugmaschinen GmbH (ehem. VEB Werkzeugmaschinenfabrik UNION)	937	776	355	255	204	86

^aPrognose.

Quelle: Stadtverwaltung Chemnitz.

wickler tätig. Darüber hinaus gab es eine Technische Universität und eine Reihe von Fachschulen.

Die Dienstleistungen waren im Vergleich zu westdeutschen Städten relativ gering entwickelt. So erreichte bei den etwa 1 000 Einzelhandelsgeschäften die Verkaufsfläche je Einwohner lediglich etwa ein Drittel des westdeutschen Schnitts. Selbständige Firmen, die wirtschaftsnahe Dienstleistungen anboten, gab es nur in einzelnen Bereichen, wie im Verkehrsgewerbe und im textilen Reinigungswesen. Entsprechend der Kombinatphilosophie wurden Leistungen wie Ingenieur Tätigkeit, Datenverarbeitung oder Gebäudebewachung weitestgehend in den Produktionsbetrieben selbst erbracht. Für DDR-Verhältnisse gut war das Angebot an konsumnahen Dienstleistungen. Das Dienstleistungskombinat „Karl-Marx-Stadt“ gehörte zu den leistungsfähigsten Betrieben dieser Branche in der DDR und bot die für ehemalige volkseigene Dienstleistungsbetriebe typische Leistungspalette (von Schneiderleistungen bis hin zum Ausleihdienst für bestimmte hochwertige technische Geräte) über ein weitverzweigtes Annahmestellennetz an. Es gab freilich oft lange Wartezeiten bis zur Erledigung der Aufträge.

Unzureichend war das Angebot im Beherbergungsgewerbe. 1989 gab es in Chemnitz nur 7 Hotels mit rund 1 100 Betten; darunter drei Interhotels, auf die vier Fünftel der Bettenkapazität entfielen. Von den übrigen 4 Hotels befanden sich 3 in einem solchen schlechten Bauzustand, daß sie inzwischen geschlossen werden mußten. Keines der Häuser konnte bezüglich Ausstattung, Zimmergröße und Serviceangebot internationalen Ansprüchen genügen. Außerdem standen noch einfache Unterbringungsmöglichkeiten (rund 1 500 Plätze) in sogenannten Arbeiterwohnheimen zur Verfügung.

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hat auch in Chemnitz die Folgen über 40jähriger sozialistischer Planwirtschaft — einer in großen Teilen international nicht wettbewerbsfähigen Industrie — deutlich zutage treten lassen. Die weltweite Rezession im Maschinenbau war eine zusätzliche Belastung für die Betriebe. Der veränderten Situation entsprechend wurde Chemnitz Mitte 1993 als „struk-

turschwache Region“ nach den Förderrichtlinien der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eingestuft.

Weichenstellung: Entwicklungskonzepte und Förderziele

Die bisher durch die Stadtverwaltung und die Industrie- und Handelskammer erarbeiteten Entwicklungskonzepte der Stadt²⁰ zielen darauf ab, Chemnitz als Industriestandort zu erhalten und ihn künftig zu einem Technologieschwerpunkt Sachsens auszubauen. Entsprechend der regionalen Lage soll die Stadt als „industrielles Tor zum Ostmarkt“ und Ost-West-Brückenkopf entwickelt werden. Dafür werden die strukturelle Erneuerung der Wirtschaft in Verbindung mit der Einführung moderner Technologien in den Betrieben als entscheidend angesehen. Der Förderung und Entwicklung von Innovationen soll eine Schlüsselfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und der gesamten Region zukommen. Mit der Absicht, die Kernstrukturen der Wirtschaft zu erhalten, soll die Investitionsgüterproduktion auch in Zukunft das wirtschaftliche Bild der Stadt bestimmen. Dabei sollen mittelständische Betriebe und das Handwerk tragende Säulen sein.

Große Hoffnungen wurden anfangs auf die Ansiedlung einiger Großinvestoren, wie der Siemens AG und der Volkswagen AG, gesetzt. Diese Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt. Seitens der Siemens AG gibt es nach Aussage der Stadtverwaltung keine Festlegung, wann mit dem Bau eines Betriebs für die Produktion von elektronischen Steuerungen begonnen werden soll.²¹ Auch bei VW sind Verzögerungen eingetreten. Ursprünglich war die Inbetriebnahme eines neuen Werks für die Produktion von Motoren (für das neue Automobilwerk in Mosel bei Zwickau) zum 01.07.1994 vorgesehen. Im neuen Werk sollten etwa 500 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Weitere 1 000 Arbeitsplätze sollten in Zulieferbetrieben und Dienstleistungsfirmen entstehen.

Das Rahmenkonzept der Stadtentwicklung sieht auch vor, die Revitalisierung der Region durch den Aufbau eines Messezentrums zu unterstützen. Dieses Vorhaben muß mit Skepsis betrachtet werden. Es ist fraglich, ob die Stadt

tatsächlich Chancen im Wettbewerb mit der Messestadt Leipzig haben kann.

Als eine wesentliche Voraussetzung für die künftige Entwicklung der Stadt wird die Schaffung einer modernen Verkehrsinfrastruktur angesehen. Die Stadt ist zwar recht gut in das überregionale Straßennetz eingebunden,²² verfügt jedoch nicht über hochwertige Schienenverbindungen. Nach dem Bundesverkehrswegeplan sind auch keine entscheidenden Verbesserungen vorgesehen. Ein weiterer Mangel ist die fehlende Anbindung an einen Verkehrsflughafen.²³ Inzwischen wurde — nach der Gründung einer Betreibergesellschaft mit den Landkreisen Stollberg und Chemnitz — mit dem Ausbau des ehemaligen NVA-Flughafens Jahnsdorf 15 km vor Chemnitz begonnen. Dieser Flughafen, der nur von kleineren Maschinen angeflogen werden kann, soll künftig die Möglichkeiten für den Geschäftsflugverkehr verbessern. Langfristig wird ein mit dem Land Thüringen abgestimmter Ausbau des Regionalflughafens Altenburg, der eine günstige Lage hat und gute Ausbaumöglichkeiten bietet, favorisiert. Verbessert werden soll auch der Personennahverkehr in Stadt und Umland.

Die Umgestaltung der Innenstadt hat einen hohen Stellenwert. Gegenwärtig läuft ein Architektenwettbewerb zur Gestaltung des Zentrums. Vorgesehen ist eine hohe Verdichtung von Handel, Verwaltung, Wirtschaft, Freizeit und Kultur. Dadurch soll Kaufkraft aus dem Umland wieder in die Stadt zurückgeholt werden. Nach dem „Rahmenkonzept Einzelhandel“ ist vorgesehen, daß sich im Stadtzentrum etwa die Hälfte des zukünftigen gesamten Verkaufsflächenangebots der Stadt von rund 400 000 m² konzentrieren wird.²⁴ Der Verkaufsflächenzuwachs soll durch ein hierarchisch gestuftes Zentrenkonzept realisiert werden. Neben modernen Handelseinrichtungen, die vorzugsweise hochwertige Güter des aperiodischen Bedarfs anbieten, sollen zunehmend Dienstleistungsunternehmen das wirtschaftliche Profil der Innenstadt bestimmen. Dazu sollen 40 vH des langfristig geschätzten Bedarfs an Büroflächen der Stadt (etwa 1,2 Mill. m², davon existieren bereits 900 000 m²) in der City konzentriert werden.

Das Stadtzentrum soll Sitz öffentlicher Verwaltungen bleiben. Neben der Stadtverwaltung haben sich hier Einrichtungen des Freistaats Sachsen sowie einige Bundesdienststellen etabliert. Die Angleichung an die Flächenrichtwerte der alten Bundesländer, wie es im Rahmenkonzept vorgesehen ist, erfordert, die vorhandenen etwa 200 000 m² Büroflächen um etwa weitere 30 vH in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu erweitern.

Für die Stadtentwicklung wird die quantitative und qualitative Verbesserung der Wohnraumsituation als eine weitere Schwerpunktaufgabe angesehen. Dabei soll die Pflege, Erhaltung und Erneuerung der vorhandenen rund 145 000 Wohnungen, verbunden mit Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, im Mittelpunkt der Wohnungspolitik stehen. Ein Neubaubedarf von etwa 15 000 Wohnungen wird im wesentlichen aus der schrittweisen Erhöhung der durchschnittlichen Wohnfläche pro Einwohner (gegenwärtig rund 28 m²) abgeleitet, ohne daß damit die durchschnittlichen Wohnungsgrößen Westdeutschlands erreicht würden. Als vorrangig gilt die Verdichtung und Aufwertung der bestehenden innerstädtischen Wohnbaugebiete.

Zur Entwicklung des Tourismus soll die Situation im Beherbergungsgewerbe grundlegend verbessert werden. Dazu ist u.a. vorgesehen, die Zahl der Betten in den Hotels und Pensionen von gegenwärtig rund 2 400 auf 5 700 (21 Betten/1 000 Einwohner) zu erhöhen.²⁵

Wirtschaftliche Entwicklung seit 1989

Entwicklung im Produzierenden Gewerbe

Die Industrie der Stadt hat nach der Wende einen erheblichen Beschäftigungsabbau erlebt. In den ehemals strukturbestimmenden Industriezweigen hat sich bis Ende 1993 die Zahl der Erwerbstätigen im Schnitt um 80 vH verringert, so im Textilmaschinenbau von 30 000 auf rund 3 500 und im Werkzeugmaschinenbau von 12 000 auf 2 500. In den ehemaligen Chemnitzer Großbetrieben wurde auch der größte Teil des Forschungs- und Entwicklungspersonals abgebaut, so im Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus von 1 550 auf 100, in der Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH

von 280 auf 60 und in der Chemnitzer Spinnereimaschinenbau GmbH von 225 auf 55. Viele Forscher sind unmittelbar nach der Wende abgewandert.

Inzwischen scheint der Niedergang der Industrie zum Stillstand gekommen zu sein. Im Jahr 1993 hat die Zahl der Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe zum ersten Mal wieder leicht zugenommen; Umsatz und Produktivität (gemessen als Gesamtumsatz je geleisteter Arbeiterstunde) konnten gegenüber 1992 sogar deutlich gesteigert werden (Tabelle 20). Am Gesamtumsatz in Höhe von rund 2,3 Mrd. DM waren zu 65 vH Unternehmen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes beteiligt; am Auslandsumsatz von 565 Mill. DM waren sie es zu rund 90 vH. Die Umsatz- und Produktivitätsentwicklung der Chemnitzer Betriebe verlief wesentlich besser als im Landesdurchschnitt. So stieg ihr Anteil am Gesamtumsatz des Produzierenden Gewerbes in Sachsen von 6,9 vH 1992 auf 7,7 vH im Jahr 1993; 1991 waren es noch 6,6 vH. Der Arbeitskräfteabbau konnte 1993 jedoch noch nicht gestoppt werden. Er fiel mit rund 30 vH sogar höher aus als im Schnitt des Landes (-22 vH). Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich weiter verringert und gegenüber 1991 fast halbiert. Damit lag sie aber noch immer um knapp ein Drittel über dem Landesdurchschnitt.

Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes der Stadt Chemnitz entwickelten sich im Schnitt etwas günstiger als die Betriebe im Kreisgebiet (Tabelle 21). Insgesamt fällt im Landkreis ein gleichmäßiger Branchenmix auf, der vor allem aus der Ansiedlung von Betrieben in den neuen Gewerbegebieten resultieren dürfte. So entfielen 37 vH des Umsatzes auf das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, 28 vH auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe und 23 vH auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und der Rest auf das Ernährungsgewerbe (Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen).

Tabelle 20 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe^a in der Stadt Chemnitz 1991–1993

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
Betriebe ^b	Anzahl	142	112	116	-18,3
Beschäftigte ^b	Anzahl	47 972	24 984	17 546	-63,4
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	32 261	21 625	17 570	-45,5
Umsatz	Mill. DM	1 905	1 930	2 287	20,1
darunter:					
Auslandsumsatz	Mill. DM	306	230	565	84,6
Gesamtumsatz je geleisteter Arbeiterstunde	DM	59	89	130	120,3
Exportquote	vH	16,1	11,9	24,7	53,4
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	338	223	151	-55,3
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Freistaat Sachsen</i>					
Betriebe ^b	Anzahl	2 477	2 061	2 096	-15,4
Beschäftigte ^b	1 000	603	309	240	-60,2
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	473 197	313 556	260 963	-44,9
Umsatz	Mill. DM	28 883	27 911	29 600	2,5
darunter:					
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 614	3 708	4 072	12,7
Gesamtumsatz je geleisteter Arbeiterstunde	DM	61	89	113	85,2
Exportquote	vH	12,5	13,3	13,8	10,4
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	243	150	115	-52,7

^aBetriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. — ^bJahresdurchschnitt.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

Tabelle 21 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe^a im Landkreis Chemnitz 1991–1993

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
Betriebe ^b	Anzahl	89	73	71	-20,2
Beschäftigte ^b	Anzahl	14 347	7 594	6 414	-55,3
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	11 554	7 802	7 622	-34,0
Umsatz	Mill. DM	502	560	605	20,5
darunter:					
Auslandsumsatz	Mill. DM	126	128	79	-37,3
Gesamtumsatz je geleisteter Arbeiterstunde	DM	43	72	79	83,7
Exportquote	vH	25,1	23	13	-48,2
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	161	104	90	-44,1

^aBetriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. — ^bJahresdurchschnitt.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

Nach den Ergebnissen der Kleinbetriebserhebung²⁶ wurden 1993 im Verarbeitenden Gewerbe in Chemnitz-Stadt 56 Kleinbetriebe mit 510 Beschäftigten und in Chemnitz-Land 50 Kleinbetriebe mit 449 Beschäftigten erfaßt (Tabelle 22). Die Zahl der Unternehmen und ihre Leistungskraft haben insbesondere im Landkreis Chemnitz kräftig zugenommen. In dieses Bild paßt auch die Entwicklung der Zahl der Unternehmen nach dem Handels- und Gewereregister der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen. Danach hat sich die Zahl der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt von Ende 1991 bis Ende 1993 knapp verdoppelt (Tabelle A2), im Landkreis etwas mehr als verdoppelt (IHK Südwestsachsen).

Tabelle 22 — Zur Entwicklung industrieller Kleinbetriebe in Chemnitz 1991–1993^a

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
<i>Chemnitz-Stadt</i>					
Betriebe	Anzahl	24	45	56	133,3
Beschäftigte	Anzahl	271	583	510	88,2
Umsatz	Mill. DM	74	52	.	.
<i>Chemnitz-Land</i>					
Betriebe	Anzahl	13	27	50	284,6
Beschäftigte	Anzahl	121	316	449	271,1
Umsatz	Mill. DM	16	32	.	.

^aJeweils September.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

Zu einem aufstrebenden Wirtschaftsbereich hat sich in der Region Chemnitz das Baugewerbe entwickelt. In der Stadt hat sich der Umsatz der Betriebe des Bauhauptgewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten von knapp 500 Mill. DM im Jahr 1991 um die Hälfte auf rund 750 Mill. DM im Jahr 1993 erhöht. Die Zahl der Unternehmen hat sich im gleichen Zeitraum fast verdoppelt, sie stieg von 31 auf 57. Die Beschäftigtenzahl stieg, nach einem Einbruch im Jahr 1992/1993 wieder an; der vorangegangene Rückgang wurde sogar mehr als wettgemacht. Ähnlich wie im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die durchschnittliche Betriebsgröße etwa halbiert (Tabelle A3).

Noch lebhafter verlief die Entwicklung bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes im Land-

kreis Chemnitz. Hier hat sich im Zeitraum von 1991 bis 1993 sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die der Beschäftigten ungefähr verdoppelt. Der Umsatz nahm sogar fast um das Vierfache zu. Das kräftige Wachstum dürfte vor allem mit den Aufträgen zur Erschließung von über 10 Gewerbegebieten in den Umlandgemeinden sowie den Aufträgen zur Rekonstruktion und zum Bau neuer Wohnungen in engem Zusammenhang stehen.

Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors

Unmittelbar nach der Wende wurde die Mehrzahl der Chemnitzer Dienstleistungsbetriebe, zu denen auch viele Handwerksbetriebe zählten, von einem beträchtlichen Nachfragerückgang sowohl seitens der privaten Haushalte als auch seitens der Unternehmen betroffen. Dies machte in der Regel einen starken Abbau der Beschäftigung notwendig; zahlreiche Betriebe mußten sogar schließen. Das betraf vor allem Betriebe des Reparaturhandwerks, etwa solche, in denen Strümpfe repassiert oder Luftduschen (Haartrockner), Toaster, Kaffeemaschinen und andere Haushaltsgeräte instand gesetzt wurden. Die steigenden Kosten für Löhne, Mieten und Energie ließen eine rentable Leistungsausführung nicht mehr zu. Insgesamt kamen so Dutzende von Dienstleistungsfirmen, die vor der Wende bestanden, mit den neuen Bedingungen nicht zurecht und mußten zumeist aufgeben. Zu ihnen zählte auch das ehemalige Dienstleistungskombinat, das aufgrund seiner Struktur ohnehin keine Überlebenschance hatte.

Viele Existenzgründer rechneten sich dagegen Chancen im Dienstleistungsbereich aus (Tabelle 23). Von den knapp 16 000 Gewerbeanmeldungen von 1991 bis 1993 in der Stadt betrafen rund 90 vH die Eröffnung oder Übernahme eines Dienstleistungsbetriebs; im Landkreis waren es rund 80 vH. 1993 wurden jedoch nur halb so viele Gewerbe angemeldet wie 1991, nämlich knapp 3 300 gegenüber 6 700. Über ein Drittel der Anmeldungen in der Stadt im Jahr 1993 entfiel auf den Groß- und Einzelhandel (1991: 21 vH).

Tabelle 23 — Anzahl der Gewerbeanmeldungen im Dienstleistungssektor 1991–1993

	1991	1992	1993	Summe 1991–1993
<i>Chemnitz-Stadt</i>				
Verkehrsgewerbe	298	122	150	570
Groß- und Einzelhandel	1 429	1 089	1 150	3 668
darunter:				
Einzelhandel	1 161	859	937	2 957
Gaststättengewerbe	160	227	100	487
Reisegewerbe	635	315	356	1 306
Sonstige Gewerbe ^a	4 188	2 519	1 513	8 220
Insgesamt	6 710	4 272	3 269	14 251
<i>Nachrichtlich:</i>				
Gewerbeanmeldungen insgesamt	7 346	4 777	3 737	15 860
Anteil der Gewerbeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbeanmeldungen insgesamt (vH)	91,3	89,4	87,5	89,9
<i>Chemnitz-Land</i>				
Verkehrsgewerbe	.	56	60	.
Handel/Gaststätten	988	636	572	2 196
darunter:				
Großhandel	.	82	47	.
Handelsvermittlung	.	134	123	.
Sonstige Gewerbe ^a	714	353	404	1 471
Insgesamt	1 702	1 045	1 036	3 783
<i>Nachrichtlich:</i>				
Gewerbeanmeldungen insgesamt	1 975	1 360	1 276	4 611
Anteil der Gewerbeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbeanmeldungen insgesamt (vH)	86,2	76,8	81,2	82,0

^aÜberwiegend Dienstleistungsgewerbe.

Quelle: Stadtverwaltung Chemnitz; Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

Von denjenigen, die ein Gewerbe anmelden, haben nicht alle eine wirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen, und viele haben inzwischen wieder aufgegeben. In der Stadt Chemnitz stehen den 14 000 Anmeldungen 6 400 Abmeldungen gegenüber. Im Jahr 1993 betrug der Nettozugang nur ein Viertel des Zugangs von 1991. Im Verkehrsgewerbe übertraf die Zahl der Abmeldungen sogar die der Anmeldungen (Tabelle 24).

Nach der Firmenstatistik der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen hat sich die Zahl der Unternehmen im Dienstleistungssektor kräftig erhöht, am kräftigsten bei den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne und den Freien Berufen (Tabelle 25). Im Jahr 1993 ge-

Tabelle 24 — Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen im Dienstleistungssektor in der Stadt Chemnitz 1991–1993

	1991	1992	1993	Summe 1991–1993
Verkehrsgewerbe	203	13	-16	200
Groß- und Einzelhandel	1 047	639	362	2 048
darunter:				
Einzelhandel	846	496	327	1 669
Gaststättengewerbe	93	91	42	226
Reisegewerbe	514	205	214	933
Sonstige Gewerbe ^a	2 781	1 084	577	4 442
Insgesamt	4 638	2 032	1 179	7 849
<i>Nachrichtlich:</i>				
Saldo insgesamt	5 026	2 319	1 397	8 742
Anteil des Saldos der Gewerbean- und -abmeldungen im Dienstleistungssektor am Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen insgesamt (vH)	92,3	87,6	84,4	89,8

^aÜberwiegend Dienstleistungsgewerbe.

Quelle: Stadtverwaltung Chemnitz.

Tabelle 25 — IHK-Mitgliedsunternehmen^a in der Stadt Chemnitz nach Wirtschaftsbereichen 1991–1993

	1991	1992	1993		Veränderung 1993/1991
			Anzahl		
			Anteil vH		
Land- und Forstwirtschaft	24	37	40	0,4	66,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	13	14	15	0,2	15,4
Verarbeitendes Gewerbe	232	397	409	4,1	76,3
Baugewerbe	83	222	266	2,6	220,5
Handel	1 881	3 563	3 991	39,5	112,2
davon:					
Großhandel	343	607	701	6,9	104,4
Handelsvermittlung	412	1 327	1 429	14,2	246,8
Einzelhandel	1 126	1 632	1 861	18,4	65,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	381	608	619	6,1	162,5
darunter:					
Taxiunternehmen	142	156	144	1,4	101,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	723	1 618	1 587	15,7	119,5
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	1 317	2 759	3 169	31,4	140,6
darunter:					
Gastgewerbe	229	420	519	5,1	126,6
Datenverarbeitung	78	175	195	1,9	150,0
Wirtschaftsbereiche insgesamt	4 654	9 218	10 096	100,0	116,9

^aEinschließlich Kleinunternehmen mit unter 20 Beschäftigten.

Quelle: IHK Südwestsachsen.

hörte von den über 10 000 Mitgliedsfirmen fast ein Drittel diesem Bereich an. Nach den vorliegenden Daten ist innerhalb der einzelnen Dienstleistungsbranchen die Zahl der Handelsvermittler am stärksten gestiegen. Überdurchschnittlich stark nahm auch die Zahl der Datenverarbeitungsbetriebe zu, von denen sich viele auf den Vertrieb von Hard- und Software spezialisiert haben. Dort gab es 1993 insgesamt 195 Betriebe; 1991 waren es erst 78. Auffällig ist der vergleichsweise geringe Zuwachs im Einzelhandel. Das mag damit zusammenhängen, daß es in der Stadt an attraktiven Standorten für Ladenlokale fehlt.

Auch im Handwerk hat die Zahl der Dienstleistungsfirmen weiter zugenommen. Ende 1993 belief sich beispielsweise die Zahl der Betriebe, die dem Gesundheits- und Körperpflegegewerbe sowie dem Textilreinigungsgewerbe zugeordnet werden, auf 306; Ende 1990 waren es 212. Die Zahl der Gebäudereiniger stieg von 17 auf 31 und die der Friseure von 96 auf 115.

Es ist schwierig, die wirtschaftliche Lage der Dienstleistungsfirmen zu beurteilen. In der vom Amt für Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung Chemnitz Ende 1993 durchgeführten Unternehmensbefragung beurteilte reichlich ein Drittel der befragten Dienstleistungsbetriebe ihre Geschäftslage als „gut“, über die Hälfte als „befriedigend“ und ein knappes Zehntel als

„schlecht“. Diese Einschätzung erscheint für eine Stadt wie Chemnitz erstaunlich positiv. Es ist jedoch zu vermuten, daß die tatsächliche Lage der Unternehmen — entsprechend der Gesamtsituation in der Stadt — weniger gut ist, als sie sich in den Befragungsergebnissen darstellt.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Der umfangreiche Beschäftigungsabbau, vor allem in der Industrie, und der Beschäftigungszuwachs durch die Gründung vieler tausend neuer Dienstleistungsfirmen haben weitreichende Konsequenzen für die Erwerbstätigenstruktur der Stadt. Mitte 1993 waren nach der Beschäftigtenstatistik rund die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsunternehmen und beim Staat tätig (Tabelle 26).²⁷ Demzufolge hat sich Chemnitz in wenigen Jahren von einer vorwiegend durch die Industrie geprägten Stadt mehr und mehr zu einem Standort entwickelt, an dem der Dienstleistungssektor „tonangebend“ ist. Die Industrie siedelt sich zunehmend im Umland an. Ähnliches gilt für den Handel: Durch die Errichtung zahlreicher Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ sind in Chemnitz-Land anteilig mehr im Handel tätig als in der Stadt.

Nach den Ergebnissen einer Umfrage der Stadtverwaltung Chemnitz, die allerdings nicht auf einer Totalerhebung beruht und daher nicht

Tabelle 26 — Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in Chemnitz 1993^a

	Chemnitz-Stadt	Chemnitz-Land	Chemnitz-Stadt	Chemnitz-Land	Nachrichtlich: Freistaat Sachsen
	Anzahl		vH		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	432	1 006	0,3	3,3	2,8
Energie, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	30 332	0 859	20,4	35,6	26,4
Baugewerbe	16 277	4 271	10,9	14,0	12,7
Handel	20 649	5 623	13,9	18,4	10,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 888	1 094	8,0	3,6	7,0
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	38 622	4 942	25,9	16,2	25,4
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck	30 618	2 709	20,6	8,9	15,0
Insgesamt	148 870	30 523	100,0	100,0	100,0

^a30. Juni 1993.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

für alle Bereiche als repräsentativ gelten kann, war die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor 1993 rund 6 vH höher als im Jahr davor. Besonders stark gestiegen ist sie bei den Gebäudereinigungs- und Abfallbeseitigungsfirmen, im Gastgewerbe und im Bereich Bildung, Kultur und Wissenschaft. Kaum zusätzliche Arbeitsplätze gab es im Gesundheits- und Veterinärwesen sowie im Handel. Auch Wäschereien, Friseure und Kosmetiker hatten Mühe, ihren Beschäftigungsstand zu halten.

Die bisherige Entwicklung hat noch nicht zur Wende auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Zahl der Arbeitslosen war zur Jahresmitte 1994 sogar um ein Fünftel höher als ein Jahr zuvor (Tabelle 27). Die Arbeitslosenquote entspricht nun genau dem Landesdurchschnitt; früher war sie deutlich niedriger. Offenbar findet in den industriellen Altbetrieben der notwendige Beschäftigungsabbau statt, der bislang verschleppt wurde.

Tabelle 27 — Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen und der Arbeitslosenquote in Chemnitz 1991–Mitte 1994

	Arbeitslose	Arbeitslosenquote ^a		
		Chemnitz	nachrichtlich: Regierungsbezirk	
			Chemnitz	Sachsen
Anzahl	vH			
1991				
Januar	14 432	6,2	7,7	7,6
März	15 587	6,6	8,3	8,0
Juni	16 550	7,1	8,7	8,1
September	21 027	9,0	11,0	10,4
Dezember	20 091	8,6	11,3	10,5
1992				
Januar	26 711	12,6	18,1	15,8
März	24 808	11,7	16,4	14,1
Juni	22 452	10,6	14,9	12,9
September	23 593	11,1	14,9	13,0
Dezember	22 022	10,4	14,2	12,7
1993				
Januar	23 285	11,0	15,6	15,1
März	22 108	12,3	15,9	14,6
Juni	22 281	12,4	14,9	14,0
September	25 176	14,0	16,3	15,4
Dezember	25 221	14,0	16,9	15,6
1994				
Januar	27 985	15,6	19,0	17,2
März	27 674	16,2	19,3	17,3
Juni	26 251	15,4	16,1	15,5

^a Arbeitslose in vH der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbstätigen.

Quelle: Stadtverwaltung Chemnitz; Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

Wirtschaftsförderung

Ein umfassendes Wirtschaftsförderungskonzept für Chemnitz gibt es bislang nicht. Gleichwohl wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft zu unterstützen. Dazu gehören die Arbeiten an einem Gewerbeatlas²⁸ und an einem Flächennutzungsplan. Im Entwurf des Flächennutzungsplans werden rund 650 ha vorhandene gewerbliche Flächen ausgewiesen. Knapp 280 ha sollen neu erschlossen werden. Damit werden künftig insgesamt 930 ha Gewerbeflächen (7,5 vH der Gesamtfläche der Stadt) zur Verfügung stehen, die — gemessen an den Werten für Städte aus den alten Bundesländern — ausreichend sein sollten, den Ansiedlungsbedarf der nächsten zehn Jahre zu decken. Vor allem die Sanierung bisher gewerblich genutzter Standorte wird als dringlich angesehen. Gegenwärtig konzentrieren sich die Arbeiten auf drei Standorte mit einer vermarktaren Fläche von 61 ha. Darauf werden sich 78 vorwiegend ortsansässige Firmen mit etwa 5 000 Arbeitsplätzen niederlassen. Die bislang geäußerten Ansiedlungswünsche lassen die vollständige Belegung der geplanten Gewerbegebiete erwarten.

Zu den bisher in der Stadt durchgeführten größeren Investitionen zählen ein Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrum, ein Ärztehaus sowie mehrere Wohn- und Geschäftshäuser. Zahlreiche weitere Objekte sind im Bau oder in der Planung. Zudem wurden mehrere Großtankstellen errichtet; weitere sind vorgesehen.

Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Stadt im Anpassungsprozeß im Rückstand ist. Im Landkreis Chemnitz ist man wesentlich rascher vorangekommen. Rund um Chemnitz wurde bereits eine Vielzahl von Gewerbegebieten vollständig erschlossen und mit Firmen belegt, darunter wurden auf einem der größten, dem Chemnitz-Center Röhrsdorf (38 ha), durch die 48 dort angesiedelten Handelsunternehmen, Gaststätten und Cafés rund 1 500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Weitere Gewerbegebiete befinden sich in Vorbereitung.

Ein großes Hindernis für Investitionen in der Stadt ist nach Ansicht der Stadtverwaltung die Tatsache, daß sie nicht über eigene Gewerbeflächen verfügt. Die von der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) angebotenen Flächen werden als überteuert angesehen. Die Stadt sieht keine Möglichkeiten, solche Flächen an Investoren des Produzierenden Gewerbes weiterzuverkaufen. Schwierig gestaltet sich auch die Lösung von Eigentumsproblemen.

Zügiger kommt man wohl bei der Förderung von Forschung und Entwicklung voran. In dem Bewußtsein, daß die Zukunft des Industriestandorts Chemnitz entscheidend vom innovativen Potential vor Ort bestimmt wird, hat die Stadt — gemeinsam mit den zuständigen Sächsischen Staatsministerien — wesentliche Voraussetzungen für die Neuordnung der Forschungslandschaft geschaffen, sowohl für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen als auch für die Hochschulforschung.²⁹

b. Erfurt

Ausgangslage und Probleme

Erfurt³⁰ blickt zurück auf eine lange Geschichte als Bischofssitz und Handelsstadt. Die Entwicklung des Handels wurde begünstigt durch die vorteilhafte Lage an der Kreuzung der Via Regia, die von Paris nach Nowgorod führte, und der Nürnberger Geleitstraße, die Norddeutschland mit Italien verband. Die heutigen Bundesstraßen B 4 und B 7 folgen zum Teil diesen alten Wegen. Von 1392 bis 1816 war Erfurt Universitätsstadt. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts erhielt die Stadt Anschluß an das Eisenbahnnetz und erlangte Bedeutung als industrieller Standort. Es gibt eine Tradition in der Metallverarbeitung, in der Holz- und der Textilindustrie sowie bei der Glas- und Porzellanherstellung.

Erfurt ist seit 1991 wieder die Landeshauptstadt Thüringens. Diese Funktion erfüllte die Stadt bereits in der Nachkriegszeit von 1948 bis 1952. Seitdem war sie Zentrum des Bezirks Erfurt. Der Stadtkreis Erfurt umfaßte bis zur Kreisgebietsreform eine Fläche von rund 110 km²; nach der Eingliederung von 17 Umlandgemeinden hat er eine mehr als doppelt so große Fläche (etwa 260 km²). Der Landkreis Erfurt,

für den die Stadt zentralörtliche Funktionen erfüllt, hat nun knapp 400 km².

1989 waren in der Stadt Erfurt rund zwei Fünftel aller Erwerbstätigen in Industrieunternehmen beschäftigt und reichlich die Hälfte im Handel, im Verkehrsgewerbe und den sogenannten nichtproduzierenden Bereichen (Tabelle 28). Im ländlich geprägten Umland waren nur etwa ein Sechstel der Erwerbstätigen in der Industrie und mehr als zwei Fünftel in der Landwirtschaft beschäftigt.

Tabelle 28 — Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Stadt und im Landkreis Erfurt 1989

	Erfurt-Stadt		Erfurt-Land	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Landwirtschaft	3 600	2,8	6 810	41,9
Industrie	52 950	40,9	2 740	16,9
Baugewerbe	8 540	6,6	1 020	6,3
Handel	16 690	12,9	1 020	6,3
Verkehr ^a	13 720	10,6	1 180	7,3
Sonstige Zweige des Produzierenden Bereichs	6 150	4,7	130	0,8
Nichtproduzierende Zweige	27 870	21,5	3 350	20,6
Insgesamt ^b	129 520	100	16 250	100
<i>Nachrichtlich:</i>				
Einwohner Ende 1989	217 000	x	x	x

^aEinschließlich Post und Fernmeldewesen. — ^bAbweichungen in den Summen durch Rundungen.

Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes bestand Ende der 80er Jahre eine — verglichen mit anderen ostdeutschen Standorten — recht heterogene Struktur mit Schwerpunkten in der Elektrotechnik/Elektronik, im Maschinenbau sowie im Textil- und Ledergewerbe. Weniger ausgewogen war dagegen die Größenstruktur der Unternehmen. Sechs Großunternehmen prägten das Bild der örtlichen Industrie (Tabelle 29). Allein in diesen Unternehmen waren 1989 etwa 17 vH der Erwerbstätigen beschäftigt. 1993 gab es an innerstädtischen Standorten noch insgesamt rund 30 industrielle Altbetriebe.

Für die meisten Betriebe brachte der Zusammenbruch der Ostmärkte einen drastischen Umsatzrückgang und einen umfangreichen, z.T. dramatischen Beschäftigungsabbau — so schrumpfte beispielsweise in den sechs größten Erfurter Industrieunternehmen die Beschäfti-

Tabelle 29 — Industrielle Großunternehmen in Erfurt 1989–1991

	Geschäftsfeld	Beschäftigte		
		1989	1991	1992
Thesys GmbH (vormals Mikroelektronik und Technologie Gesellschaft bzw. Kombinat Mikroelektronik)	Chips und Halbleiter	8 700	3 000	500
Robotron-Optima	Schreibmaschinen, Bürogeräte	5 700	3 000	400
Klöckner-Moeller (vormals VEM-Schaltkreise)	Elektronische Steuerungen	2 000	8 000	200
Umformtechnik Maschinenbau	Pressen und Scheren	3 800	2 850	1 750
Siemens Reparaturwerk (vormals Reparaturwerk Clara Zetkin)	Reparatur elektrischer Antriebe und Generatoren	1 200	670	700
Lingel Schuhfabrik	Damen und Kinderschuhe	2 200	1 500	–
Insgesamt		21 800	19 020	3 350

Quelle: Amt für Wirtschaftsförderung.

gung von 1989 bis 1992 auf etwa ein Sechstel des früheren Bestands. Viele Unternehmen mußten aufgeben. Erst allmählich gelingt es, neue Absatzmärkte in den westlichen Ländern zu erschließen. Vereinzelt können auch die traditionellen Beziehungen auf eine neue Basis gestellt oder neue Kontakte zu osteuropäischen Geschäftspartnern geknüpft werden.

Nicht ganz so prekär war die Situation der auf den örtlichen und regionalen Absatz ausgerichteten Unternehmen. Doch auch sie sahen sich zunächst vor viele Probleme gestellt. Vor allem Betriebe der Konsumgüterindustrie hatten große Absatzsorgen, da die Verbraucher anfangs eine ausgeprägte Präferenz für Westprodukte zeigten.

Um wettbewerbsfähig zu werden, mußten die Unternehmen u.a. die Fertigungstiefe verringern. Dienstleistungsabteilungen wurden oftmals ausgegliedert. Sie wurden entweder aufgelöst oder mußten sich als eigenständige Unternehmen am Markt etablieren. Dies gilt auch für Forschung und Entwicklung. Hier bestanden in den Unternehmen beachtliche Kapazitäten, speziell in den Bereichen Mikroelektronik, Programmierung und Automatisierungstechnik.

Weichenstellung: Entwicklungskonzepte und Förderziele

Die Stadt Erfurt hat ambitionierte Zukunftspläne: Sie sieht sich als „Perle der Städtekette“ Eisenach-Gotha-Weimar-Jena und will in jeder Hinsicht ein Spitzenstandort in den neuen Bundesländern werden. Die Stadt hat — auch in ihrer Funktion als Landeshauptstadt — als Büro- und Verwaltungsstandort sowie als Standort des Gast- und Beherbergungsgewerbes erheblich an Profil gewonnen. In beiden Bereichen vollzieht sich eine selbsttragende Entwicklung, in der sich an eine Phase der dynamischen Expansion nun eine Phase der Konsolidierung anschließt. Büro- und Hotelprojekte werden deshalb künftig nicht mehr gefördert. Die Entwicklung des Einzelhandels kann ebenfalls als befriedigend gelten. Einzelhandelsprojekte sollen künftig nur noch selektiv, in den bislang nicht ausreichend versorgten Stadtgebieten — im Westen in Alach/Marbach, im Südwesten in den geplanten Neubaugebieten — gefördert werden. Der Einzelhandel im Innenstadtbereich soll durch die Gestaltung attraktiver Passagen am Rande des Altstadtkerns sowie durch die Erweiterung der Parkmöglichkeiten im Bereich des Südrings unterstützt werden. Trotz hoher Arbeitslosigkeit fällt es schwer, qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben. Diese legen in der Regel hohes Gewicht auf die sogenannten weichen Standortfaktoren, insbesondere auf attraktive Wohnmöglichkeiten.³¹ Hiervon jedoch hat Erfurt — wie fast jede Stadt in den neuen Bundesländern — viel zu wenig.

Es ist kaum davon auszugehen, daß Erfurt seine frühere Bedeutung als industrieller Standort wiedererlangen wird. Es wird jedoch für notwendig gehalten, daß — sozusagen als zweites Standbein — auch die örtliche Industrie wieder Fuß faßt. Man sieht gute Chancen, um aus dem Rumpfbestand der altindustriellen Betriebe sowie aus Neugründungen und Neuanstellungen wettbewerbsfähige Strukturen zu entwickeln. Die Förderaktivitäten seitens der Stadt richten sich insbesondere darauf, das Gewicht der für Endabnehmer bestimmten Produktionen zu erhöhen — sei es innerhalb der Produktpalette einzelner größerer Unternehmen

(Vergabe von Fördermitteln), sei es im Rahmen der Unternehmensstruktur innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (Ansiedlungsentscheidungen). Die Ansiedlung von Endproduzenten soll dann auch die Ansiedlung von Zulieferern nach sich ziehen.

Eine Keimzelle für die Revitalisierung des Industriestandorts Erfurt soll die Steuerungs- und Automatisierungstechnik bilden, die sich aus der Privatisierung der Mikroelektronik entwickelt und die Gründung bzw. Ansiedlung zahlreicher Dienstleistungsanbieter im Softwarebereich induziert. Dieser Bereich soll unterstützt werden durch die Ausbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte vor Ort. Von der neugegründeten Universität kann dies aufgrund ihrer geisteswissenschaftlichen Ausrichtung nicht erwartet werden. Daher soll der Ausbau der Fachhochschule vorangetrieben, und es sollen die technischen Abteilungen der Pädagogischen Hochschule ausgebaut werden. Außerdem werden die Gründung und Ansiedlung technischer Forschungsinstitute angestrebt.

Die künftige Bedeutung des Umlands erwächst aus den gewerblichen Entwicklungsachsen, die sich sternförmig um die Stadt herausbilden. Dazu zählen die hochwertigen Gewerbeflächen im Südosten, die Gelände zwischen der Stadt und dem Flughafen Bindersleben im Westen der Stadt, die Sulzer Siedlung (einschließlich Stotternheim und Schwansee) im Norden, die Gebiete hinter dem Wohnbaugebiet Am Ringelberg in Richtung Nordosten sowie die Gebiete entlang der Weimarerischen Straße in östlicher Richtung. Wichtige Impulse werden vor allem von den im Umkreis der Stadt sich ansiedelnden Transport- und Logistikanbietern erwartet. Erforderlich ist allerdings ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, um die Umlandgemeinden besser zu verzahnen.

Wirtschaftliche Entwicklung seit 1989

Unternehmen und Gründungsgeschehen

Die Region Erfurt erlebt seit der Wende einen nachhaltigen Strukturwandel, der geprägt ist von einer zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors. Dabei scheint die Expansion innerhalb der Stadt um einiges dynamischer zu verlaufen als im Umland: Nach der

Statistik der Industrie- und Handelskammer Erfurt ergibt sich für den Stadtbereich ein nahezu doppelt so großer Zuwachs an Mitgliedsunternehmen (+69 vH) wie für den Landkreis (+36 vH). Im Hinblick auf die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige wird für Stadt und Umland jeweils ein spezifisches Profil erkennbar (Tabelle 30). In der Stadt entwickeln sich der Baubereich und der Dienstleistungssektor im engeren Sinne besonders lebhaft, im Umland hingegen die Industrie und der Großhandel.

Tabelle 30 — Veränderung der Zahl der IHK-Mitgliedsunternehmen in Erfurt nach Wirtschaftsbereichen von Dezember 1991 bis März 1994 (vH)

	Erfurt-Stadt	Erfurt-Land
Land- und Forstwirtschaft, Gärtnereien	26 ^a	-5 ^a
Industrie	16	37
Bau- und Baunebengewerbe	48 ^a	24 ^a
Diverse Gewerbe	80	37
Einzelhandel	16	16
Großhandel	58	81
Verkehrsgewerbe	4	11
Wirtschaftsberatung	199	108
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	46	15
Vermittler/Verkehr	83	27
Insgesamt	69	36
<i>Nachrichtlich:</i>		
Unternehmen (Anzahl)		
Dezember 1991	5 224	1 331
März 1994	8 825	1 815

^aSeptember 1992–März 1994.

Quelle: IHK Erfurt.

Der tiefgreifende Strukturwandel schlägt sich auch in der Statistik der Gewerbeanzeigen nieder. In den Jahren 1991–1993 wurden in der Region Erfurt per Saldo knapp 6 000 Gewerbebetriebe angemeldet, davon etwa 4 500 in der Stadt und 1 300 im Landkreis (Tabelle 31). Der Schwerpunkt des Gründungsgeschehens lag in den Bereichen, die zuvor die größten strukturellen Defizite aufwiesen: im Handel sowie im Dienstleistungsbereich im engeren Sinne. Der höchste Gründungssaldo ergibt sich dabei — absolut und relativ — bei Dienstleistungsunternehmen, die überwiegend in der Gruppe „Sonstige Betriebe“ erfaßt sind. Die Gründungsdynamik in diesem Bereich rührt zum einen daher, daß es viele dieser unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen zuvor

Tabelle 31 — Gewerbeanzeigen in Erfurt nach Wirtschaftsbereichen 1991–1993

		Anmeldungen		Abmeldungen		Saldo	
		insgesamt	nachrichtlich: Neuerichtungen	insgesamt	nachrichtlich: vollständige Aufgaben	insgesamt	nachrichtlich: Neuerichtungen und vollständige Aufgaben
		<i>Erfurt-Stadt</i>					
Insgesamt	1991	3 928	.	1 278	.	2 650	.
	1992	3 031	2 606	2 050	1 587	981	1 019
	1993	3 288	2 806	2 377	1 751	911	1 055
	1991–1993	10 247	.	5 705	.	4 542	.
davon:							
Industrie	1991	65	.	10	.	55	.
	1992	81	59	20	7	61	52
	1993	83	68	16	9	67	59
	1991–1993	229	.	46	.	183	.
Handwerk	1991	443	.	113	.	330	.
	1992	181	153	126	90	55	63
	1993	237	201	148	98	89	103
	1991–1993	861	.	387	.	474	.
Handel	1991	1 367	.	563	.	804	.
	1992	1 160	960	834	625	326	335
	1993	1 178	955	938	667	240	288
	1991–1993	3 705	.	2 335	.	1 370	.
Sonstige	1991	2 053	.	592	.	1 461	.
	1992	1 609	1 434	1 070	865	539	569
	1993	1 790	1 582	1 275	977	515	605
	1991–1993	5 452	.	2 937	.	2 515	.
		<i>Erfurt-Land</i>					
Insgesamt	1991	953	.	257	.	696	.
	1992	865	685	465	332	400	353
	1993	581	509	354	277	227	232
	1991–1993	2 399	.	1 076	.	1 323	.
davon:							
Industrie	1991	23	.	0	.	23	.
	1992	46	33	4	–	42	33
	1993	24	18	14	6	10	12
	1991–1993	93	.	18	.	75	.
Handwerk	1991	141	.	30	.	111	.
	1992	71	64	46	29	25	35
	1993	46	42	36	27	10	15
	1991–1993	258	.	112	.	146	.
Handel	1991	421	.	131	.	290	.
	1992	360	283	239	160	121	123
	1993	254	220	154	124	100	96
	1991–1993	1 035	.	524	.	511	.
Sonstige	1991	368	.	96	.	272	.
	1992	388	305	176	143	212	162
	1993	257	229	150	120	107	109
	1991–1993	1 013	.	422	.	591	.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

kaum gab — etwa Unternehmensberatung, Immobilienvermittlung oder Reisebüros. Zum anderen wurden Dienstleistungen, die bisher in die Betriebsstrukturen der Unternehmen und Kombinate eingegliedert waren — von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen über Wäschereien bis hin zu Kindertagesstätten und

Polikliniken —, soweit sie nicht aufgelöst wurden oder in öffentliche Trägerschaft übergangen, als eigenständige Unternehmen wieder aufgebaut.

Der Vergleich von Stadt und Umland zeigt, daß das Umland sich als bevorzugter Standort gewerblicher Betriebe zu profilieren scheint.

Obwohl auch im Umland die Unternehmensgründungen schwerpunktmäßig in den Bereichen Dienstleistungen und Handel erfolgten, liegt der Anteil von Industrie und Handwerk dort doch deutlich höher als in der Stadt.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Beschäftigungsentwicklung im Raum Erfurt gleicht in ihren Grundzügen dem Entwicklungsmuster, das nahezu überall in den neuen Bundesländern erkennbar ist: Sie ist geprägt von einem starken Rückgang der Beschäftigung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes und einem wachsenden Gewicht der Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Dabei hat die Stadt offensichtlich einen stärkeren Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen als die Umlandgemeinden. Darüber hinaus ist im Verhältnis zwischen Stadt und Umland eine zunehmende Ausdifferenzierung der Beschäftigungsstrukturen zu beobachten (Tabellen 28 und 32).

- In der Stadt bestimmen zunehmend Dienstleistungsfunktionen das Bild; hier waren Mitte 1993 etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Eine wichtige Rolle spielen Bildung, Wissenschaft und Kunst sowie das Gesundheitswesen. Dies hängt damit zusammen, daß die Stadt in beiden Bereichen traditionell wichtige zentralörtliche Funktionen für einen größeren Einzugsbereich wahrnimmt. Auch bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen wie die der Banken und Versicherungen sowie der Rechtsberatung entwickelt sich Erfurt zu einem überregional bedeutsamen Standort.
- Das Umland profiliert sich zunehmend als gewerblicher Standort. Hier weist der Bereich des Produzierenden Gewerbes 1993 — ungeachtet eines beträchtlichen Arbeitsplatzabbaus — einen höheren Beschäftigungsanteil auf als vor der Wende. Im Baugewerbe ist nicht nur ein starker Anstieg des Beschäftigungsanteils zu verzeichnen, sondern auch ein erheblicher Anstieg des Beschäftigungsvolumens. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Beschäftigung im Handel zu beob-

achten: Während in der Stadt das Volumen ebenso wie der Anteil der Beschäftigung abgenommen haben, konnte sie im Umland — sowohl absolut als auch anteilig — kräftig ausgeweitet werden. Dies liegt, wie allerorts in den neuen Bundesländern, an der Errichtung großer Einkaufszentren vor den Toren der Stadt auf der „grünen Wiese“.

Tabelle 32 — Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in der Stadt und im Landkreis Erfurt 1993^a

	Erfurt-Stadt		Erfurt-Land	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Land- und Forstwirtschaft	1 227	1,1	1 463	13,5
Energiewirtschaft und Bergbau	3 170	2,8	0	0
Verarbeitendes Gewerbe	15 406	13,4	1 986	18,3
Baugewerbe	12 272	10,7	2 302	21,3
Handel	11 802	10,3	2 166	20,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	12 885	12,2	633	5,8
Banken und Versicherungen	3 985	3,5	5	0
Dienstleistungen	28 099	24,5	1 399	12,9
davon:				
Gaststätten und Beherbergungsgewerbe	1 839	1,6	357	3,3
Reinigungsgewerbe	2 195	1,9	99	0,9
Wissenschaft und Kunst	6 799	5,9	173	1,6
Gesundheitsdienste	5 217	4,5	134	1,2
Rechtsberatung	2 394	2,1	33	0,3
Sonstige	9 655	8,4	603	5,6
Organisationen ohne Erwerbszweck	4 136	3,6	32	0,3
Staat	21 541	18,8	833	7,7
Ohne Angaben	49	0	12	0,1
Insgesamt	114 572	100,0	10 831	100,0

^a30.06.1993.

Quelle: Arbeitsamt Erfurt.

Das Arbeitsamt Erfurt weist Ende April 1994 für Stadt und Landkreis insgesamt 17 400 Arbeitslose aus. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 14,7 vH. Dennoch war in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren die Arbeitsmarktsituation im Erfurter Raum im Vergleich zu vielen anderen Regionen in den neuen Bundesländern günstig (Tabelle 33).

Die Teilarbeitsmärkte der Region sind durch beträchtliche Pendlerbewegungen miteinander verflochten. Etwa 4 vH der in Erfurt ansässigen Erwerbstätigen arbeiteten 1993 im Umland der Stadt; insgesamt gingen 15 vH einer Beschäftigung außerhalb der Stadt nach (Tabelle A4).

Tabelle 33 — Arbeitsmarktentwicklung in Erfurt^a 1990–1994

	Arbeitslose	Arbeitslosenquote ^b	Bestand offener Stellen	Nachrichtlich: Arbeitslosenquote ^b	
				Thüringen	alle neuen Bundesländer
1990					
Dezember	10 100	6,7	340	7,3	7,3
1991					
März	11 100	7,3	330	9,1	9,2
Juni	10 900	7,2	620	9,4	9,5
September	13 900	9,1	620	11,3	11,9
Dezember	13 800	9,1	510	11,4	11,8
1992					
März	14 800	10,8	390	16,1	15,5
Juni	14 100	10,3	420	14,4	14,2
September	14 400	10,5	310	15,5	14,1
Dezember	14 500	10,6	350	14,5	13,9
1993					
März	15 100	12,7	490	16,1	15,7
Juni	14 900	12,6	340	15,4	15,1
September	16 000	13,5	260	16,5	15,9
Dezember	16 300	13,7	270	17,1	16,2
1994					
März	17 700	15,0	320	18,3	17,7
April	17 400	14,7	240	.	17,1

^aStadt und Landkreis Erfurt. — ^bArbeitslose in vH der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbstätigen.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

Statistische Angaben über die ins Stadtgebiet einpendelnden Erwerbstätigen liegen nicht vor. Schätzungen zufolge ist die Zahl der Einpendler jedoch deutlich höher zu veranschlagen als die der Auspendler.

Kaufkraft

Im Frühjahr 1993 gaben die im Rahmen der "Wohnungs- und Haushaltserhebung 1993" befragten Erfurter Haushalte an, daß sie, sofern sie erwerbstätig waren, im Durchschnitt 71 vH der westdeutschen Tariflöhne verdienten. Insgesamt bezogen knapp 75 vH der Haushalte mindestens ein Erwerbseinkommen (1992: 71 vH), außerdem etwa 17 vH Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld (1992: 13 vH) und 18 vH Altersruhegeld (1992: 20 vH). Die wirtschaftliche Situation der Erfurter Haushalte dürfte damit ähnlich sein wie in den neuen Bundesländern im Durchschnitt (Tabelle 34). Der kräftige Aufschwung, den der Handel und einige Dienstleistungsbereiche im Raum Erfurt in letzter Zeit genommen haben, muß demnach

auch von einem beträchtlichen Kaufkraftzufluß aus benachbarten Städten und Landkreisen herühren. Offensichtlich zieht Erfurt wie ein Magnet Einkaufstouristen in beträchtlicher Zahl an, wozu das attraktive Erscheinungsbild der Stadt zweifellos erheblich beiträgt.

Tabelle 34 — Zur Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Erfurt 1992–1993 (vH)

Monatliches Nettoeinkommen (DM)	Haushalte	
	Herbst 1992	Frühjahr 1993
bis unter 500	1	1
500 bis unter 1 000	6	5
1 000 bis unter 1 500	11	11
1 500 bis unter 2 000	18	14
2 000 bis unter 2 500	18	17
2 500 bis unter 3 000	15	14
3 000 bis unter 3 500	12	12
3 500 bis unter 4 000	7	10
4 000 bis unter 4 500	5	7
4 500 bis unter 5 000	3	4
5 000 bis unter 5 500	2	2
5 500 bis unter 6 000	0	1
6 000 und mehr	2	2

Quelle: Statistisches und Wahlamt der Stadt Erfurt.

Struktureller Wandel

Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben sich in letzter Zeit überwiegend positiv entwickelt und beachtliche Anpassungserfolge erzielt (Tabellen 35 und 36). Zwar setzte

Tabelle 35 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes^a in Erfurt 1991–1993^b

		1991	1992	1993
<i>Erfurt-Stadt</i>				
Betriebe	Anzahl	79	59	64
Beschäftigte				
insgesamt	Anzahl	27 000	12 600	9 200
je Betrieb	Anzahl	350	210	144
Umsatz				
insgesamt	1 000 DM	98 700	84 300	102 900
darunter:				
Auslandsumsatz	1 000 DM	18 600	7 000	16 400
je Beschäftigten	DM	3 600	6 700	11 200
Löhne und Gehälter				
insgesamt	1 000 DM	37 100	26 800	25 400
je Beschäftigten	DM	1 400	2 100	2 800
<i>Erfurt-Land</i>				
Betriebe	Anzahl	11	9	13
Beschäftigte				
insgesamt	Anzahl	460	240	340
je Betrieb	Anzahl	41	27	26
Umsatz				
insgesamt	1 000 DM	3 100	3 600	7 300
darunter:				
Auslandsumsatz	1 000 DM	20	10	30
je Beschäftigten	DM	6 800	14 900	21 600
Löhne und Gehälter				
insgesamt	1 000 DM	800	700	1 300
je Beschäftigten	DM	1 700	2 800	3 800

^aBetriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. — ^bMonatsdurchschnitte.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

Tabelle 36 — Zur Entwicklung industrieller Kleinbetriebe^a in Erfurt 1992 und 1993^b

		1992	1993
<i>Erfurt-Stadt</i>			
Betriebe	Anzahl	23	28
Beschäftigte	Anzahl	175	211
Umsatz	1 000 DM	1 777	1 811
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	7,6	7,5
Umsatz je Betrieb	1 000 DM	77	65
Umsatz je Beschäftigten	DM	10 200	8 600
<i>Erfurt-Land</i>			
Betriebe	Anzahl	14	15
Beschäftigte	Anzahl	134	106
Umsatz	1 000 DM	1 436	2 071
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	9,6	7,1
Umsatz je Betrieb	1 000 DM	103	138
Umsatz je Beschäftigten	DM	10 700	19 500

^aBetriebe des Produzierenden Gewerbes und industrielle Betriebe der übrigen Wirtschaftsbereiche mit weniger als 20 Beschäftigten. — ^bJeweils September.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

sich 1993 der Personalabbau insgesamt weiter fort, aber die Umsätze nahmen erstmals wieder deutlich zu. Das deutet darauf hin, daß die meisten Unternehmen die schwierigste und längste Teilstrecke im Umstrukturierungsprozeß hinter sich haben.

Die Branchenstruktur, die sich in den vergangenen Jahren in der Stadt Erfurt herausgebildet hat, ist gekennzeichnet durch Schwerpunkte im Ernährungsgewerbe (hier gibt es die meisten Betriebe) sowie in der Elektrotechnik und im Maschinenbau (hier gibt es die meisten Beschäftigten) (Tabelle 37). Daneben spielen der Straßenfahrzeugbau, die Holzverarbeitung sowie die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden eine gewisse Rolle.

Die Branchenstruktur im Umland ist bei weitem nicht so differenziert wie in der Stadt. Sie wird geprägt vom Ernährungsgewerbe sowie von der Steine und Erden-Industrie. Insgesamt sind im Raum Erfurt gegenwärtig knapp 10 000 Personen im gewerblichen Bereich beschäftigt. Dies bedeutet gegenüber 1989 einen Rückgang von reichlich 50 000 Personen (84 vH) und entspricht mit etwa 40 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner (Industriebeatz) ungefähr dem Durchschnitt in den neuen Bundesländern. Die Industrie im Stadtgebiet wird nach wie vor durch einige Großbetriebe dominiert. Dort sind die Betriebe — trotz eines gewaltigen Personalabbaus — im Durchschnitt mehr als fünfmal so groß wie im Umland. Offensichtlich sind noch nicht alle dieser Altbetriebe über den Berg: Die Umsatz-Produktivität ist — trotz einer enormen Steigerung — nach wie vor bescheiden, wenn man sie mit der etwa doppelt so hohen Produktivität der Betriebe im Erfurter Umland oder der etwa dreimal so hohen Produktivität wie im Durchschnitt der alten Bundesländer vergleicht.

Mit etwa 2 100 Betrieben stellt das Handwerk einen bedeutenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt dar (Tabelle 38). Der Strukturwandel im Handwerk zeigt in vieler Hinsicht dieselben Merkmale wie in der Industrie. Zu den stark schrumpfenden Zweigen zählen das Bekleidungs- und Textilgewerbe sowie das Glas-, Papier- und das Keramikgewerbe. Besonders dynamisch entwickelt

Tabelle 37 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe^a nach Wirtschaftsbereichen im 1. Quartal 1994^b

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	
			insgesamt	darunter: Ausland
	Anzahl		1 000 DM	
<i>Erfurt-Stadt</i>				
Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	6	320	12 100	—
Herst. v. Gesenk- u. Freiformschmiedeteilen, schweren Preßteilen	1	.	.	.
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	3	.	.	.
Maschinenbau	10	2 110	67 400	24 400
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz	12	600	31 000	68
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	10	2 370	65 800	1 400
Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren	3	.	.	.
Herst. v. EBM-Waren	1	.	.	.
Chemische Industrie	3	.	.	.
Herst. v. Büromaschinen, EDV-Geräten u. -Einrichtungen	2	.	.	.
Holzverarbeitung	5	320	13 200	7
Papier- und Pappeverarbeitung	1	.	.	.
Druckerei, Vervielfältigung	1	.	.	.
Herst. v. Kunststoffwaren	3	.	.	.
Gummiverarbeitung	2	.	.	.
Lederverarbeitung	1	.	.	.
Textilgewerbe	1	.	.	.
Bekleidungs-gewerbe	2	.	.	.
Ernährungsgewerbe	13	1 230	102 000	600
Stadtkreis insgesamt	80	8 690	333 000	31 100
<i>Erfurt-Land</i>				
Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden	6	140	9 800	—
Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung	2	.	.	.
Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	1	.	.	.
Maschinenbau	2	.	.	.
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz	2	.	.	.
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	2	.	.	.
Holzverarbeitung	2	.	.	.
Herst. v. Kunststoffwaren	2	.	.	.
Ernährungsgewerbe	7	160	12 000	300
Landkreis insgesamt	26	850	36 300	2 300

^aBetriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. — ^bMonatsdurchschnitte.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

sich dagegen das Bau- und Ausbaugewerbe. Neugegründete Betriebe finden sich schwerpunktmäßig in den Bereichen Elektroinstallation, Sanitär-Klempnerei und Maurer. Positiv entwickeln sich auch die Bereiche, die traditionell den Standort Erfurt prägen: das Elektro-

und Metallgewerbe, das Holz- und das Nahrungsmittelgewerbe sowie die Dienstleistungshandwerke (Gesundheits- und Körperpflege, Textil- und Gebäudereinigung) (Tabellen 38 und 39). Letztere bevorzugen bei der Wahl ihres Standorts ganz offensichtlich das Stadtgebiet und nehmen von hier aus Versorgungsfunktionen für das Umland wahr.

Tabelle 38 — Entwicklung der Zahl der Handwerks- und handwerksähnlichen Betriebe in Erfurt 1992–1994

	30.09.1992		30.04.1994		Veränderung 30.04.1994/ 30.09.1992	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Bau- und Ausbaugewerbe	368	20	496	24	128	35
Elektro- und Metallgewerbe	763	41	861	41	98	13
Holzgewerbe	106	6	124	6	18	17
Bekleidungs-, Textil- u. Ledergewerbe	150	8	135	6	-15	-10
Nahrungsmittelgewerbe	99	5	102	5	3	3
Gewerbe für Gesundheits- u. Körperpflege sowie chemisches u. Reinigungsgewerbe	269	14	291	14	22	8
Glas-, Papier-, keramische u. sonstige Gewerbe	125	7	89	4	-36	-29
Insgesamt	1 880	100	2 098	100	218	12

Quelle: Stadtverwaltung Erfurt.

Nach der Wende hat sich Erfurt, wie es seiner Funktion als Oberzentrum der Region entspricht, zu einem wichtigen Standort für Handelsunternehmen entwickelt. 1989 war die Situation im Einzelhandel durch einen großen Mangel an Verkaufsflächen gekennzeichnet (Tabelle 40). Mit insgesamt 63 000 m² standen im Stadtbereich je Einwohner nur 0,3 m² Verkaufsfläche zur Verfügung. In vergleichbaren westdeutschen Städten, etwa in Mainz oder Kassel, liegt dieser Wert mit 1,5 m² bzw. 1,4 m² je Einwohner um ein Vielfaches höher. Hinzu kam die ungünstige räumliche Verteilung der Einzelhandelsgeschäfte sowie das ungenügende Angebot.

Die „Entwicklungsplanung Einzelhandel Erfurt“ des Stadtrats, beschlossen im November 1990, sieht vor, bis 1995 Einzelhandelsflächen von 206 000 m² bzw. 1 m² je Einwohner zu schaffen. Heute ist dieses Ziel bereits erreicht; werden alle derzeit begonnenen bzw. geplanten Handelsobjekte fertiggestellt, wird der ur-

Tabelle 39 — Entwicklung der Zahl der Betriebe im Dienstleistungshandwerk^a in Erfurt 1990–1994

	01.01.1990	01.01.1991	01.01.1992	01.01.1993	01.05.1994
<i>Erfurt-Stadt</i>					
Herrenschneider	12	11	9	6	5
Damenschneider	11	15	12	6	7
Schuhmacher	15	18	19	19	16
Augenoptiker	11	14	16	17	21
Hörgeräteakustiker	0	5	5	5	4
Orthopädiemechaniker und Bandagisten	2	3	3	4	4
Orthopädienschuhmacher	12	12	11	10	10
Zahntechniker	0	7	18	20	20
Friseure	33	51	52	59	65
Textilreiniger	4	4	4	5	4
Gebäudereiniger	0	8	15	22	32
<i>Erfurt-Land</i>					
Damenschneider	2	3	2	3	4
Schuhmacher	1	2	2	2	2
Augenoptiker	0	0	1	1	1
Zahntechniker	0	1	1	1	1
Friseure	3	21	25	27	30
Gebäudereiniger	0	0	1	1	1

^aAusgewählte Gewerke; Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Betriebe.

Quelle: Handwerkskammer Erfurt.

sprünglich angestrebte Wert von 1 m² je Einwohner sogar deutlich überschritten. Die Kaufkraftentwicklung läßt jedoch vermuten, daß demnächst Überkapazitäten zu einem Problem werden. Die Rentabilität der Handelseinrichtungen wird dann verstärkt von der Lage — in der Innenstadt, in den Stadtteilzentren oder an den Ausfallstraßen — sowie der verkehrsmäßigen Erschließung der Standorte abhängen.

Tabelle 40 — Entwicklung der Verkaufsflächen im Einzelhandel der Stadt Erfurt 1989–1993

	Verkaufsfläche m ²	
	insgesamt	je Einwohner
Ende 1989	63 000	0,3
Juli 1991	115 000	0,5
April 1993	138 000	0,67
Dezember 1993	152 000	0,75
Weitere Vorhaben ^a		
Größere Handelseinrichtungen	191 000	x
Kleinteilige Handelseinrichtungen	20 000	x
Insgesamt ^b	350 000	1,7

^aGrößtenteils noch in Planung. — ^bBei vollständiger Realisierung der Pläne.

Quelle: Stadtverwaltung Erfurt.

Die Einzelhandelsplanung sieht vor, daß etwa 30 vH der Verkaufsfläche zur Deckung des periodischen Bedarfs und etwa 70 vH zur Deckung des aperiodischen Bedarfs dienen sollen. 40 bis 50 vH der Gesamtverkaufsfläche sollen dabei auf die Innenstadt entfallen. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht, was dazu führt, daß noch immer ein Teil der Kaufkraft aus der Region in die westlichen Bundesländer abfließt, vor allem, wenn es um die Anschaffung hochwertiger und/oder langlebiger Gebrauchsgüter geht. Es wird jedoch damit gerechnet, daß sich dies rasch ändert, wenn noch im Lauf dieses Jahres ein zweites großes Kaufhaus in der Erfurter Innenstadt eröffnet wird.

Zu einem wichtigen Teil der Handelsstruktur sind die Wochenmärkte geworden. Inzwischen werden regelmäßig etwa 10 Wochenmärkte von unterschiedlicher Größe und an unterschiedlichen Standorten abgehalten. Sie werden insgesamt von rund 250 festen Händlern besetzt, die ganz überwiegend aus der Region Erfurt oder dem Land Thüringen kommen. Viele von ihnen sind Selbsterzeuger. Die Bedeutung der Wochenmärkte liegt im Angebot von Frischwa-

ren, insbesondere auf den Märkten außerhalb des Zentrums. Dort überwiegt das Frischwarenangebot inzwischen gegenüber dem Sortiment an Textilien und anderen Waren.

Das Beherbergungsgewerbe in Erfurt und Umgebung gehört zu den Wirtschaftszweigen, in denen bald nach der Wende eine lebhafte Entwicklung einsetzte. Die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen nahm kräftig zu (Tabelle 41). Erfurt hat sich als ein Ziel für touristische Kurzreisen und für Geschäftsreisen profilieren können. Dadurch sank freilich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Stadt: von knapp 3 Tagen auf 2 Tage und folglich die durchschnittliche Auslastung (Tabelle 42). In der Stadt wird die Entwicklung von einigen großen Hotels dominiert. Sie machen knapp die Hälfte aller innerstädtischen Betriebe aus und nehmen mehr als vier Fünftel aller Gäste auf. Auch in den Beherbergungsbetrieben des Umlands ging die durchschnittliche Aufenthalts-

dauer stark zurück; doch ist sie noch immer höher als in der Stadt.

Die Stadt Erfurt ist bestrebt, ein attraktiver Standort für Handels- und Dienstleistungsunternehmen zu werden. Inwieweit sie diesem Ziel inzwischen näher gekommen ist, hat sie im Rahmen von Haushaltsbefragungen im Herbst 1992 und im Frühjahr 1993 zu ergründen versucht. Die Ergebnisse³² der letzten Befragung zeigen (Tabelle 43): Die Angebote des Handels, insbesondere die Wochenmärkte, werden überwiegend positiv beurteilt, ebenso die Gastronomie, die kulturelle Szene und die medizinische Versorgung. Deutliche Defizite gibt es offenbar bei der Verkehrsinfrastruktur. Darüber hinaus scheint es Verbesserungsmöglichkeiten beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Erscheinungsbild der Stadt in den Bereichen außerhalb des Zentrums sowie bei den Jugend- und Freizeitangeboten zu geben.

Tabelle 41 — Ankünfte und durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Beherbergungsgewerbe^a in Erfurt 1991–1993

Ständiger Wohnsitz der Gäste	1991 ^b		1992		1993	
	Ankünfte	durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Ankünfte	durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Ankünfte	durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	1 000	Tage	1 000	Tage	1 000	Tage
	<i>insgesamt</i>					
Erfurt-Stadt						
Bundesrepublik Deutschland	66	2,9	129	2,6	123	2,1
Anderer Wohnsitz	13	2,5	22	1,9	15	1,7
Insgesamt	79	2,8	151	2,5	139	2,0
Erfurt-Land						
Bundesrepublik Deutschland	7	2,9	16	2,4	33	2,6
Anderer Wohnsitz	1	12,0	1	4,8	1	5,2
Insgesamt	8	4,3	17	2,5	34	2,7
	<i>darunter: Hotels</i>					
Erfurt-Stadt						
Bundesrepublik Deutschland	50	3,2	105	2,6	101	2,0
Anderer Wohnsitz	12	2,6	20	1,8	14	1,6
Insgesamt	62	3,0	125	2,4	115	2,0
Erfurt-Land						
Bundesrepublik Deutschland	.	.	12	2,1	23	2,1
Anderer Wohnsitz	.	.	0	1,5	1	1,9
Insgesamt	.	.	13	2,1	23	2,1

^aBeherbergungsstätten mit neun und mehr Gästebetten. — ^bMai bis Dezember 1991.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

Tabelle 42 — Betriebe, Gästebetten und Kapazitätsauslastung des Beherbergungsgewerbes^a in Erfurt 1991–1993

		Erfurt-Stadt			Erfurt-Land		
		1991 ^b	1992	1993	1991 ^b	1992	1993
		<i>insgesamt</i>					
Betriebe ^{c,d}	Anzahl	11	15	19	7	18	29
Betten ^{d,e}	Anzahl	2 100	2 040	2 120	270	500	810
Durchschnittliche Auslastung ^e	vH	56	47	38	45	33	40
		<i>darunter: Hotels</i>					
Betriebe ^{c,d}	Anzahl	7	9	10	.	4	6
Betten ^{d,e}	Anzahl	1 690	1 670	1 740	.	220	400
Durchschnittliche Auslastung ^e	vH	61	47	39	.	49	47

^aBeherbergungsstätten mit neun und mehr Gästebetten. — ^bMai bis Dezember 1991. — ^cGeöffnete Betriebe. — ^dBestand zum Jahresende. — ^eAngebote Betten/Schlafgelegenheiten.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.

Tabelle 43 — Einschätzung der Stadt Erfurt durch ihre Bürger vom Frühjahr 1993 (vH)

	Haushalte			
	sehr zufrieden und zufrieden	teils/teils	unzufrieden und sehr unzufrieden	keine Einschätzung
Verdienstmöglichkeiten	24	33	38	5
Einkaufsmöglichkeiten	52	29	19	—
Wochenmärkte	67	18	7	8
Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs	39	29	26	6
Ausbau und Zustand der Straßen	7	31	61	1
Parkmöglichkeiten	4	7	85	4
Ausbau und Zustand der Grünanlagen	30	44	25	1
Gestaltung und Erhaltung von Gebäuden, Straßenbild	22	54	23	1
Attraktivität der Innenstadt	49	38	12	1
Dienstleistungsangebot	42	32	21	5
Spielmöglichkeiten für Kinder	8	18	56	18
Treffpunkte für die Jugend	2	8	65	25
Weiterbildungs- und Freizeitangebot der Volkshochschule	30	20	4	46
Schwimmbäder	28	27	36	9
Weitere Angebote zur sportlichen Betätigung	20	31	29	20
Restaurants	54	26	16	4
Tanzveranstaltungen	13	20	36	31
Theater, Museen	55	27	6	12
Medizinische Betreuung	66	23	9	2
Persönliche Sicherheit (z.B. abends)	5	15	77	3

Quelle: Statistisches und Wahlamt der Stadt Erfurt.

Die Beurteilung der Einkaufsmöglichkeiten und der Verkehrsinfrastruktur fällt jeweils sehr unterschiedlich aus. Beide Aspekte müssen im Zusammenhang gesehen werden. Für Einkäufe wird überwiegend der Pkw benutzt oder sie werden zu Fuß erledigt (Tabelle 44). Die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs scheinen hierfür nicht attraktiv genug zu sein. Offenbar kann das Potential der Innenstadt als Handels-

standort erst dann voll ausgeschöpft werden, wenn sie sowohl für den öffentlichen wie für den individuellen Personennahverkehr besser erschlossen wird.

Ergänzend zu den Haushaltserhebungen im gesamten Stadtgebiet wurden Erhebungen für Teilräume der Stadt durchgeführt. In der letzten Erhebung im Herbst 1993 in den durch Neubauten in Plattenbauweise geprägten Stadt-

gebieten im Südosten zeigten die Ergebnisse im Vergleich mit denen der Haushaltserhebung 1993 zum einen ausgeprägte Gemeinsamkeiten im Einkaufsverhalten (Tabelle 44), zum anderen aber auch deutliche Defizite in der Versorgung mit einzelnen Dienstleistungen (Tabelle A5). Vor allem Apotheken/Drogerien, Banken/Sparkassen, Bäcker und Lebensmittelgeschäfte scheinen in den Vororten nicht ausreichend vorhanden zu sein.

Tabelle 44 — Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Haushalte in Erfurt (Frühjahr 1993, vH)

	Einkauf von Lebensmitteln ^a				
	in der Wohngegend		auf dem Weg von und zur Arbeit	im Super- markt	
	regelmäßig	nur, wenn etwas verges- sen wurde			
	50	21	14	51	
Verkehrsmittel werden überwiegend von ... vH der Haushalte benutzt					
	ÖPNV	Pkw	Fahrrad	zu Fuß	ver- schieden
Zur Arbeits-, Aus- bildungsstätte	29	47	5	16	3
Für Einkäufe, Besorgungen	12	52	3	25	8
In der Freizeit	11	51	9	18	11

^aMehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistisches und Wahlamt der Stadt Erfurt.

Infrastruktur

Erfurt ist überregional gut angebunden. Es ist — in West-Ost-Richtung — über die E 40/A 4 an das internationale Fernstraßennetz angeschlossen und ist zudem über die Eisenbahnmagistrale Frankfurt am Main – Leipzig mit IC-Zügen erreichbar. Es gibt in unmittelbarer Nähe zur Stadt einen Flughafen (Erfurt-Bindersleben), der im Regional- und Charterverkehr angefliegen wird. Es fehlen bislang leistungsfähige Verbindungen in Nord-Süd-Richtung sowohl im Straßennetz als auch bei der Bahn. Außerdem fehlt ein Netz von Umgehungsstraßen, das den Stadtkern vom Durchgangsverkehr entlastet.

In dem Mitte 1992 verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan sind eine Reihe von Projek-

ten enthalten, die Erfurt als Standort weiter aufwerten. Dazu zählen

- im Bereich des Fernstraßenbaus der sechsspurige Ausbau der E 40/A 4 von Köln nach Breslau, der Neubau der A 73/81 von Schweinfurt/Bamberg nach Artern/Magdeburg sowie der A 82 von Halle/Artern nach Göttingen,
- im Bereich des Schienenverkehrs der Ausbau bzw. Neubau der Strecken Paris – Warschau, Nürnberg/Würzburg – Halle/Leipzig über Erfurt sowie Dortmund – Chemnitz, davon einige Strecken nach ICE-Norm,³³
- im Luftverkehr der Ausbau des Flughafens Erfurt-Bindersleben.

Erfurt würde damit zu einem Drehkreuz im überregionalen Verkehr werden und könnte sich zu einem Zentrum für den Güterumschlag entwickeln. Erste Boten dieser Entwicklung sind das Güterverkehrszentrum in Vieselbach³⁴ vor den Toren der Stadt sowie die Investitionen einer großen Spedition³⁵ und einer großen Einzelhandelskette³⁶. Zudem ist beschlossen, in Erfurt ein Zentrum für die Wartung und Überholung der Triebköpfe von IC-Zügen anzusiedeln.

Bei der Umsetzung der Pläne muß freilich mit Verzögerungen gerechnet werden. Ein Teil der Projekte ist heftig umstritten, wie das einer ICE-Neubaustrecke nach Nürnberg oder das einer Autobahn nach Schweinfurt/Bamberg. Andere Projekte, wie der Ausbau der Strecke über Kassel nach Dortmund, sollen dem Vernehmen nach in der Priorität zurückgestuft werden.

In Erfurt und Umgebung sind derzeit Gewerbeflächen im Umfang von insgesamt knapp 1 100 ha ausgewiesen; davon entfallen etwa 340 ha auf das Stadtgebiet und etwa 750 ha auf das Umland. Rund 260 ha der Gesamtfläche wurden neu ausgewiesen und stehen vorrangig für die Neuansiedlung von Betrieben zur Verfügung. Die Bestandsflächen sind derzeit zu etwa 90 vH mit gewerblichen Nutzungen belegt. Die Reserveflächen im Bestand (Baulücken, leerstehende und zwischengenutzte Gewerbebrachen) können zur Verdichtung der Gewerbeansiedlung genutzt werden.

Aus den bislang im Rahmen der Planungsverfahren ausgewiesenen Gewerbeflächen in Erfurt und Umgebung ergibt sich im Durchschnitt eine Gewerbefläche von knapp 50 m² je Einwohner. Dies entspricht etwa dem Richtwert, der im allgemeinen als hinreichend für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region angesehen wird. Hinzu kommen allerdings noch — nicht genau quantifizierbare — gewerblich genutzte Altflächen. Sie sind insbesondere für Ausgründungen aus den dort angesiedelten Altbetrieben vorgesehen. Es wird auch über die gewerbliche Nutzung der freiwerdenden Militärflächen nachgedacht. Insgesamt werden all diese Flächen für mehr als ausreichend gehalten, um die wirtschaftliche Entwicklung des Standorts Erfurt zu sichern.

Die Erschließung und Bereitstellung der Flächen gestaltet sich nicht einheitlich: Die Umwidmung von ehemaligen Standorten der gewerblichen Produktion zu Dienstleistungsstandorten, insbesondere für Büros und Hotels, verläuft recht zügig. Die Wiedererschließung brachliegender Flächen kommt dagegen nur sehr langsam voran, vor allem bei größeren Flächen in der Hand öffentlicher Träger. Bevor die Erschließungskosten mit Hilfe von Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA-Fördermittel) finanziert werden können, müssen einige Hürden genommen werden. Zunächst einmal muß die Stadt Eigentümerin der Flächen werden, d.h., sie muß sie von der TLG erwerben. Dies war in den ersten Jahren nach der Wende vor allem deswegen problematisch, weil die TLG die Areale nur „en bloc“, nicht jedoch in Teilstücken veräußern wollte. Außerdem war es aufgrund der relativ hohen Quadratmeterpreise schwierig, genügend, nämlich mindestens 51 vH, Investoren des Verarbeitenden Gewerbes für eine Ansiedlung zu gewinnen. Auch der bürokratische Aufwand bei der Beantragung der Fördermittel hat viel Zeit gekostet. Planung und Entwicklung neuer Gewerbeflächen gestalten sich wegen Unzulänglichkeiten bei der Bauleitplanung sowie aufgrund eigentumsrechtlicher Probleme oftmals langwierig. Zahlreiche ernsthaft interessierte Investoren haben sich an-

gesichts derartiger Hindernisse bereits gegen einen Standort in der Stadt entschieden.

In den Umlandgemeinden ist die Ausweitung und Erschließung von Gewerbegebieten unmittelbar nach der Wende in Gang gekommen, also sehr viel rascher als in der Stadt. Hier wurde das erste Gewerbegebiet 1991 eröffnet. Nicht zuletzt wegen dieses „Spätstarts“ scheinen jedoch die Planungen der Stadt den Entwicklungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten besser Rechnung zu tragen als die mancher Umlandgemeinde, wo in der Euphorie des Aufbruchs einige Projekte wohl zu groß geraten sind. Alles in allem jedoch konnten die Umlandgemeinden bei der Ansiedlung von Investoren — und damit bei der Erschließung von Gewerbesteuerquellen — beachtliche Erfolge erzielen.

Im Rahmen der Kreisgebietsreform werden 17 Umlandgemeinden und damit auch eine Reihe größerer Gewerbegebiete — insgesamt etwa 575 ha — zur Stadt Erfurt kommen. Dies bedeutet für die Stadt einen erheblichen Anstieg des Gewerbesteueraufkommens. Viele Gemeinden, die nun die Früchte ihrer Arbeit von der Stadt vereinnahmt sehen, haben sich daher zunächst heftig gegen ihre Eingemeindung gestraut.

Probleme gibt es in struktureller Hinsicht. Vielfach erweist es sich als schwierig, die in der Stadt oder in Stadtnähe gelegenen Altflächen mit neuen Nutzungen zu belegen. Das kann erst geschehen, wenn die Eigentumsverhältnisse geklärt und ökologische Altlasten beseitigt sind. Investoren bevorzugen daher häufig die schneller verfügbaren, neuerschlossenen Standorte im Umland. Zudem sind innerstädtische Grundstücke recht teuer, so daß es sich als schwierig erweist, Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes dort anzusiedeln. Die Stadt erwirbt Grundstücke von der TLG, die diese grundsätzlich zum Verkehrswert — ermittelt durch sogenannte Wertgutachten — veräußert. Dabei ergeben sich Preise in der Größenordnung von 170 bis 200 DM (unerschlossen). Diese werden in der Regel nur von Handelsunternehmen, vom großflächigen Einzelhandel (Supermärkten, Discountern), von Autohäusern und Baustoffmärkten sowie von einigen Dienst-

leistungsanbietern gezahlt. Für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sind im allgemeinen allenfalls Quadratmeterpreise bis 70 oder 80 DM tragbar, um rentabel wirtschaften zu können. Um trotzdem die Ansiedlung von produzierenden Betrieben zu erreichen, betreibt sie bei der Veräußerung der Flächen eine Mischkalkulation.

Von besonderer Bedeutung für die Rolle Erfurts als Dienstleistungsstandort ist die geplante Innenstadterweiterung. Das Brühl, eines der ältesten Stadtgebiete, zu DDR-Zeiten ein Industriegelände und jetzt nur noch teilweise genutzt, soll saniert werden und komplementär zur Altstadt eine Reihe wichtiger Innenstadtfunktionen übernehmen, die die Altstadt aufgrund ihrer kleinteiligen Struktur sowie der aus historischen Gründen erhaltenswerten Bausubstanz nicht wahrnehmen kann. Das Gelände des Brühls liegt westlich des Doms und südlich des Petersberges. Im Südwesten reicht es bis an das Gelände der Erfurter Gartenbauausstellung (ega) heran und umfaßt eine Fläche von insgesamt 28 ha; etwa 22 ha davon hat die Landesentwicklungsgesellschaft von der Treuhandanstalt — zu einem Preis von 139 Mill. DM —

erworben. Der Standort Brühl wird auch wieder Anschluß an das Straßenbahnnetz erhalten. Er soll eine Ia-Lage werden und wird auf eine gemischte Nutzung vorbereitet. Es sollen Ausstellungsflächen, Kaufhäuser und Ladengeschäfte, Büros und Hotels, je ein Justiz-, Kongreß- und Medizinzentrum sowie 50 000 m² Wohnfläche und die zugehörigen Kfz-Parkplätze entstehen. Die Umgestaltung des Brühls dürfte die auch jetzt schon große Attraktivität Erfurts als Dienstleistungsstandort weiter steigern. Der Erfolg des Projekts hängt jedoch u.a. davon ab, eine lebendige Verbindung zwischen Brühl und Altstadt herzustellen.

Wirtschaftsförderung

Die Erschließung neuer Industrie- und Gewerbegebiete sowie die Wiedernutzbarmachung brachliegender Flächen kann mit bis zu 60 vH der förderfähigen Kosten aus GA-Fördermitteln bezuschußt werden. Bei dieser Förderung von Infrastrukturvorhaben spielt die Region Erfurt — obschon prosperierend — innerhalb Mittelthüringens doch immerhin eine Rolle im Mittelfeld (Tabelle 45). Während anfangs die

Tabelle 45 — Förderung von Infrastrukturvorhaben in Mittelthüringen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 03.10.1990–31.03.1994

	Vorhaben		Bewilligte GA-Mittel		Investitionsvolumen		Fläche		Investitionsvolumen	
	Anzahl	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	ha	vH	je ha	je Vorhaben
									1 000 DM	Mill. DM
Apolda	6	5	20	4	31	4	65	4	480	5,2
Arnstadt	6	5	45	9	76	9	187	12	410	12,7
Bad Langensalza	8	6	18	4	33	4	64	4	520	4,1
Eisenach	21	16	72	14	132	15	236	15	560	6,3
Erfurt gesamt	11	9	57	11	98	11	203	13	480	8,9
davon:										
Erfurt-Land	9	7	49	10	87	10	185	12	470	9,7
Erfurt-Stadt	2	2	8	2	11	1	18	1	610	5,5
Gotha	27	21	114	22	199	23	378	24	530	7,4
Ilmenau	19	15	38	7	54	6	86	5	630	2,8
Sömmerda	13	10	75	15	118	14	223	14	530	9,1
Weimar-Land	16	13	63	12	114	13	104	7	1 100	7,1
Weimar-Stadt	1	1	10	2	17	2	40	3	430	17,0
Mittelthüringen insgesamt	128	100	511	100	871	100	1 587	100	550	6,8
<i>Nachrichtlich:</i> Anteil Mittelthüringens an Thüringen insgesamt	x	33	x	39	x	38	x	40	x	x

Quelle: Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

(Weiter-)Entwicklung der innerstädtischen Standorte im Vordergrund stand, konzentrieren sich die Anstrengungen nun auf das Umland. Die Erschließungsmaßnahmen werden dort in der Regel mit einem höheren Investitionsvolumen je Vorhaben betrieben als in der Stadt. Die innerstädtischen Maßnahmen sind demgegenüber mit einem höheren Erschließungsaufwand (DM je ha) verbunden als die Maßnahmen im Umland. Bislang (Stand: März 1994) wurden in Erfurt-Stadt 7,7 Mill. DM GA-Mittel zur Förderung eines Investitionsvolumens von 11,4 Mill. DM für die Erschließung von Gewerbegebieten eingesetzt. Von den Fördergeldern flossen 8 Mill. DM in das Gewerbegebiet Kalkreibe und 4 Mill. DM in das Technologiezentrum Erfurt. Weitere 14,5 Mill. DM wurden für die Erschließung des Gewerbegebiets nördlich der Sulzer Siedlung beantragt.

c. Potsdam

Ausgangslage Ende 1989

Potsdam blickt auf eine mehr als 1000jährige Geschichte zurück. Nachdem Potsdam im 17. Jahrhundert durch den brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm zur Residenzstadt erhoben wurde, entwickelte es sich zur Garnisons- und Behördenstadt. Unter König Friedrich Wilhelm I. wurde die Stadt zu einem Mittelpunkt europäischer Politik. Durch König Friedrich I. wurde sie darüber hinaus zum Inbegriff für große Leistungen in der Verwaltung, der Kriegskunst, der Musik, der Literatur und dem Bauwesen.

In Verbindung mit dem Ausbau zur Garnisonsstadt konnte sich im 18. Jahrhundert in Potsdam auch das Manufakturwesen entwickeln. Im 19. Jahrhundert entstand daraus nach dem Bau der ersten preußischen Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Potsdam eine gewisse, wenn auch bescheidene industrielle Basis. Aufgrund des Charakters Potsdams als Residenz- und Garnisonsstadt entwickelte sich die Stadt industriell aber nicht weiter. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Innenstadt Potsdams durch einen Bombenangriff weitgehend zerstört.

In der DDR war Potsdam Hauptstadt des gleichnamigen Bezirks; seit 1990 ist sie Lan-

deshauptstadt von Brandenburg. Mit etwa 140 000 Einwohnern ist sie zugleich die größte Stadt Brandenburgs. In der Stadt sind derzeit rund 74 000 Personen beschäftigt. Im Gegensatz zu den meisten anderen ostdeutschen Städten hatte Potsdam nach der Wende keine Wanderungsverluste zu verzeichnen.

Die Stadt ist nach wie vor ein wichtiges wissenschaftliches, kulturelles, touristisches und administratives Zentrum. Sie ist infrastrukturell relativ gut eingebunden. Sie wird von wichtigen Schienenwegen, Fernstraßen und Wasserwegen tangiert. Insofern sind günstige Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gegeben.

Aus dem Charakter Potsdams als Verwaltungs-, Hochschul- und Dienstleistungsstandort resultierte ein für ostdeutsche Verhältnisse ungewöhnlich hohes Gewicht des tertiären Sektors. Zu DDR-Zeiten waren rund 70 vH der Beschäftigten im Dienstleistungssektor, beim Staat und bei gesellschaftlichen Organisationen tätig. Bedeutsame Einrichtungen waren der Rat des Bezirks, die Pädagogische Hochschule, die Hochschule für Film und Fernsehen, die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, eine Reihe naturwissenschaftlicher Institute der Akademie der Wissenschaften, die Hauptdienststelle des Meteorologischen Dienstes sowie eine Vielzahl medizinischer Einrichtungen. Sie alle waren vollständig in den Staatsbereich integriert. Wichtige Dienstleistungsbetriebe für die Versorgung der privaten Haushalte waren die Großwäscherei Potsdam und ein Betrieb für haushaltsnahe Dienstleistungen. Darüber hinaus gab es viele Dienststellen bei Armee, Polizei, Staatssicherheit und Zoll.

Ein vergleichsweise hohes Gewicht hatte in Potsdam das Baugewerbe. In Potsdam waren die Baukapazitäten überwiegend in Großbetrieben zusammengefaßt. 1990 waren 14,1 vH der Erwerbstätigen im Baugewerbe tätig, das waren mehr als im Verarbeitenden Gewerbe (12,3 vH). Das Verarbeitende Gewerbe wies eine vielfältige Branchenstruktur auf. Präsent waren der Fördermittelbau, verschiedene Fachzweige des Ernährungsgewerbes, die Metallbearbeitung, die Elektroindustrie, die Baumaterialienindustrie, die Glas- und Keramikindustrie sowie

die Textilindustrie. Bis auf die Fertigung von Autokranen erfolgte die Produktion in kleineren und mittleren Unternehmen. Das relativ geringe Gewicht der Industrie in der Stadt wurde durch ihr großes Gewicht im Landkreis kompensiert. Es gab dort bedeutende Betriebe, insbesondere in der Mikroelektronik und der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, vor allem in den Orten Teltow und Stahnsdorf.³⁷

In der durch Großbetriebe geprägten Landwirtschaft waren ebenso viele Menschen wie im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Es gab eine hoch entwickelte Tier-, Obst- und Gemüseproduktion für die Versorgung vor allem Ostberlins.

Weichenstellung: Entwicklungskonzepte und Förderziele

Die in Potsdam bisher erarbeiteten Konzepte sind darauf gerichtet, der Stadt ein typisches Wirtschaftsprofil zu verschaffen. Dabei will man auch von der Nähe zur Metropole Berlin profitieren. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung einer vielfältigen, modernen Branchenstruktur, die nach Möglichkeit auf den vorhandenen Strukturen aufbaut. Tragende Säulen sollen Dienstleistungen im weitesten Sinne sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Potsdam sowie in der näheren Umgebung soll sich nach den Vorstellungen der Stadtverwaltung nach folgendem Muster vollziehen:

- Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Rolle Potsdams als Hauptstadt eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg,
- Förderung des Dienstleistungssektors, insbesondere mit dem Ziel einer zunehmenden überregionalen Orientierung,
- strukturelle Bereinigung im Produzierenden Gewerbe sowie Stabilisierung auf relativ niedrigem Niveau; künftige Schwerpunkte sollen im Baugewerbe, im Ernährungsgewerbe, im Druckgewerbe sowie in der Energie- und Wasserversorgung liegen,
- Weiterentwicklung des Medienstandorts (Rundfunk und Fernsehen, Filmstudios und Verlage),

- Verbesserung der Voraussetzungen für den Tourismus,
- Ausbau der Wissenschafts- und Forschungskapazitäten (Universität, Fachhochschulen, Fachschulen, weitere private Einrichtungen),
- Abbau staatlicher Dienstleistungen durch Verlagerung auf private Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Stadt ist zuversichtlich, daß sie diese Konzeption realisieren kann. Sie erwartet, daß sich die Ansiedlungsaktivitäten von Behörden und Unternehmen verstärken. Ein Hindernis sind derzeit allerdings die hohen Grundstückspreise, die nicht hinter denen in Berlin zurückstehen. Dem soll durch die Ausweisung neuer Büro- und Gewerbeflächen entgegengewirkt werden. Schwierigkeiten macht die Bereitstellung von Flächen für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Es liegen zahlreiche Anfragen von kleineren und mittleren Unternehmen aus der Region vor, denen nicht angemessen entsprochen werden kann. Insbesondere werden Flächen für Erweiterungen und Verlagerungen von zur Zeit noch in der Innenstadt tätigen Unternehmen benötigt. Der Bedarf ist auch deshalb schwer zu decken, weil unablässig Kompromisse zwischen wirtschaftlichen und kulturhistorischen Erfordernissen eingegangen werden müssen. Die Bewahrung der kulturgeschichtlichen Zeugnisse genießt einen hohen Stellenwert in der Stadt.

Für den Landkreis Potsdam wurden im Prinzip ähnliche Entwicklungsziele formuliert wie für die Stadt. Räumliche Schwerpunkte sind dabei die von Berlin und Potsdam ausgehenden radialen Entwicklungsachsen. Dort sollen künftig neue Gewerbe angesiedelt werden. Mehrere Großinvestitionen im Kreis deuten darauf hin, daß dieses Konzept von den Investoren angenommen wird. Ausgangspunkt ist der Erhalt einiger strukturbestimmender Unternehmen der Steuer-, Meß- und Regelungstechnik sowie der Elektrotechnik, allerdings bei stark reduziertem Umfang. Die betreffenden Unternehmen sind inzwischen sämtlich privatisiert. Die Entwicklung im Dienstleistungssektor soll durch die Neuerschließung von Gewer-

beflächen sowie die Aufbereitung von Industriebrachen vorangetrieben werden. Auch die Landwirtschaft soll ihren Stellenwert behalten. Dort setzt man auf ein Nebeneinander von kleinen bäuerlichen Familienbetrieben und großbetrieblichen Bewirtschaftungsformen. Für das bedeutende Obstanbaugebiet im Kreis (u.a. das Havelland) werden nach der Umstellung auf moderne Anbau- und Vermarktungsmethoden gute Möglichkeiten für eine Revitalisierung gesehen.

Wirtschaftliche Entwicklung seit 1989

Entwicklung im Produzierenden Gewerbe

Wegen des geringen Industriebesatzes ist Potsdam nach der Wende ein drastischer Beschäftigungseinbruch, wie er viele vorwiegend industriell geprägte Regionen traf, erspart geblieben. Sichtbarer Ausdruck dafür ist die verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenquote von weniger als 10 vH, die allerdings auch daher rührt, daß Arbeitsuchende oftmals in Berlin eine Beschäftigung finden (Tabelle 46).

Tabelle 46 — Arbeitslose und Arbeitslosenquote in der Stadt und im Landkreis Potsdam 1991–1994

	Arbeitslose	Arbeitslosenquote ^a	Nachrichtlich: Arbeitslosenquote ^a im Land Brandenburg
Dezember 1991	10 692	8,1	11,8
Dezember 1992	9 718	8,1	14,2
Dezember 1993	9 564	8,4	15,2
Juni 1994	9 664	8,5	15,1

^aArbeitslose in vH der abhängig beschäftigten zivilen Erwerbstätigen.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg.

Von Produktionsrückgang und Beschäftigungsabbau blieben allerdings die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nicht verschont. So hat sich in der Stadt die Zahl der Erwerbstätigen in den Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten im Zeitraum von 1991 bis 1993 etwa halbiert, im Landkreis ist sie sogar um mehr als zwei Drittel zurückgegangen (Tabelle 47). In letzter Zeit hat sich die wirtschaftliche Lage in den Betrieben aber offensichtlich stabilisiert. 1993 ist der Umsatz bei den Betrieben der Stadt nicht mehr geschrumpft und bei den Betrieben

im Landkreis weiter kräftig gestiegen. Es sieht so aus, als würden insbesondere die Betriebe im Umland bei der Bewältigung des Anpassungsprozesses gut vorankommen.

Tabelle 47 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a in Potsdam 1991–1993

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
<i>Potsdam-Stadt</i>					
Betriebe ^b	Anzahl	43	36	29	-33,6
Beschäftigte ^b	Anzahl	6 317	3 753	3 119	-51,6
Umsatz	Mill. DM	328,2	365,5	365,4	11,3
darunter:					
Auslandsumsatz	Mill. DM	18,9	9,4	5,0	-73,5
Exportquote	vH	5,8	2,6	1,4	x
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	147	104	108	-26,5
<i>Potsdam-Land</i>					
Betriebe ^b	Anzahl	34	37	36	5,9
Beschäftigte ^b	Anzahl	10 221	4 097	3 155	-69,1
Umsatz	Mill. DM	308,1	422,6	494,4	60,5
darunter:					
Auslandsumsatz	Mill. DM	25,4	22,5	59,3	133,5
Exportquote	vH	8,2	5,3	12,0	x
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	301	111	88	-70,8
<i>Nachrichtlich: Land Brandenburg</i>					
Betriebe ^b	Anzahl	1 124	956	874	-22,2
Beschäftigte ^b	Anzahl	265 900	158 800	118 500	-55,4
Umsatz	Mill. DM	19 019	16 085	16 143	-15,1
darunter:					
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 684	1 329	1 220	-17,6
Exportquote	vH	8,9	8,3	7,6	x
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	237	166	136	-42,6

^aBetriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. — ^bJahresdurchschnitt.

Quelle: Landesamt Brandenburg für Datenverarbeitung und Statistik.

Auch die Entwicklung bei den Gewerbeanmeldungen deutet darauf hin, daß das Produzierende Gewerbe vor allem im Umland gute Ansiedlungsbedingungen vorfindet. So gab es im Zeitraum von 1991 bis 1993 im Landkreis mehr als dreimal soviel Anmeldungen von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes als in der Stadt (Tabelle 48). Die Zahl der Handwerksbetriebe³⁸ hat sich im Kreisgebiet deutlich stärker erhöht als in der Stadt.

Günstiger als im Verarbeitenden Gewerbe stellt sich die Entwicklung im Baugewerbe dar,

Tabelle 48 — Zahl der Gewerbeanmeldungen in Potsdam 1991–1993

	1991	1992	1993	Summe 1991–1993
<i>Potsdam-Stadt</i>				
Industrie	36	7	7	50
Baugewerbe	40	17	9	66
Handwerk	151	114	135	400
Handel	883	435	416	1 734
Gastgewerbe	81	29	25	135
Sonstige Gewerbe ^a	1 334	775	653	2 762
Insgesamt	2 525	1 377	1 245	5 147
<i>Nachrichtlich:</i>				
Anteil der Gewerbeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbeanmeldungen insgesamt (vH)	91,0	90,0	87,0	90,0
<i>Potsdam-Land</i>				
Industrie	81	57	29	167
Baugewerbe	72	33	24	129
Handwerk	210	203	249	662
Handel	743	570	531	1 844
Gastgewerbe	109	73	62	244
Sonstige Gewerbe ^a	888	746	693	2 327
Insgesamt	2 103	1 682	1 588	5 373
<i>Nachrichtlich:</i>				
Anteil der Gewerbeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbeanmeldungen insgesamt (vH)	82,7	82,6	81,0	82,2

^aÜberwiegend Dienstleistungsgewerbe.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg.

auch wenn die Statistik kein einheitliches Bild zeichnet. So hat sich nach den Ergebnissen der Totalerhebung (die einmal jährlich jeweils für den Monat Juni durchgeführt wird) der baugewerbliche Umsatz der Betriebe des Bauhauptgewerbes im Zeitraum von 1991 bis 1993 um rund ein Drittel erhöht, die Umsatzproduktivität stieg um die Hälfte (Tabelle 49). Nach den Ergebnissen des Monatsberichts war der Umsatzzuwachs dagegen nur schwach (Tabelle 50). Allerdings werden im Monatsbericht lediglich Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt. Das läßt vermuten, daß bei den größeren Betrieben der Anpassungsprozeß noch nicht beendet ist. Hält man sich an die Ergebnisse der Totalerhebung, dann hat sich das Bauhauptgewerbe im Landkreis dynamischer entwickelt als in der Stadt. So konnten die Betriebe im Umland den Umsatz in den letzten drei Jahren verdoppeln und die Beschäftigtenzahl um zwei Fünftel auf-

stocken; in der Stadt fiel der Umsatzzuwachs deutlich geringer aus, und die Beschäftigung ging leicht zurück.

Tabelle 49 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe^a in Potsdam 1991–1993^b

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
<i>Potsdam-Stadt</i>					
Betriebe	Anzahl	37	44	52	41
Beschäftigte	Anzahl	4 899	4 471	4 359	-11
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	38,5	43,2	52,5	36
Umsatz je Beschäftigten	DM	7 859	9 662	12 044	53
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	132	102	84	-36
<i>Potsdam-Land</i>					
Betriebe	Anzahl	48	56	61	27
Beschäftigte	Anzahl	1 874	2 236	2 625	40
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17,4	30,8	35,4	103
Umsatz je Beschäftigten	DM	9 285	13 775	13 486	45
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	39	40	43	10

^aErgebnisse der Totalerhebung. — ^bJeweils Juni.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg; Magistrat der Landeshauptstadt Potsdam, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen.

Tabelle 50 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe in Potsdam 1991–1993^a

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
Betriebe ^b	Anzahl	20	21	29	45,0
Beschäftigte ^b	Anzahl	4 458	4 006	4 090	-8,3
Umsatz	Mill. DM	522,4	559,0	551,8	5,6
darunter:					
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	484,3	531,1	530,3	9,5
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	223	191	141	-37,8

^aJahresdurchschnitt. — ^bBetriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg.

Entwicklung im Dienstleistungssektor

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Dienstleistungsbetriebe sowohl in der Stadt als auch im Landkreis kräftig erhöht. Unter den rund 10 500 Gewerbeanmeldungen im Zeit-

raum von 1991 bis 1993 waren rund 85 vH von Dienstleistungsunternehmen (Tabelle 48).

Auffällig ist, daß über die Hälfte der Gewerbebeanmeldungen auf das sogenannte Sonstige Gewerbe entfällt, das die beratenden und vermittelnden Dienste, wie Anlageberatung oder Kredit- und Versicherungsvermittlung einschließt. Das dürfte mehrere Gründe haben. So ist das Berliner Umland ein guter Markt für solche Dienste. Zudem gab es in Potsdam vergleichsweise viele Beschäftigte mit Hochschulbildung, die nach der Wende eine Tätigkeit in beratenden und vermittelnden Berufen aufnahmen. Auffällig ist aber auch, daß sich die Zahl der Gewerbebeanmeldungen im Landkreis günstiger entwickelt hat als in der Stadt. Das Umland wird offenbar auch von Dienstleistern bevorzugt. Das deckt sich mit der Beobachtung, daß es Investoren allenthalben mehr an die Peripherie zieht als in die Stadt.

Von 1991 bis 1993 gab es in der Stadt Potsdam in den Dienstleistungsbereichen einen Nettozugang von rund 2 400 Gewerben, 250 mehr als im Landkreis (Tabelle 51). Bemerkenswert ist, daß beim Gastgewerbe der Saldo aus Anmeldungen und Abmeldungen in der Stadt — anders als auf dem Lande — in den letzten beiden Jahren nicht mehr positiv war. Das wirft ein Schlaglicht auf die Situation der Gaststätten in der Stadt, die 1993 auch darunter zu leiden hatten, daß die Besucherzahl in den Schlössern und Gärten rückläufig war.

Einen weiteren Hinweis auf das Gründungsgeschehen gibt die Entwicklung der Zahl der Mitgliedsfirmen bei der Industrie- und Handelskammer Potsdam. Sie hat sich seit Ende 1990 mehr als verdoppelt (Tabellen 52 und 53). Ende 1993 wurden für die Stadt 4 800 und für den Landkreis 4 500 Betriebe geführt, darunter waren mehr als 90 vH Dienstleistungsbetriebe. Das Produzierende Gewerbe, insbesondere die Industrie, spielt auch nach dieser Statistik in Potsdam nur eine untergeordnete Rolle. Dies

unterstreicht einmal mehr die herausragende Rolle der Stadt und ihres Umlands als Dienstleistungsstandort.

Tabelle 51 — Saldo der Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen in Potsdam 1991–1993

	1991	1992	1993	Summe 1991–1993
	<i>Potsdam-Stadt</i>			
Industrie	24	6	5	35
Baugewerbe	37	15	8	60
Handwerk	71	52	76	199
Handel	612	185	134	931
Gastgewerbe	56	-2	-2	52
Sonstige Gewerbe ^a	856	303	238	1 397
Insgesamt	1 656	559	459	2 674
<i>Nachrichtlich:</i>				
Anteil der Gewerbebeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbebeanmeldungen insgesamt (vH)	92,0	86,9	80,6	89,0
	<i>Potsdam-Land</i>			
Industrie	70	46	23	139
Baugewerbe	54	20	12	86
Handwerk	98	94	129	321
Handel	385	241	145	771
Gastgewerbe	72	18	18	108
Sonstige Gewerbe ^a	533	394	323	1 250
Insgesamt	1 212	813	650	2 675
<i>Nachrichtlich:</i>				
Anteil der Gewerbebeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbebeanmeldungen insgesamt (vH)	81,7	80,3	74,8	79,6
	<i>Land Brandenburg</i>			
Industrie	1 178	774	470	2 422
Baugewerbe	797	353	240	1 390
Handwerk	1 795	1 972	1 794	5 561
Handel	13 724	4 917	3 105	21 746
Gastgewerbe	1 655	570	430	2 655
Sonstige Gewerbe ^a	12 572	6 211	4 851	23 634
Insgesamt	31 721	14 797	10 890	57 408
<i>Nachrichtlich:</i>				
Anteil der Gewerbebeanmeldungen im Dienstleistungssektor an den Gewerbebeanmeldungen insgesamt (vH)	88,1	79,1	77,0	83,3

^aÜberwiegend Dienstleistungsgewerbe.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg.

Tabelle 52 — Zahl der bei der IHK Potsdam registrierten Mitgliedsfirmen 1990–1993^a

	1990	1992	1993		Veränderung 1993/1990
	Anzahl			vH	
	<i>Potsdam-Stadt</i>				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32	37	41	1	28
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	4	4	4	0	0
Verarbeitendes Gewerbe	48	69	75	2	56
Baugewerbe	48	71	83	2	73
Handel	711	1 481	1 699	35	139
davon:					
Großhandel	92	122	239	3	51
Handelsvermittlung	83	355	417	8	402
Einzelhandel	536	1 004	1 143	24	113
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	374	438	476	10	27
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	268	696	789	16	194
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	803	1 422	1 661	34	107
Wirtschaftsbereiche insgesamt	2 288	4 218	4 828	100	111
	<i>Potsdam-Land</i>				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	108	129	138	3	28
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3	6	6	0	100
Verarbeitendes Gewerbe	62	125	147	3	137
Baugewerbe	42	113	138	3	229
Handel	722	1 362	1 602	36	122
davon:					
Großhandel	104	162	184	4	77
Handelsvermittlung	52	217	273	6	425
Einzelhandel	566	983	1 145	25	102
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	296	375	408	9	38
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	155	421	502	11	224
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	817	1 340	1 575	35	93
Wirtschaftsbereiche insgesamt	2 205	3 871	4 516	100	105

^aEinschließlich Kleinunternehmen mit unter 20 Beschäftigten; Stand: Ende des Jahres.

Quelle: IHK Potsdam.

Tabelle 53 — Zahl der Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungsbranchen in Potsdam 1990–1993^a

	1990		1992		1993		Veränderung 1993/1990 (vH)	
	Stadt	Landkreis	Stadt	Landkreis	Stadt	Landkreis	Stadt	Landkreis
Wäscherei, Körperpflege und andere persönliche Dienstleistungen	27	31	69	51	83	60	207	94
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung und andere hygienische Einrichtungen	35	24	43	38	56	51	60	113
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	117	87	167	129	182	146	56	68
Verlagsgewerbe	5	2	11	9	16	12	220	500
Gesundheits- und Veterinärwesen	7	4	15	9	15	14	114	250
Dienstleistungen für Unternehmen	202	163	428	323	536	401	165	146
Andere nicht genannte Dienstleistungen	168	146	340	277	390	327	132	124
Insgesamt	561	457	1 073	836	1 278	1 011	128	121

^aStand: Ende des Jahres.

Quelle: IHK Potsdam.

Investive Vorhaben

Die künftige Rolle Potsdams als Dienstleistungsstandort spiegelt sich auch in zahlreichen Investitionsprojekten wider, die bereits fertiggestellt, begonnen oder geplant sind. Dazu gehören

- mehrere größere kombinierte Handels- und Dienstleistungszentren wie das Potsdam (oder City)-Center (mit 355 000 m² (!) Bürofläche und 49 000 m² Handelsfläche) oder das Stern-Center (mit 48 000 m² Bürofläche und 35 000 m² Einkaufsfläche),
- mehrere Hotel- und Bürokomplexe wie der Hotel- und Büropark Voltaireweg (mit 14 000 m² Bürofläche sowie einem 220-Zimmer-Hotel), der Büropark Horstweg (mit 39 000 m² Fläche) oder das Geschäftshaus Wilhelmgalerie (mit 17 000 m² Fläche) und schließlich
- mehrere Vorhaben in der geplanten Medienstadt Babelsberg (Tabelle 54).

Nicht alle Projekte werden sich wie angedacht realisieren lassen, denn manche werden sich nicht rechnen. So wäre im Einzelhandel nach einer Aufstellung des Amtes für Wirtschaftsförderung langfristig mit einer Ausweitung der Verkaufsfläche auf 166 000 m² zu rechnen; heute sind es etwa 65 000 m², vor der Wende waren es 41 000 m². Pro Einwohner stünden dann 1,2 m² zur Verfügung, ein Sechstel mehr als in vergleichbaren westdeutschen Städten. Derzeit fließt schätzungsweise ein Viertel der Kaufkraft aus der Stadt nach Berlin und ins Umland ab. Um zu einer zufriedenstellenden Flächenproduktivität zu kommen, müßte sich nicht nur der Kaufkraftabfluß verringern; es müßte auch zu einem vermehrten Kaufkraftzufluß (nicht zuletzt aus den südlichen Bezirken Berlins) kommen. Ähnliches gilt für Büroflächen. Zwar ist ein stark steigender Bedarf erkennbar: Anfang 1993 gab es in der Stadt Potsdam etwa 466 000 m² Bürofläche (mehr als zwei Fünftel davon in der Innenstadt, ein Viertel in der Teltower Vorstadt mit dem Gebiet Schlaatz/Waldstadt). Für erforderlich werden langfristig 800 000 m² bis 1 000 000 m² ge-

Tabelle 54 — Ausgewählte investive Großprojekte in Potsdam (Stand: Anfang 1994)

	Schwerpunkt	Geplante		Baubeginn
		Investitions- summe	Arbeits- plätze	
		Mill. DM	Anzahl	
Medienstadt Babelsberg	Medienzentrum, Filmhochschule, Büros, Hotels, Han- del, Gaststätten, Wohnen	2 500	5 000	1994
Potsdam- Center	Bahnhof, Hotels, Büros, Einzelhan- del, Dienstleis- tungen, Wohnen	2 000	1 000	1994
Umwelt- und Technologie- park Sago	Behörden, For- schungsinstitute, Gewerbe, Wohnen	1 000	4 000	1995
Stern-Center	Einzelhandel, Gast- gewerbe, Büros, Freizeiteinrich- tungen	365	2 800	1994
Hotel- und Büropark Voltaireweg	Büros, Hotel, Kongreßcenter	250	750	1994
Weberpark Babelsberg	Handel, Gastgewer- be, Büros, Dienst- leistungen	200	500	1994
Hotel- und Büropark Humboldt- brücke	Hotel, Büros, Dienstleistungen, Wohnen	161	700	1994
Wilhelm- galerie	Handel, Gaststätten, Banken, Dienst- leistungen	120	400	1994

Quelle: Amt für Wirtschaftsförderung Potsdam.

halten. Aber benötigt werden vor allem Flächen für kleine und mittlere Unternehmen in guter Lage. Große Unternehmen fragen nur in Einzelfällen Büroflächen nach, oft bieten sie sogar eigene Flächen zur Fremdnutzung an. Die beiden wichtigsten Projekte, das Potsdam- (oder City)-Center und das Stern-Center, verfügen zweifellos über eine gute Lage, werden in ihrer Dimension aber doch kritisch beurteilt. Sie scheinen etwas zu groß geraten. So wird für das City-Center, das auf 355 000 m² Bürofläche ausgelegt ist, lediglich eine Größe von etwa 50 000 m² als angemessen angesehen.

Flächennutzung

Die Region Potsdam — im „Ersten Ring“ des Verflechtungsraums Berlin-Brandenburg, dem sogenannten Speckgürtel um Berlin, gelegen — umfaßt ein Gebiet von insgesamt rund 840 km².

Davon entfallen rund 740 km² auf den Landkreis und rund 100 km² auf die Stadt Potsdam. Planung und Entwicklung der gewerblichen Flächennutzung erfordern eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, denn insbesondere in der Stadt unterliegt das Flächenangebot einer Reihe von Beschränkungen und ist demzufolge knapp:

- Auf Gebäude und Freiflächen entfallen lediglich etwa 34 vH der gesamten Stadtfläche. Der Rest entfällt auf Grünanlagen, Wald- und Wasserflächen sowie landwirtschaftlich genutzte Flächen (Umweltschutz und Landschaftspflege).
- Potsdam besitzt — neben den Schlössern und Gärten — eine Vielzahl historischer Gebäude. Nahezu die gesamte Innenstadt sowie Teile der Vorstädte stehen unter Denkmalschutz.
- Grundstücke und Gebäude sind vielfach mit Restitutionsansprüchen behaftet. Zudem sind viele Objekte, bei denen sich die Klärung der Eigentumsfragen lange hinzieht, von Hausbesetzern in Beschlag genommen worden.

Trotz dieser Restriktionen ist es gelungen, Bewegung in den gewerblichen Immobilienmarkt zu bringen. Zahlreiche Investitionsvorhaben wurden bereits begonnen, und weitere umfangreiche Vorhaben befinden sich in der Planung. Abgesehen vom Potsdam-Center, das citynah gelegen ist, sind die meisten Projekte entlang radial vom Zentrum ausgehender Entwicklungsachsen angesiedelt:

- in nördlicher Richtung entlang der Bundesstraße 2 das Bornstedter Feld, eine ehemals von den GUS-Streitkräften genutzte Fläche, auf der ein gänzlich neuer Stadtteil entsteht,
- in westlicher Richtung und mit Anschluß an die Autobahn 115 das Druckzentrum der Märkischen Allgemeinen Zeitung, die Medienstadt Babelsberg und das Gewerbegebiet Babelsberg,
- in südwestlicher Richtung und ebenfalls mit Anschluß an die Autobahn 115 das Stern-Center (Schwerpunkt: Einzelhan-

del), das Kirchsteigfeld (Schwerpunkt: Wohnungsneubau) und der Industriekomplex Potsdam (Schwerpunkt: Verarbeitendes Gewerbe),

- in südöstlicher Richtung, entlang der Bundesstraße 1 das Gebäude der Landesbausparkasse und der Ostdeutschen Sparkassenakademie.

Insgesamt stehen in Potsdam Flächen im Umfang von etwa 80 ha für eine gewerbliche Nutzung zur Verfügung. Da sich die Neuausweisung von Gewerbeflächen außerordentlich schwierig gestaltet, muß sich die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft im wesentlichen im Rahmen des vorhandenen Flächenbestands vollziehen. Die Stadt setzt bei ihrem Konzept zur Flächennutzung daher vor allem auf eine Neuordnung und Verdichtung der Nutzung in den bestehenden Gewerbegebieten.

Ein Problem ist die verkehrsmäßige Anbindung der neuen Standorte. Durch das vorhandene Straßennetz sind sie unzureichend erschlossen. Der sechsspurige Ausbau der A9 wird dieses Problem nicht lösen. Dringlich ist der Ausbau der örtlichen Verkehrswege. Dagegen regt sich freilich vielerorts Widerstand, weil oftmals legitime Interessen des Naturschutzes tangiert werden.

Wirtschaftsförderung

In Potsdam mangelt es im großen und ganzen nicht an Unternehmen, die sich in der Stadt niederlassen wollen. Zwar ist ein großer Industriebetrieb, durch dessen Ansiedlung der Kern für den Neuaufbau einer bescheidenen industriellen Basis geschaffen werden soll,³⁹ nicht in Sicht, doch gibt es zahlreiche andere potentielle Investoren, insbesondere aus dem Dienstleistungsgewerbe. Ihre Ansiedlung bereitet allerdings Probleme, weil nur wenig Gewerbeflächen verfügbar und die Grundstückspreise entsprechend hoch sind. Was Potsdam Vorteile verschafft — der historische und landschaftlich reizvolle Charakter der Stadt —, macht ihr aber auch zu schaffen. Nicht verwunderlich ist, daß es darüber in den politischen und administrativen Entscheidungsgremien zu Spannungen kommt. Es gibt zwei Fraktionen: Eine hat den Denkmalschutz, die Denkmalpflege und den Natur-

schutz als wesentliche Orientierungslinie gewählt, die andere — zu der das Amt für Wirtschaftsförderung zählt — beansprucht größere Spielräume zur Ansiedlung von Gewerbe. Eine spannende Frage ist in diesem Zusammenhang, wer sich bei der Entscheidung über den in den letzten Wochen — und damit im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten sehr spät — vorgelegten Flächennutzungsplan durchsetzen wird. Einigkeit besteht lediglich darin, die Gewerbeflächenknappheit durch eine beschleunigte Klärung offener Eigentumsfragen an Grundstücken und durch die Umwidmung und Sanierung von früher militärisch genutzten Flächen zu mindern. Zudem sollen einige umliegende Ortschaften eingemeindet werden, was in einem Fall bereits gelungen ist.

An Subventionen hat Potsdam Investoren im allgemeinen wenig zu bieten. Weil die eigene Steuerkraft gering ist und die fixen Ausgaben der Stadt hoch sind, hat man sich bisher im wesentlichen bei den finanziellen Mitteln zur Wirtschaftsförderung auf Quellen von außen gestützt. Diese sprudelten zuerst recht kräftig, später aber nur noch spärlich. So erhielt Potsdam nach der Wende zunächst noch GA-Mittel, ab 1992 nicht mehr. Die Landesregierung von Brandenburg hatte die Stadt Potsdam und die angrenzenden Landkreise aus der Förderung weitgehend ausgeklammert, weil dort die wirtschaftliche Entwicklung viel besser verläuft als in den peripheren Regionen des Bundeslandes. Das Wirtschaftsministerium Brandenburgs hält aber inzwischen nur noch dem Grundsatz nach an dem Beschluß fest, die Gebiete im Umland von Berlin nicht mehr zu fördern. Zuletzt ist sie von ihren Förderprinzipien mehrfach abgewichen, etwa bei der Übernahme der früheren UFA- bzw. DEFA-Filmstudios in Potsdam-Babelsberg durch private Investoren. Für dieses Projekt hält das Wirtschaftsministerium Brandenburgs 115 Mill. DM an Fördermitteln bereit, fast doppelt soviel, wie seit 1990 an GA-Mitteln für gewerbliche Investitionen in Potsdam insgesamt bewilligt worden sind. Mit den hohen Investitionen wollen Potsdam und das Land Brandenburg offenbar auch Berlin Paroli bieten. Dort setzt man nämlich ebenfalls

auf ähnliche Aktivitäten. So soll Berlin-Adlershof, früher Sitz des Fernsehens der DDR, zum Medienstandort ausgebaut werden. Hierzu werden hohe Subventionen bereitgestellt, die ebenfalls aus der GA finanziert werden.

d. Vergleich und Bewertung

Wie die drei Fallstudien zeigen, werden die Entwicklungsperspektiven der drei Städte maßgeblich von den jeweiligen Ausgangsbedingungen bestimmt (Tabelle 55). Diese waren sehr unterschiedlich:

- Chemnitz ist ein altindustrieller Standort mit ehemals vielen Großbetrieben und breiter Forschungsinfrastruktur. Handel und übrige Dienstleistungen waren vergleichsweise schwach entwickelt.
- Erfurt ist ein Standort, an dem sowohl die Industrie und das produzierende Handwerk als auch das Dienstleistungsgewerbe gut entwickelt waren. Neben den Großbetrieben gab es traditionell relativ viele kleine und mittlere Unternehmen. Die Stadt war dank ihres weitgehend erhalten gebliebenen Stadtkerns und wegen der Nähe zum Thüringer Wald ein Magnet für Touristen.
- Potsdam ist durch seine Geschichte und seine geographische Nähe zu Berlin geprägt. Es war gleichermaßen kulturelles, wissenschaftliches, touristisches und administratives Zentrum, hatte jedoch nur wenig Industrie.

Chemnitz ist vom Niedergang der Industrie weitaus am stärksten betroffen. Der gewaltige Verlust an Arbeitsplätzen in den industriellen Großbetrieben konnte durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze anderswo auch nicht annähernd kompensiert werden. Erfurt und Potsdam haben dagegen nicht nur einen vergleichsweise geringen Abbau industrieller Arbeitsplätze zu verzeichnen; sie sind offensichtlich auch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen erfolgreicher. Potsdam hat zudem den Vorteil, daß viele Arbeitskräfte nach Berlin und ins Umland auspendeln können.

Tabelle 55 — Chemnitz, Erfurt und Potsdam im Vergleich

	Chemnitz			Erfurt			Potsdam		
	1989	1990	1993 ^b	1989	1990	1993 ^c	1989	1990	1993 ^d
Fläche	130 km ²			110 km ² ^a			100 km ²		
Einwohnerzahl									
Ende 1989	302 000			217 000			141 000		
Ende 1993	279 000			199 000			138 000		
Gegenwärtige administrative Funktion	Hauptstadt des Regierungsbezirks			Landeshauptstadt			Landeshauptstadt		
Wirtschaftliche Schwerpunkte bis 1989	Verarbeitendes Gewerbe (Maschinen- und Fahrzeugbau)			Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen			Dienstleistungen (Verwaltung, Tourismus)		
Angestrebtes Profil	F&E erhalten; high-tech-orientierte, mittelständische Industrie (wieder)aufbauen; Handel und Dienstleistungen als urbane Funktionen entwickeln			Industrie auf High-Tech-Bereiche ausrichten; moderne Unternehmensdienstleistungen ansiedeln; Einkaufs- und Touristikangebote weiterentwickeln			Industrie in bescheidenem Umfang (wieder)entwickeln; als Wissenschafts-, Verwaltungs- u. Medienstandort eigenständig entwickeln; Handels-, Dienstleistungs- und Touristikangebote komplementär zu Berlin entwickeln		
Erwerbstätigenstruktur (vH)	1989	1990	1993 ^b	1989	1990	1993 ^c	1989	1990	1993 ^d
Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	53	42	20	41	34	16	.	12	11
Baugewerbe	7	7	11	7	6	11	.	14	9
Handel	.	9	14	13	11	12	.	10	10
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	.	9	8	11	12	12	.	10	9
Kreditinstitute, Versicherungen, Sonstige Dienstleistungen	.	12	26	.	10	27	.	16	28
Staat, Organisationen ohne Erwerbszweck	.	21	21	.	25	22	.	33	32
<i>Nachrichtlich:</i> Dienstleistungssektor (einschließlich Staat und Organisationen ohne Erwerbszweck)	39	50	68	46	58	73	.	70	79

^aNach der Eingliederung von 17 Umlandgemeinden ab 01.07.1994 etwa 260 km² Fläche. — ^bSozialversicherungspflichtig Beschäftigte. — ^cWohnungs- und Haushaltserhebung 1993. — ^dDie Primärdaten wurden als Ergebnis einer Unternehmensbefragung und Hochrechnung durch die Stadtverwaltung Potsdam ermittelt.

Quelle: IHK Südwestsachsen, Chemnitz-Plauen-Zwickau, Erfurt und Potsdam; Stadtverwaltungen Chemnitz, Erfurt und Potsdam; Statistische Landesämter von Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

Die Konzeptionen für den wirtschaftlichen Neuaufbau unterscheiden sich sehr. Jede Stadt will an ihre Tradition anknüpfen. Während Chemnitz sich auch künftig als Industriestandort sieht — mit Schwerpunkten in technologieintensiven Branchen wie Maschinenbau, Automatisierungstechnik und Fahrzeugbau —, setzt man in Erfurt und in Potsdam vor allem auf den Dienstleistungssektor. Dabei soll die Industrie — vor allem als Unterbau für produktionsorientierte Dienstleistungsbranchen — auch fortan eine gewisse Rolle spielen, in Erfurt mehr noch als in Potsdam. Alle drei Städte messen der Fortentwicklung der Forschungsinfrastruktur große Bedeutung zu.

Erfurt ist bei der Umsetzung seiner Pläne wohl am weitesten vorangekommen; die Stadt hatte nicht nur die besseren Ausgangsbedingungen, sie besitzt auch ein in sich schlüssiges und realistisches Entwicklungskonzept. In Erfurt ist es gelungen, nicht nur die Kerne der strukturbestimmenden Industriebetriebe zu erhalten, sondern auch zahlreiche leistungsfähige Dienstleister anzusiedeln. Noch stehen freilich einige hohe Hürden auf der Strecke: Die Stadt muß im Innern hinsichtlich der Flächennutzung neu geordnet und nach außen behutsam erweitert werden; die innerörtliche Verkehrsinfrastruktur muß saniert und ausgebaut werden; schließlich muß das Wohnumfeld insbesondere in den

Plattenbausiedlungen verbessert werden. Auch sind von den größeren Industriebetrieben noch längst nicht alle über den Berg. Von ihrem Schicksal hängt auch das vieler Dienstleister ab, die sich in ihrem Umfeld angesiedelt haben.

Chemnitz tut sich dagegen bei der Umsetzung seiner Entwicklungskonzeption schwer. Die Stadt setzt auf die Neuansiedlung leistungsstarker Industriebetriebe und ihre Vernetzung mit der reichlich vorhandenen Forschungsinfrastruktur. Es ist aber bisher nicht gelungen, namhafte Industrieunternehmen zu einem Großengagement zu bewegen; von zwei Interessenten (aus den Bereichen Automatisierungstechnik und Motorenbau) liegen bislang lediglich Absichtserklärungen vor. Den vorhandenen Altbetrieben, allesamt stark abgemagert, fehlt die Kraft, um die Schrittmacherrolle zu übernehmen. Insofern müssen die Perspektiven der Stadt zurückhaltend beurteilt werden. Negativ wirkt sich aus, daß *Chemnitz* im Windschatten von Leipzig und Dresden segeln muß: Großinvestoren, die einen Standort in Sachsen suchen, zieht es meistens dorthin. Zudem trägt die Stadt schwer an den Wunden, die ihr im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden. Das Zentrum, fast vollständig zerstört, wurde nur unvollkommen wieder aufgebaut. Wegen der vielen Lücken im Stadtbild ist *Chemnitz* derzeit alles andere als ein anziehender Einkaufs- und Touristenort. Die Pläne sehen vor, große Teile der Innenstadt neu zu bebauen; u.a. sollen attraktive Boulevards mit vielfältigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung entstehen. Die Umsetzung dieser Pläne dürfte aber geraume Zeit in Anspruch nehmen, zumal auf den Freiflächen zahlreiche Restitutionsansprüche lasten.

Potsdam konnte bisher beachtliche Teilerfolge bei der Ansiedlung von Dienstleistern erzielen. Die Stadt profitiert dabei von der Nähe zur Hauptstadt Berlin: Investoren, die in Berlin präsent sein wollen, wählen häufig *Potsdam* als Standort. Und nicht wenige bisher in Berlin ansässige Unternehmen verlegen ihren Sitz nach *Potsdam* oder richten dort Niederlassungen ein. Hilfreich für die Stadt ist die dynamische Entwicklung im Umland. So sind zahlreiche *Potsdamer* in den Industriebetrieben in *Stahnsdorf* und *Teltow* beschäftigt. Die Nähe zur Metropole Berlin wirkt sich aber auch negativ aus: Dadurch wird viel Kaufkraft abgezogen. Vor allem der Einzelhandel, das Gastgewerbe und andere konsumorientierte Dienstleistungsarten vermögen sich daher nicht voll zu entfalten. Was *Potsdam* fehlt, ist ein attraktives Zentrum. Die städtebauliche Erneuerung wird durch eine Fülle von Restitutionsansprüchen erschwert — *Potsdam* hält in dieser Hinsicht vermutlich einen Spitzenplatz unter den ostdeutschen Kommunen: Die Anzahl der leerstehenden oder besetzten Objekte ist dort unverhältnismäßig groß.

Die verschiedenartige Ausgangslage erklärt nur Teile der Unterschiede in bezug auf die Anpassungsfortschritte. Da und dort haben auch die Schwerfälligkeit der Administration sowie die Uneinigkeit und Unentschlossenheit der Politik notwendige Entscheidungen verzögert oder blockiert. In vielen Fällen haben vor allem kleinere Umlandgemeinden davon profitiert. Dort haben die Investoren das gefunden, was sie in der Stadt vergeblich suchten.

IV. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Der Bericht hat eine Reihe von Schwachstellen beim Aufbau eines modernen Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern sichtbar gemacht. Dazu gehört vor allem das geringe Gewicht produktionsorientierter Dienstleistungen. Die drei Fallstudien lassen erkennen, daß es erhebliche Besonderheiten gibt, die mit der regionalen Spezialisierung zusammenhängen,

die sich zu DDR-Zeiten entwickelt hat oder die gezielt entwickelt worden war. An den altindustriellen Standorten finden Dienstleistungsunternehmen nur einen eingeschränkten Expansionspielraum vor. Doch überall, auch an typischen Dienstleistungsstandorten, ist ein gewisser Besatz an produzierenden Unternehmen erforderlich.

Bei der Ansiedlung von Industrie tun sich die Städte und Gemeinden schwer. Trotz der großen Unterschiede im einzelnen gibt es einen gemeinsamen Problemerkern: die unzureichende regionale Infrastruktur, der Mangel an geeigneten und bezahlbaren Gewerbeflächen und das häufig wenig attraktive Umfeld, einschließlich Wohnumfeld. Diese Probleme muß die Wirtschaftspolitik stärker ins Blickfeld nehmen:

- Der Ausbau der Verkehrswege konzentrierte sich bisher — mit guten Gründen — auf die Magistralen. Der Ausbau der regionalen und innerörtlichen Streckennetze kam bislang nur wenig voran. Viele ehemals industriell geprägte Mittelstädte verfügen über Altflächen in günstiger Lage zum Ortskern, die sich zur Ansiedlung sowohl von Produktionsunternehmen als auch von Dienstleistungsunternehmen eignen. Sie sind aber häufig nur schlecht an überregionale Verkehrswege angebunden. Die Mehrzahl der Investoren siedelt sich daher lieber auf der „grünen Wiese“ neben der Auf- und Abfahrt zur Autobahn an. Vordringlich ist die Aufwertung der innerstädtischen Flächen durch eine bessere Verkehrsanbindung.
- Vielerorts sind bebaubare Flächen für die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben nicht unmittelbar nutzbar, insbesondere in den innerstädtischen Quartieren. Dafür gibt es mehrere Gründe: eine immer noch große Zahl ungeklärter Eigentumsverhältnisse, fehlende Konzepte für die künftige Flächennutzung sowie die Tatsache, daß Industriebrachen erst mit hohem Aufwand saniert werden müssen. Hinzu kommt, daß für Industrieansiedlung geeignete Flächen zumeist im Besitz der TLG sind. Sie „pflegt“ den Markt in einer Weise, die einen Rückgang der Grundstückspreise verhindert. Quadratmeterpreise von 80 DM in den Randlagen der Städte und 300 DM in den Innenstadtlagen sind sehr hoch. Industrielle Investoren sind meistens nicht bereit, mehr als 70 DM zu zahlen; auf der „grü-

nen Wiese“ wird ihnen häufig sogar weniger abverlangt. Offensichtlich ist die TLG auf solche Investoren fixiert, die eine hohe Flächenproduktivität erzielen und daher hohe Quadratmeterpreise zahlen können. Diese sind fast nur in bestimmten Segmenten des Dienstleistungssektors, selten in produzierenden Bereichen zu finden. Es kommt sicher nicht von ungefähr, daß die TLG über ein schleppendes Immobiliengeschäft in den neuen Bundesländern klagt. Es wird von ihr nicht erwartet, daß sie die Flächen nahezu verschenkt. Sie sollte aber auch nicht als Monopolanbieter die Preise hochhalten.

- Häufig gehört der geringe Wohn- und Freizeitwert einer Stadt oder Region zu den gravierenden Investitionshindernissen. Nicht alle Standorte sind für die Ansiedlung von produzierenden Unternehmen, die intensiv Dienstleistungen nachfragen oder anbieten, gleichermaßen geeignet. Von großer Bedeutung ist das Wohnumfeld: Wohnraum in guten Lagen ist durchweg knapp und teuer, die Umweltbelastung oftmals hoch und die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze über Schiene und Straße meistens schlecht. Hochqualifizierte Arbeitskräfte, wie Ingenieure, Techniker oder Forscher, bevorzugen wegen der vergleichsweise hohen Lebensqualität daher die großen Städte; sie konzentrieren sich zudem auf wenige Zentren, wie Berlin, Dresden, Leipzig oder Rostock. Die Umzugsbereitschaft innerhalb der neuen Bundesländer ist dementsprechend nicht allzu hoch. Die Verbesserung der Wohnungsverorgung gehört daher mit zu den dringlichen Aufgaben.

Im Wettbewerb um Investoren muß den „weichen Standortfaktoren“ künftig stärker Beachtung geschenkt werden. Dazu gehört nicht zuletzt das Image, das einem Standort anhaftet und das von den Bürgern einer Stadt, ihren politischen Repräsentanten und der Verwaltung — positiv wie negativ — beeinflusst wird. In-

vestoren erwarten rasche, klare und verlässliche Entscheidungen. Die Fallstudien zeigen, daß in dieser Hinsicht noch manches im Argen liegt. Besondere Bedeutung kommt den städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen zu. Sie müssen zügiger als bisher in Angriff genommen und verwirklicht werden. Zur Lösung der vielfältigen Aufgaben steht mit dem Baugesetzbuch und dem entsprechenden Maßnahmengesetz in der Form des Investitions- und Wohnbausektorgesetzes ein umfangreiches und wirksames Instrumentarium zur Verfügung.⁴⁰ Davon sollte vermehrt Gebrauch gemacht werden.

Für benachbarte Städte und Gemeinden besteht die Notwendigkeit einer besseren Abstimmung ihrer Maßnahmen, etwa in Form einer grenzüberschreitenden Bauleitplanung. Mit kleineren Gemeinden, die bei der Investorensuche häufig die Nase vorn haben, müssen die größeren Städte einen fairen Ausgleich suchen. Vordringlich ist die Erarbeitung von regionalen Raumordnungs- und Entwicklungsprogrammen. Sie sollte möglichst unter Federführung eines externen Moderators durchgeführt werden. Eines der Ziele muß die abgestimmte Entwicklung von Arbeits- und Wohnstätten sein. Dies gilt um so mehr, als sich der künftige Arbeitsplatzzuwachs in den neuen Bundesländern auf den Dienstleistungssektor sowie auf einzelne dienstleistungsintensive industrielle Branchen konzentrieren wird. Funktionsvielfalt — ein Nebeneinander von Büros, Einzelhandelsgeschäften und Gaststätten, kulturellen Einrichtungen und Wohnungen — sollte das Rezept für Erneuerung der Städte sein. In den neuen Bundesländern bietet sich die einmalige Chance, völlig neue Konzeptionen zu erproben, die in den verfestigten Strukturen der alten Bundesländer nur schwer zu realisieren sind.

Die Fallstudien haben gezeigt, daß die wirtschaftlichen Perspektiven von typischen Dienstleistungsstandorten wie auch von gemischten Standorten mit durchschnittlichem Industriebesatz vergleichsweise günstig einzuschätzen sind. Sie sind weniger günstig in Regionen mit industrieller Monostruktur sowie in ländlich geprägten, dünnbesiedelten Regionen mit geringem Industrialisierungsgrad. Für jeden der bei-

den Standorttypen muß eine eigene Lösung gesucht werden:

- Für die alten Industriestandorte wird viel davon abhängen, ob sich der eine oder andere Großinvestor dort engagiert. Die ortsansässigen Industrieunternehmen sind inzwischen meistens zu klein und zu schwach, um als Nukleus für die Revitalisierung der ganzen Region zu fungieren.⁴¹ Der Ratschlag kann daher nur lauten, die Attraktivität eines Standorts für die Ansiedlung einiger größerer Industriebetriebe zu stärken.
- In den ländlichen Regionen wird eine Industrieansiedlung immer nur punktuell gelingen. Dort müssen andere Bereiche die Schrittmacherrolle übernehmen, etwa der Fremdenverkehr. Mancherorts mag es aber auch gelingen, das eine oder andere Dienstleistungsunternehmen von überregionaler Bedeutung anzusiedeln. Dazu zählen vor allem Logistikzentren der großen Handelsketten. Nicht ohne Erfolgchancen sind Pläne, dafür ehemals militärische Flugplätze zu nutzen. Dort können sich auch Industriebetriebe niederlassen, die Waren vor dem Weitertransport be- und verarbeiten.

Insgesamt gesehen sind aber die Chancen, in den ostdeutschen Städten wieder einen Industriebesatz wie den der Städte in Westdeutschland zu erreichen, nicht groß. Früher sind die Städte häufig um die Industrie herum gewachsen, seit einiger Zeit hingegen wächst die Industrie um die Städte herum. Es finden also Verlagerungsprozesse von innen nach außen statt. Maßgeblich sind günstigere Grundstückspreise und günstigere Verkehrsanbindungen an der Peripherie. Innerhalb der Städte werden bestenfalls dienstleistungsintensive und konsumnahe Industrien und Handwerke ihren Platz finden können. Es muß daher im Rahmen des Finanzausgleichs oder durch Kooperationsverträge ein Interessenausgleich zwischen den Städten und ihrem Umland herbeigeführt werden.

V. Anhangtabellen

Tabelle A1 — Umsatzsteuerpflichtige und Umsätze in Ostdeutschland nach Umsatzgrößenklassen 1992

	Ostdeutschland ^a				Zum Vergleich: Westdeutschland 1990	
	Umsatzsteuerpflichtige		Umsatz		Umsatzsteuerpflichtige	Umsatz
	1 000 DM	1 000	vH	Mrd. DM	vH	
	<i>Handel</i>					
Umsatz von						
25 bis unter 50	10,8	12,1	0,4	0,4	8,9	0,1
50 bis unter 100	14,1	15,8	1,0	1,1	12,8	0,3
100 bis unter 250	22,5	25,1	3,7	3,9	21,8	1,3
250 bis unter 500	16,3	18,2	5,8	6,1	17,5	2,2
500 bis unter 1 000	10,9	12,2	7,6	8,0	14,4	3,6
1 000 bis unter 5 000	11,6	12,9	25,1	26,3	18,4	13,5
5 000 und mehr	3,2	3,6	51,6	54,2	6,3	79,1
	<i>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</i>					
25 bis unter 50	3,8	20,6	0,1	1,3	14,6	0,3
50 bis unter 100	3,9	21,4	0,3	2,5	21,9	0,9
100 bis unter 250	4,1	22,2	0,7	5,9	23,5	2,2
250 bis unter 500	2,5	13,8	0,9	8,1	13,7	2,8
500 bis unter 1 000	1,9	10,4	1,3	12,0	10,1	4,1
1 000 bis unter 5 000	1,8	9,8	3,6	32,3	12,4	15,3
5 000 und mehr	0,3	1,9	4,3	37,9	3,8	74,4
	<i>Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen</i>					
25 bis unter 50	13,7	16,1	0,5	1,2	18,1	0,9
50 bis unter 100	19,4	22,8	1,4	3,4	22,8	2,3
100 bis unter 250	27,8	32,7	4,4	10,6	30,5	6,8
250 bis unter 500	11,6	13,7	4,0	9,7	15,1	7,3
500 bis unter 1 000	6,4	7,5	4,5	10,7	8,5	8,2
1 000 bis unter 5 000	5,1	6,0	10,2	24,5	6,3	18,5
5 000 und mehr	1,0	1,1	16,5	39,7	1,5	55,9

^aOhne Mecklenburg-Vorpommern und Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter.

Tabelle A2 — Zahl der IHK-Mitgliedsunternehmen im Verarbeitenden Gewerbe in der Stadt Chemnitz 1991–1993^a

	1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	232	397	409	76,3
darunter:				
Chemische Industrie	11	15	12	9,1
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	6	9	12	100,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe	8	20	21	162,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	17	22	26	52,9
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von Büromaschinen, DV- Geräten	71	118	125	76,1
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten u.a.	52	101	105	101,9
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	.	36	44	
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	.	50	41	
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	14	26	23	64,3

^aEinschließlich Kleinunternehmen mit unter 20 Beschäftigten.

Quelle: IHK Südwestsachsen.

Tabelle A3 — Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe in Chemnitz 1991–1993

		1991	1992	1993	Veränderung 1993/1991 (vH)
<i>Chemnitz-Stadt</i>					
Betriebe ^a	Anzahl	31	44	57	83,9
Beschäftigte ^a	Anzahl	5 133	4 545	5 386	4,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 620	5 770	7 043	25,3
Umsatz	Mill. DM	490	541	749	52,9
Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde	DM	87	94	106	21,8
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	166	103	94	56,6
<i>Chemnitz-Land</i>					
Betriebe ^a	Anzahl	11	20	23	109,1
Beschäftigte ^a	Anzahl	768	1 083	1 467	91,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 004	1 700	2 251	124,2
Umsatz	Mill. DM	54	132	200	270,4
Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde	DM	53	78	89	67,9
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	70	54	64	-8,6
<i>Nachrichtlich: Freistaat Sachsen</i>					
Betriebe ^a	Anzahl	545	672	926	69,9
Beschäftigte ^a	Anzahl	72 930	71 079	78 111	7,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	86 017	92 709	102 392	19,0
Umsatz	Mill. DM	6 136	8 089	10 239	66,9
Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde	DM	71	87	100	40,8
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	134	106	84	-37,3

^aJahresdurchschnitt.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen.

Tabelle A4 — Lage der Arbeits- und Ausbildungsstätten der Erfurter Bevölkerung 1992 und 1993

Von 100 Personen hatten ... ihre Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte ...	Herbst 1992	Frühjahr 1993
in der Stadt Erfurt	85	84
im Landkreis Erfurt	6	4
außerhalb des Stadt- und Landkreises, aber in Thüringen	4	5
in einem anderen ostdeutschen Bundesland	1	1
in einem westdeutschen Bundesland	2	2
an wechselnden Orten	2	4

Quelle: Statistisches und Wahlamt der Stadt Erfurt.

Tabelle A5 — Einschätzung von Einkaufsmöglichkeiten und privatem Dienstleistungsangebot in Erfurter Neubaugebieten in Plattenbauweise (Herbst 1993)

... vH der Einwohner meinen, daß die folgenden Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote besser erreichbar sein sollten	Melchendorf	Wiesenhügel	Herrenberg	Gesamt
Gaststätte	38	65	20	38
Bank/Sparkasse	42	42	51	46
Lebensmittelladen	44	44	46	45
Bäckerei	52	41	44	46
Fleischerei	37	40	27	34
Friseur	16	13	19	16
Handwerksbetrieb (Installateur, Tischler usw.)	12	17	17	15
Apotheke, Drogerie	63	36	47	50
Textilwaren, Bekleidung	31	28	33	31
Schreibwaren	15	14	11	13
Haushaltswaren	24	22	20	22
Kfz-Reparatur/Service	10	19	14	14
Textilreinigung	38	20	32	31
Schuhreparatur	30	13	22	22
Blumenladen	11	9	20	14
Fotograf	11	11	13	12

Quelle: Wie Tabelle A4.

Fußnoten

- 1 Die ersten zehn Berichte wurden vom Institut für Weltwirtschaft in den Kieler Diskussionsbeiträgen Nr. 168, 169, 176, 178, 183, 190/191, 198/199, 205/206, 218/219 und 231 veröffentlicht, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in den DIW-Wochenberichten Nr. 12/91, 24/91, 39–40/91, 51–52/91, 12–13/92, 39/92, 52/92, 13/93, 41/93 und 15/94. Vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle wurden der neunte und zehnte Bericht in dessen Forschungsreihe Nr. 6/93 und 1/94 veröffentlicht.
- 2 DIW, IfW, IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, unter Mitarbeit des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Neunter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge, 218/219, Oktober 1993; DIW-Wochenbericht Nr. 41/93.
- 3 Clark, Colin, *The Conditions of Economic Progress*. London 1940, S. 341.
- 4 Gruhler, Wolfram, „Gesamtwirtschaftliche Bedeutung und einzelwirtschaftlicher Stellenwert von Dienstleistungen“. In: Hermann Simon (Hrsg.), *Industrielle Dienstleistungen*. Stuttgart 1993, S. 23–40.
- 5 Klodt, Henning, Klaus-Dieter Schmidt et al., *Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb*. Kieler Studien, 228, Tübingen 1989.
- 6 Die Zusammenarbeit mit externen, auf bestimmte Dienste spezialisierten Anbietern wird von den Industrieunternehmen vor allem aus zwei Gründen angestrebt: Zum einen geht es darum, die aus der Spezialisierung resultierenden Kostenvorteile zu realisieren. Zum anderen sollen, vor allem bei know-how-intensiven, nicht standardisierten Informations- und Beratungsdiensten Unsicherheiten reduziert werden (vgl. Ole Winckler Andersen, Sven Illeris, Marikki Järvinen, Tor Selstad, Peter Sjøholt, Hans Solerød, Kristian Aabrenn, „Networks of Service Provision“. NordREFO, 1990, S. 110–126).
- 7 DIW-Wochenbericht Nr. 49/93.
- 8 Dunning, John H., „Trade and Foreign-Owned Production in Services: Some Conceptual and Theoretical Issues“. In: Herbert Giersch (Ed.), *Services in World Economic Growth*. Symposium 1988. Tübingen 1989, S. 103–108.
- 9 DIW-Wochenbericht Nr. 44/93.
- 10 Zur Zeit kann die Anzahl der Selbständigen im Dienstleistungssektor nur anhand der Ergebnisse des Mikrozensus grob abgeschätzt werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß mehrere Selbständige ein Unternehmen gemeinsam führen können (z.B. Ärzte in Gemeinschaftspraxen oder Rechtsanwälte in Gemeinschaftskanzleien), die Anzahl der Unternehmen muß also etwas geringer veranschlagt werden als die Anzahl der Selbständigen.
- 11 DIW, IfW, IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, unter Mitarbeit des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Zehnter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge, 231, April 1994; DIW-Wochenbericht Nr. 15/94; IWH, Forschungsreihe Nr. 1/94.
- 12 Der Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ schließt die Wohnungsvermietung ein.
- 13 Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Forschungsstelle für den Handel (FfH), *Entwicklung des Handels in den neuen Bundesländern*. Siebenter Zwischenbericht. München, Februar 1994.
- 14 Gegenwärtig dürften es etwa 350 000 Unternehmen sein.
- 15 Die bei der Evaluierung von Fördermaßnahmen genannten Zahlen müssen vor diesem Hintergrund stark relativiert werden. So beziffert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (Bericht über das Geschäftsjahr 1993, S. 23) die im Zeitraum 1990–1993 geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze bei den von ihr geförderten Unternehmen auf 2 Millionen, darunter fast 700 000 im Dienstleistungssektor.
- 16 Die Ergebnisse für Mecklenburg-Vorpommern und Ost-Berlin liegen noch nicht vor. Die Ergebnisse für die alten Bundesländer sind ebenfalls teilweise noch in der Aufbereitung. Für Vergleiche wird hier auf die Umsatzsteuerstatistik 1990 zurückgegriffen.
- 17 Die erstmals für das Jahr 1991 veröffentlichten Ergebnisse der Kostenstrukturstatistik haben nur einen sehr begrenzten Aussagewert.
- 18 Nähere Angaben finden sich in DIW, IfW, IWH, Zehnter Bericht (vgl. Fn. 11). Aus erhebungstechnischen Gründen konnte nur eine Auswahl produktionsnaher Dienstleistungen erfragt werden. Diese Auswahl dürfte aber ausreichen, um die Thematik im Ansatz analysieren zu können.
- 19 Im Jahr 1932 wurde die Auto-Union AG gegründet, die zur Etablierung eines weiteren bedeutenden Industriezweigs in der Stadt führte.

- 20 Von der Stadtverwaltung wurde ein Rahmenkonzept zur Stadtentwicklung „Chemnitz 2010“ Anfang 1994 fertiggestellt. Es bildet die Grundlage für die Strukturförderung und die Flächennutzungsplanung.
- 21 Im Kaufvertrag zum Erwerb des Grundstücks wurden — nach Darstellung der Stadtverwaltung — von der Siemens AG keine Zusagen zum Investitionsumfang, zeitlichen Ablauf der Investitionen und zur beabsichtigten Beschäftigungshöhe getroffen.
- 22 Die Stadt wird durch die BAB 4 (Bad Hersfeld–Bautzen) und BAB 72 (Chemnitz–Hof) tangiert. Die Bundesfernstraßen 95 und 174 sind wichtige Verbindungen nach Tschechien.
- 23 Die nächsten größeren Flughäfen in Dresden-Klotzsche und in Leipzig-Halle, die sowohl von nationalen als auch internationalen Fluggesellschaften angefliegen werden, befinden sich jeweils etwa 100 km von Chemnitz entfernt.
- 24 In den Berechnungen wurde von einem durchschnittlichen Versorgungsgrad von 1,4 m² Verkaufsfläche pro Einwohner ausgegangen.
- 25 Dabei ist unterstellt, daß die gegenwärtig noch genutzten Unterkünfte in Wohnheimen (1 000 Betten) aufgrund ihres geringen Ausstattungsstandards schrittweise geschlossen werden.
- 26 Der Berichtskreis der Erhebung umfaßt mit wenigen Ausnahmen alle Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten. Betriebe, die in der Handwerksrolle eingetragen sind, werden nicht erfaßt.
- 27 Hierbei nicht erfaßt sind Beamte, Selbständige, mithelfende Familienangehörige und alle geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer. Daher wird die Beschäftigung im Dienstleistungssektor unterzeichnet, denn Selbständige, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte sind dort stark vertreten. Auch die Zuordnung der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen weicht teilweise von der in anderen Statistiken ab. So werden die Bediensteten im staatlichen Bildungswesen sowie im staatlichen Gesundheitswesen bei den Sonstigen Dienstleistungsunternehmen nachgewiesen.
- 28 Darin wird für 23 ausgewählte Gewerbestandorte mit etwa 700 ha Fläche die Altlastensituation, der Zustand vorhandener Anlagen und Maschinen sowie das mögliche Ansiedlungspotential festgestellt.
- 29 Gegenwärtig befinden sich in der Stadt zwei universitäre Forschungseinrichtungen (Technische Universität Chemnitz-Zwickau, Institut für Mechatronik e. V. (IfM), ein der TU Chemnitz-Zwickau angeschlossenes Institut), eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung (Fraunhofer-Institut für Umformtechnik und Werkzeugmaschinen) sowie mehrere innovative Forschungsunternehmen (Automatisierungs- und Kunststofftechnik GmbH, Institut für Physikalische und Mechanische Technologien, Sächsische Landesgewerbeförderungsgesellschaft mbH, Sächsisches Textilforschungsinstitut, Cetex Chemnitzer Textilmaschinenentwicklung GmbH).
- 30 Der Name der Stadt leitet sich ab von der Furt durch die Erphe, wie die Gera im frühen Mittelalter genannt wurde. Das günstige Gefälle dieses Wasserlaufs ermöglichte den Betrieb von bis zu 50 Mühlen in und um Erfurt.
- 31 Die Plattenbauwohnungen sind in hohem Maße sanierungs- und modernisierungsbedürftig, das Wohnumfeld ist selten ansprechend, das Dienstleistungsangebot im Wohnviertel vielfach unzureichend (Tabelle A4) und die Probleme des ruhenden Verkehrs — Mangel an Stell- und Parkplätzen — sind bislang ungelöst.
- 32 Die Ergebnisse vom Herbst 1992 unterscheiden sich nur unwesentlich von denen des Frühjahrs 1993.
- 33 Von Erfurt aus werden dann beispielsweise — jeweils im Stundentakt — Frankfurt am Main in einer Stunde und München in zweieinhalb Stunden erreichbar sein.
- 34 Auf dem etwa 320 ha großen Areal soll der Warenumsatz im kombinierten Verkehr von Schiene und Straße stattfinden. Neben Bahn und Post wollen sich Speditionsunternehmen und andere Gewerbetreibende ansiedeln. Die Bahn hat schon 17 Mill. DM investiert; noch im Lauf dieses Jahres werden voraussichtlich weitere 20 Mill. DM für Erschließungsmaßnahmen und Straßenbau aufgewandt und die ersten 200 Arbeitskräfte eingestellt. Alles in allem wird mit Investitionen von mehreren Mrd. DM und der Schaffung von rund 5 000 Arbeitsplätzen gerechnet.
- 35 In Apfelstädt errichtet die Spedition Fiege auf einem Gelände von etwa 45 ha und mit Investitionen von rund 180 Mill. DM ein Logistikzentrum. Dort sollen anfangs 500 und langfristig 1 000 Arbeitsplätze geschaffen werden.
- 36 In Neudietendorf hat die Rewe-Handelsgruppe auf einem knapp 50 ha großen Gelände mit Investitionen von etwa 80 Mill. DM ein Lebensmittelzentrallager eingerichtet und rund 400 Arbeitsplätze geschaffen.
- 37 Der Landkreis Potsdam ist inzwischen mit der Kreisgebietsreform des Landes Brandenburg neben den Kreisen Belzig und Brandenburg/Land sowie den Gemeinden des Amtes Treuenbrietzen in den Landkreis Potsdam-Mittelmark aufgegangen.

- ³⁸ Ohne Betriebe des Bau- und Ausbaugewerbes, des Gewerbes für Gesundheits- und Körperpflege sowie des chemischen und Reinigungsgewerbes.
- ³⁹ Das Ziel des Potsdamer Magistrats ist es, daß der auf die Industrie entfallende Anteil an der Beschäftigung in der Stadt in etwa wieder den Wert des Jahres 1989 erreicht. Damals belief er sich auf 13 vH.
- ⁴⁰ Vgl. im einzelnen: Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Raumordnungsbericht 1993. Bonn-Bad Godesberg 1994, S. 134 ff.
- ⁴¹ Vgl. Fußnote 11.